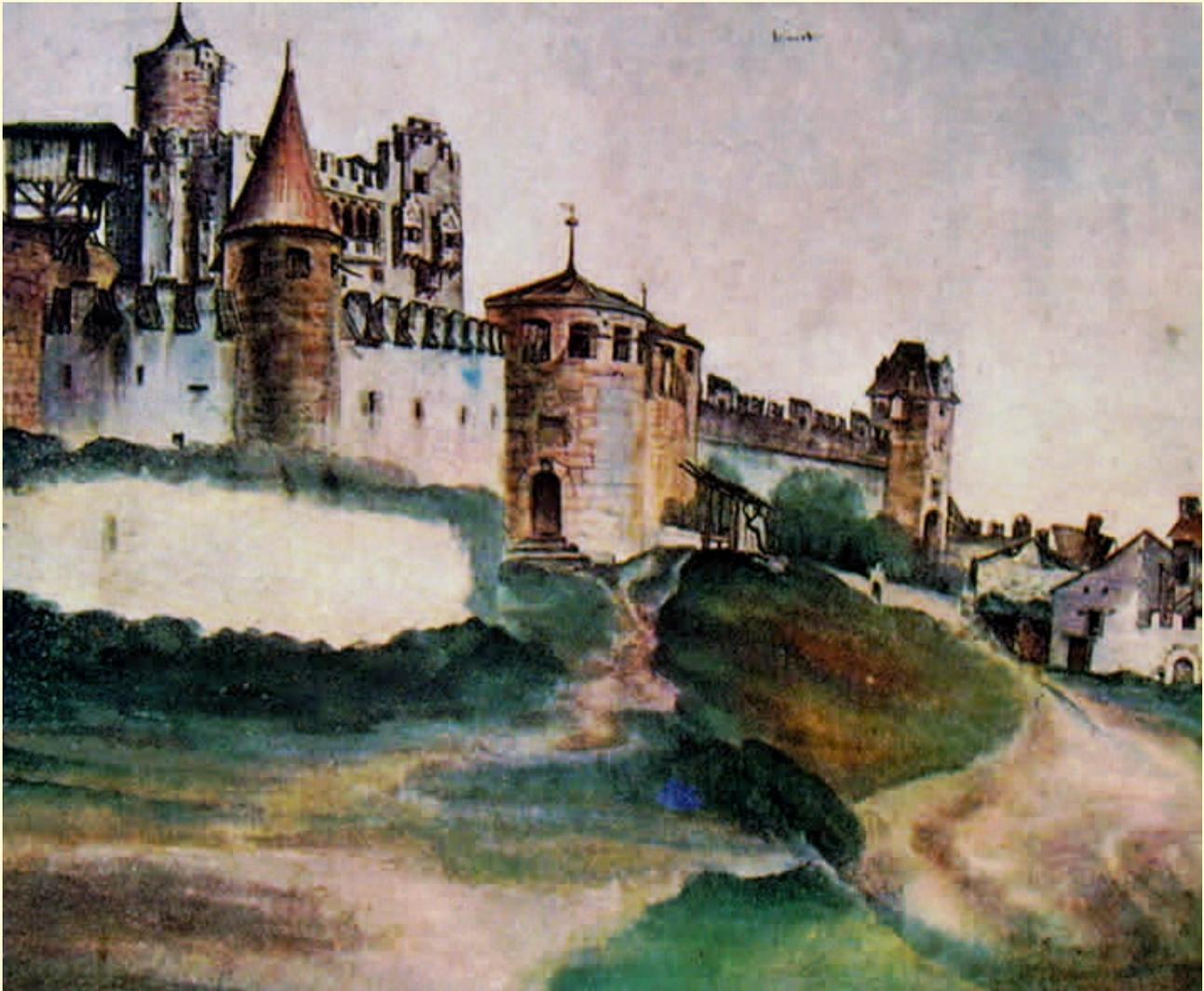




**OBERLANDESGERICHT TRIENT**

**ERÖFFNUNG DES GERICHTSJAHRES**



***BERICHT DER PRÄSIDENTIN  
Gloria Servetti***

**GENERALVERSAMMLUNG - TRIENT, 1. FEBRUAR 2020**

**Justizpalast - Aula Magna**





***OBERLANDESGERICHT TRIENT***

***GERICHTSJAHRES 2020***

***BERICHT DER PRÄSIDENTIN  
GLORIA SERVETTI***



## INHALT

1. Einführung
2. Allgemeine Betrachtungen
3. Die Rechtspflege in unserem Sprengel
  - 3.1 Zivilgerichtsbarkeit
  - 3.2 Strafgerichtsbarkeit
  - 3.3 Jugendgerichtsbarkeit
  - 3.4 Überwachungsgerichte
  - 3.5 Friedensgerichte
  - 3.6 Umstellung der Gerichtsämter auf EDV
  - 3.7 Wichtigste Ausgaben





## BERICHT ÜBER DIE RECHTSPFLEGE IM OBERLANDESGERICHTSSPRENGEL TRIENT

### **1. Einführung**

Sehr geehrte Damen und Herren, geehrte Rechtsanwälte, Kollegen und Gäste!

Es ist mir eine Ehre, Sie bei der jährlichen Eröffnungsfeier des Gerichtsjahres herzlich begrüßen zu dürfen.

Wie schon im vergangenen Jahr einfühend betont, ist es erneut mein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass die heutige Versammlung nicht nur die Gelegenheit für einen Rückblick auf die Tätigkeit der Gerichtsämter im Sprengel im abgelaufenen Jahr 2019 bietet. Sie soll auch - ja sogar hauptsächlich - als Moment der Begegnung für all jene wahrgenommen werden, die mit unterschiedlichen Aufgaben und im Rahmen unterschiedlicher Bereiche und Sparten mit dem Gerichtswesen ständig im Kontakt sind und somit unter der Grundvoraussetzung bester gemeinsamer Absichten und Bestrebungen, was den konkretesten und wichtigsten Aspekt unseres Dienstes ausmacht, ein Bestandteil des Justizsystems sind.

In dieser Überzeugung werden die nachfolgenden Ausführungen durch Wortkargkeit, kaum triumphalistische Berichte, das Fehlen zelebrierender Aspekte, dafür aber durch eine Reihe nützlicher Verweise auf die Zukunft und die uns bevorstehenden Aufgaben charakterisiert sein, die mit Elan und Entschlossenheit in Angriff zu nehmen sind, damit dieser Dienst tatsächlich den Bedürfnissen der Bürger entspricht, welche als einzige dazu berechtigt sind, nicht nur rasche, sondern auch konkrete und leicht verständliche Antworten von uns allen zu verlangen.

Bevor ich allerdings zur angekündigten Analyse schreite, muss ich - wie gewohnt - meinen hochachtungsvollen Gruß an den Präsidenten der Republik richten und ihm auch heuer wieder für die Art und Weise danken, in der er das wertvollste Gut des Staates und

der Institutionen schützt. Auch in diesem Jahr hat er mit unübertrefflicher Würde und Strenge die schwierige Schutzfunktion für das als unverzichtbarer und fruchtbringender *Nährboden* für den Fortschritt der Zivilgesellschaft geltende Gleichgewicht innerhalb des Rechtsstaates unter all seinen Hoheitsbereichen wahrgenommen.

Staatspräsident Mattarella war auch im vergangenen Jahr mehrmals in unserer Region und beweist damit, wie ihm ihr Schicksal und ihre Entwicklung am Herzen liegen: Ein Zeichen, das auch in einer Zeit von großer Bedeutung ist, die verglichen mit einer nicht allzu fernen Vergangenheit als durchaus positiv und stabil bezeichnet werden kann, die jedoch stets potentiellen Ungewissheiten ausgesetzt ist und demnach die Erfahrung eines starken Zusammenhalts und einer ständigen Bestätigung verlangt.

Zuletzt war der Staatspräsident am 25. Januar zu Gast, um im Rahmen der Veranstaltung „Trento incontra Chiara“ den hundertsten Jahrestag der Geburt von Chiara Lubich zu begehen. Noch signifikanter war sein Besuch am 23. November 2019, als das Staatsoberhaupt gemeinsam mit dem Österreichischen Bundespräsidenten, Alexander Van der Bellen,



am Festakt für die fünfzig Jahre seit dem Paketabschluss, die Grundlage für das zweite Autonomiestatut, und für die hundert Jahre seit dem Friedensvertrag von St. Germain, mit dem Südtirol von Österreich auf Italien übergang, anwesend war. Der Festakt hatte auch dank des Veranstaltungsorts

Symbolcharakter und bot die Gelegenheit für mahnende Worte, für die Aufforderung, stets wachsam zu bleiben, weil die Erinnerung einen wirksamen Schutz gegen gefährliche Viren bietet, die immer auf der Lauer liegen, um die lebendigen Teile unserer Gesellschaft zu infizieren. Nur durch ein vertrauensvolles und loyales Miteinander - betonte Präsident Mattarella - kann die Autonomie von Trentino-Südtirol vorankommen und auch auf einen langen und positiven Weg zurückblicken, weswegen sie heute weltweit als Modell gilt, das nicht nur ein friedliches Zusammenleben, sondern auch die harmonische Entwicklung dieses außerordentlichen Gebietes gewährleistet und Wohlstand und Prosperität bis in die entlegensten Orte bringt.

Diesen die kostbaren Gedanken des Staatsoberhauptes zusammenfassenden Worten möchte ich eine Überlegung hinzufügen und mit allen Anwesenden teilen: Die unser Gebiet charakterisierende Autonomie ist und bleibt auch in Zukunft nicht nur Ausdruck einer unverzichtbaren gegenseitigen Anerkennung in der jeweiligen Unterschiedlichkeit, sondern auch ein Mehrwert für den Fortschritt und die Entwicklung der gesamten Gesellschaft in all ihren internen Facetten. Mit anderen, einfacheren Worten gesagt: Positive Autonomie meidet Spaltungen und überflüssige Unterscheidungen und bildet vielmehr den Rahmen, innerhalb dessen die Werte der Toleranz, des Zusammenhalts und der Harmonie, wie die Steine eines außerordentlich schönen Mosaiks, zu Ausdruck kommen.

Ferner darf ich auch die anderen Vertreter der höchsten Institutionen des Staates, die im abgelaufenen Jahr hier zu Besuch waren, nicht unerwähnt lassen: die Senatspräsidentin Maria Elisabetta Alberti Casellati und der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Giorgio Lattanzi, welche Worte der Wertschätzung für unsere Region, ihre kulturellen, unternehmerischen und gesellschaftlichen Ressourcen hatten und mit ihrer persönlichen und herzlichen Nähe für uns alle - Institutionen und Bürger - ein Ansporn und eine Ermutigung waren.



rischen und gesellschaftlichen Ressourcen hatten und mit ihrer persönlichen und herzlichen Nähe für uns alle - Institutionen und Bürger - ein Ansporn und eine Ermutigung waren.

Man hätte sich keine größere Ehre, keine großzügigere und qualifiziertere Unterstützung erhoffen können, insbesondere nach den vielen Monaten, in denen das Gerichtswesen - und mit ihm die gesamte Bevölkerung - das Trauma der schwerwiegenden ethischen Krise verarbeiten musste, die der Oberste Rat für das Gerichtswesen erlitten hatte: Eine Krise, die nicht nur dessen ursprüngliche aus den Wahlen hervorgegangene Zusammensetzung beschnitt, sondern auch dessen Ansehen zerstört und ein solch verbreitetes Unbehagen hervorgerufen hat, das jedem Versuch der Rationalisierung und Überwindung zu trotzen schien.

Auch wegen dieser allgemeinen Bestürzung möchte ich - zwar ohne große Worte und nichtsdestotrotz ohne das Gefühl der tief empfundenen Dankbarkeit zu verbergen - allen Ordnungskräften, dem Heer, der Staatspolizei und der Gefängnispolizei, den Carabinieri, der Finanzwache, den Mitgliedern der jeweiligen in unserer Region tätigen Einheiten, all ihren aufmerksamen und fleißigen Kommandanten jeglichen Grades meine aufrichtige Aner-

kennung aussprechen, für all das, was sie zur Wahrung der Sicherheit, der Legalität, der Arbeit und des Wohlstandes der Gesellschaft in unserem Sprengel unternommen haben und weiterhin unternehmen werden.

Die heute zahlreich anwesenden Behörden, die Vertreter des Justizministeriums und des Obersten Rats für das Gerichtswesen, die Rechtsanwälte, die Berufsrichter und die ehrenamtlichen Richter, die Bediensteten und die Führungskräfte unserer Gerichtsämter möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass Erfolge nur möglich sind, wenn sich alle gleichermaßen mit Loyalität und gegenseitigem Vertrauen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich einsetzen und eine gemeinsame, nicht abstrakte, sondern konkrete, nicht hochgesteckte, sondern vernünftige und den verfügbaren Ressourcen angemessene Zielsetzung verfolgen. Dabei müssen wir uns von großer Überzeugung leiten lassen und für die täglichen Herausforderungen offen sein, die unvermeidbaren Rückschläge annehmen, ohne aufzugeben. Vielmehr müssen wir daraus Lehren ziehen und eine noch größere Entschlossenheit entwickeln, ohne uns von den Schwierigkeiten entmutigen zu lassen, welche manchmal unüberwindbar erscheinen. Wir müssen unseren Weg Schritt für Schritt gehen, mit Vorsicht, Bedacht und wachsender Entschlossenheit, so wie ein passionierter Bergsteiger, der mit der angemessenen Ausrüstung, der richtigen Wanderkarte, nach Überprüfung der Wettervorhersagen sich für eine Bergtour ein begehrtes Ziel wählt, dabei aber stets seine Fähigkeiten vernünftig einschätzt.

## **2. Allgemeine Betrachtungen**

**2.1** Auch im Jahr 2019 haben alle Gerichte im Sprengel die Justiznachfrage positiv bewältigt und ihren positiven *Leistungsstandard* gehalten. Neueintragungen und Verfahrensabschlüsse halten sich die Waage, das ist eine beachtliche Konstante der letzten Jahre und gibt Anlass zur Hoffnung, dass im soeben begonnenen Jahr keine größeren Umwälzungen stattfinden werden. Selbstverständlich muss man stets auf die Unvorhersehbarkeit gesetzlicher Neuerungen oder die neueste höchstrichterliche Rechtsprechung vorbereitet sein, welche sich auf das Arbeitsaufkommen und die anfängliche Planung von Organisation und Verwaltung auswirken können.

Die Gerichte im Allgemeinen und insbesondere das Oberlandesgericht sind mit den Auswirkungen eines immer höheren Durchschnittsalters der Richter und der deshalb unvermeidlichen Dienstaustritte konfrontiert, die oft auch auf die Möglichkeit des vorzeitigen Rentenantritts aufgrund der immer noch geltenden sogenannten „Quote 100“ zurückzuführen sind. Diese an sich natürliche Tatsache hat im Sprengel jedoch wegen der Unterbesetzung in vielen Gerichten schwerwiegende Folgen: ein einziger Dienstaustritt kann eine Unterbesetzung von mehr als 33% oder sogar von 50% bedeuten. Im Ergebnis konzentriert sich das Arbeitsaufkommen auf die wenigen anderen Dienst leistenden Einheiten und die Gesamtproduktivität wird dadurch beeinträchtigt.

Auch bei den Gerichtsleitern gab es Pensionierungen. Beide Jugendgerichte Trient blieben ohne zuständige Führungskraft und hatten verständlicherweise Schwierigkeiten, dringliche Angelegenheiten, Unvereinbarkeitsfälle, Urlaubs- oder Krankheitszeiten zu bewältigen. Ein Problem gab es auch mit der Stelle des Staatsanwaltes beim Jugendgericht Bozen, für die zwar der Wettbewerb ausgeschrieben wurde, sich jedoch keine Kandidaten beworben haben und nun eine Lösung ausständig ist.

Besorgniserregend ist auch die Lage in der Außenabteilung Bozen, denn für die zwei offenen Richterstellen wurde noch kein Wettbewerb veröffentlicht, obwohl die entsprechenden Anträge sofort eingereicht wurden. Überdies kündigt sich für Ende des ersten Halbjahrs 2020 ein weiterer Dienstaustritt an. Aufgrund dieser sehr ernsten Lage war es bereits notwendig, die zeitweilige Zuteilung eines Richters aus einem anderen Gericht vorerst für die Dauer von acht Monaten zu verfügen, um mindestens die reguläre Zusammensetzung für die Strafsachen und das Familienrecht zuständigen Richterkollegiums zu gewährleisten, wobei es offensichtlich auch rechtlich nicht möglich ist, die Rollen auf diese Weise festzuschreiben. Die Maßnahme der zeitweiligen Zuteilung innerhalb des Sprengels birgt selbstverständlich Schwierigkeiten für das Herkunftsgericht, das - wenn unterbesetzt - noch eine Einheit verliert, weshalb das interne Arbeitsaufkommen neu verteilt werden muss und es zu einer Verschiebung des Pensums für jeden Dienst leistenden Richter kommt.

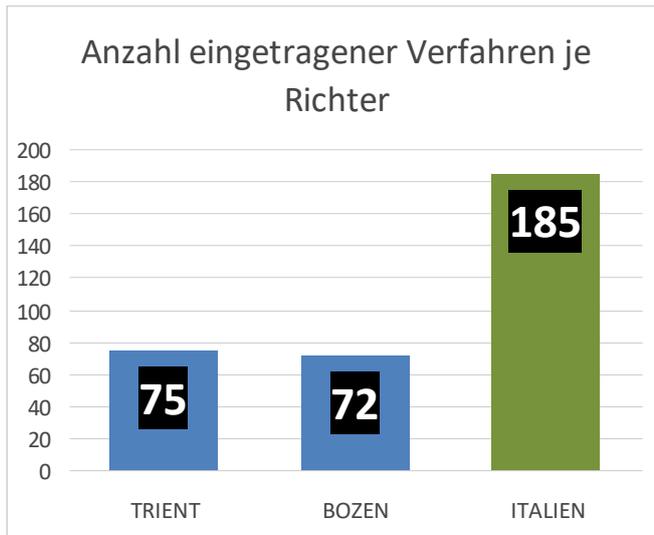
Es sei noch hinzugefügt, dass eine solche Situation noch größere Schwierigkeiten mit sich bringt, wenn es um Gerichte in der Provinz Bozen geht, für die die Ausübung der Gerichtsbarkeit die Voraussetzung der Zweisprachigkeit erfordert. Aus diesem Grund kann nur ein Gericht aus demselben Sprengel die erforderliche externe Ressource bereitstellen, um ein minimales Gleichgewicht in dem stark unterbesetzten Gericht herzustellen. Berücksich-

tigt man die Tatsache, dass Jugendrichter weder als Ersatz noch als zeitweilige Zuteilung für andere Aufgaben bestimmt werden dürfen und dass beim Überwachungsgericht trotz des sehr hohen Arbeitsaufkommens von den drei vorgesehen Stellen eine nicht besetzt ist, kann die Last einer zeitweiligen Zuteilung lediglich dem Landesgericht Bozen, das selbst eine Unterbesetzung von 25% aufweist, aufgebürdet werden.

Bis vor einigen Tagen erschien es sinnvoll, aufgrund dieser Erfahrungen sich an die zuständigen zentralen Stellen zu wenden, um eine Überarbeitung des Stellenplanes mit der Einplanung einer zweiten Stelle für einen Sprengelrichter zu beantragen, der im Besitz der Voraussetzung der Zweisprachigkeit ist und den Bedarf der verschiedenen Gerichte im Gerichtssprengel Bozen ohne operative Einschränkungen abdecken könne, wenn Verfahren in deutscher Sprache oder in beiden Sprachen abgewickelt werden muss. Für eine solche Lösung sprach auch die allseits bekannte Tatsache, dass die Auswahl des für Gerichte der Provinz Bozen bestimmten Richterpersonals mittels spezifischen und getrennten Wettbewerbs erfolgt, weshalb die Möglichkeit von Übertritten aus anderen Sprengeln und die Teilnahme am Wettbewerb für die Besetzung einer hier freien Stelle seitens Sieger des gesamtstaatlichen Richterwettbewerbs, die nicht über den erforderlichen Zweisprachigkeitsnachweis verfügen, ausgeschlossen ist.

Jetzt ist die Sachlage zum Teil anders, obwohl dies immer noch der Zeitpunkt ist, um Überlegungen über die bereits anerkannte Besonderheit der Gerichtsbarkeit in Südtirol anzustellen: Vor einigen Tagen wurde nämlich vom Justizminister der „Technische Bericht zum Plan für die Festlegung der Stellenpläne der Gerichtsbarkeit in der Sache“ gemäß Art. 1 Abs. 379 des Gesetzes vom 30. Dezember 2018, Nr. 145 hinterlegt, zu dem der Oberste Rat für das Gerichtswesen Stellung nehmen muss und diesbezüglich bereits Kontakt mit den Oberlandesgerichten und den Richterräten aufgenommen hat.

Obwohl im Bericht des Ministeriums, sowohl in Bezug auf das Oberlandesgericht Trient als auch in Bezug auf die Außenabteilung Bozen hervorgehoben wird, dass sie die niedrigste Anzahl anhängiger Verfahren pro Richter im gesamtstaatlichen Vergleich aufweisen - nämlich 75 Verfahren *pro Einheit* in Trient und 72 in Bozen, wogegen der gesamtstaatliche Durchschnitt sich auf 185 beläuft - wird die Aufstockung des Stellenplans um eine Einheit vorgeschlagen. Dieser erfreuliche Umstand erfordert jedoch eine ernsthafte Analyse über die angemessenste Zuteilung dieser neuen Ressource. Sollte sich nämlich aus der Überprüfung der übermittelten Daten, nach deren Analyse seitens der Kommission für sta-



tistische Erhebungen innerhalb des Sprengelgerichtsrats, eine Unterdimensionierung des Stellenplans der Außenabteilung Bozen im Vergleich zu den erstinstanzlichen Gerichten, für die sie zuständig ist, ergeben, wie die Richterkollegen und die Sektionspräsidenten bereits des Öfteren betont haben, könnte eventuell die Außenabteilung bevorzugt werden, um eine bessere und vor allem stabilere

Ausstattung auch im Hinblick auf eventuell auftretende, nie leicht zu überwindende Notsituationen zu erzielen.

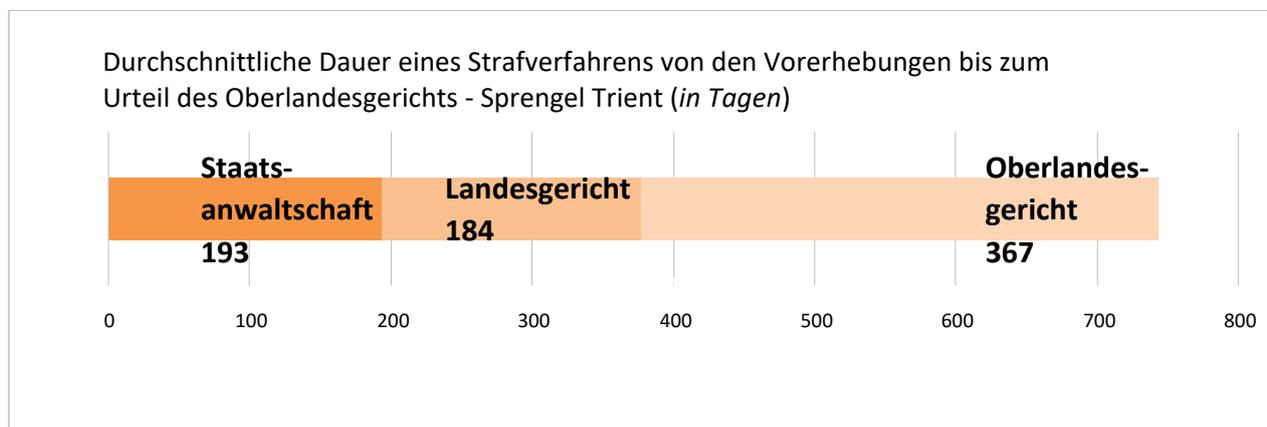
Fakt ist, dass bis dato die Tätigkeit aller Gerichte, trotz einiger ungewöhnlicher Spitzenbelastungen in den Fällen der fortdauernden Unterbesetzung, im Wesentlichen ordnungsgemäß abgewickelt wird. Für das Überwachungsgericht Bozen bahnt sich beispielsweise endlich eine Lösung für die Besetzung der dritten Planstelle an, nachdem diese lange Zeit unerklärlich und ungeachtet der eindringlichen Aufforderungen nicht einmal ausgeschrieben wurde. Im Übrigen ist seit einigen Monaten auch beim Überwachungsgericht Trient eine Stelle offen, das aufgrund seines weitläufigen Zuständigkeitsgebiets dringlichen Bedarf hat, weshalb im Vergleich zum Überwachungsgericht Bozen eine noch raschere Abhilfe zu begrüßen wäre.

Die Tätigkeit und die Leistungen unserer Gerichte wurden im gesamtstaatlichen Vergleich erneut gewürdigt, zumindest in den von der Tageszeitung „Il Sole 24 Ore“ veröffentlichten Bewertungen und Ranglisten, die sich zwar auf die Statistiken des Justizministeriums stützen, im Laufe der Jahre jedoch in den Augen der Öffentlichkeit immer mehr Glaubwürdigkeit erlangt haben. Wenn sich hinsichtlich des Abschlusses von Zivilstreitverfahren Ferrara mit durchschnittlich 147 Tagen als schnellstes Gericht erweist, dauert ein Verfahren in Sachen Sozialfürsorge in Vallo della Lucania 13 Jahre, in Rovereto hingegen 91 Tage; ein Verfahren in Sachen privatrechtliche Arbeit dauert in Vibo Valentia fast 12 Jahre gegenüber den 112 Tagen in Bozen oder den 187 Tagen in Mailand, das aber 35 Mal mehr Streitfälle behandelt.

Die Tageszeitung berichtete am 27. Dezember 2019 im Rahmen ihrer Auswertung der vom Justizministerium veröffentlichten Daten des Jahres 2018, dass zwischen Vorerhebungen und Urteil des Kassationsgerichtshofs fast 1.600 Tage vergehen, sodass dies als durchschnittliche Dauer eines Strafprozesses in den drei Gerichtsinstanzen herangezogen werden kann. Dabei wird präzisiert, dass das Verfahren nahezu die Hälfte dieser Zeit vor dem Oberlandesgericht anhängig ist, das nunmehr allseits als das tatsächliche Nadelöhr der Strafgerichtsbarkeit gilt. Dies erklärt sich laut dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Rom vor allem dadurch, dass durch die Einführung vorwiegend einzelrichterlicher Verfahren infolge der Reform von 1998 die Produktivität der Landesgerichte zugenommen hat, die Stellenpläne der Oberlandesgerichte jedoch unverändert geblieben sind, weshalb sie große Schwierigkeiten hatten, die steigenden Neuzugänge zu bewältigen.

Durchschnittliche Dauer eines Strafverfahrens von den Vorerhebungen bis zum Kassationsurteil (in Tagen) Erstes Halbjahr 2018				
Staatsanwaltschaft	Landesgericht	Oberlandesgericht	Kassationsgericht	DURCHSCHNITTS- DAUER INSGESAMT
<b>323</b>	<b>375</b>	<b>759</b>	<b>132</b>	<b>1.589</b>

Dennoch stimmen auch die den Strafbereich betreffenden Daten unseres Sprengels zuversichtlich: Die Erhebungen der Staatsanwaltschaften dauern 193 Tage (der gesamtstaatliche Durchschnitt liegt bei 323 Tagen), die Berufungsverfahren werden nach 367 Tagen abgeschlossen (gegenüber durchschnittlich 759 Tagen) und das Landesgericht nimmt mit 184 Tagen (gegenüber dem gesamtstaatlichen Durchschnitt von 375 Tagen) italienweit die absolute Spitzenposition ein.



Wie schon erklärt, ist es nicht meine Absicht, die in unserem Sprengel erzielten Ergebnisse übermäßig zu feiern oder hervorzuheben, allerdings muss ich - angesichts der

brennenden Aktualität dieses Themas - auf die Daten des Justizministeriums betreffend die wegen Verjährung abgeschlossenen Verfahren im Vergleich zur Gesamtzahl der im Gerichtsjahr 2018 /2019 (vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019) abgeschlossenen Verfahren verweisen, nämlich 1% bei der Hauptverhandlung, 1,4% bei Kollegialverfahren und 0,9% bei einzelrichterlichen Verfahren. Geringfügig höher ist die Verjährungsquote bei den Richtern für Vorerhebungen/Vorverhandlungen (2,3%) und bei den Staatsanwaltschaften (1,3%).

Noch bemerkenswerter ist die Darstellung dieser prozentualen Daten in absoluten Zahlen. Die drei Landesgerichte haben nämlich nur für ein einziges von 74 Kollegialverfahren sowie für 29 von 3.056 einzelrichterlichen Verfahren die Einstellung wegen Verjährung verfügt.

Aus diesem Grund kann berechtigterweise behauptet werden, dass im Unterschied zu den meisten anderen Sprengeln das Thema Verjährung keinen Anlass zur Sorge gibt, allerdings muss man auf die künftigen Auswirkungen der gegenwärtig hitzig debattierten Gesetzesneuerungen abwarten und hoffen, dass diese sich nicht negativ auf die hier erzielten Ergebnisse niederschlagen, die zurzeit keine gesetzlichen Korrekturen erfordern würden.

Im Bereich der Zivilverfahren ist auch heuer hervorzuheben, dass sämtliche Berichte der Gerichtsleiter darauf hinweisen, dass die mit GvD Nr. 28/2010 eingeführte *Mediation in Zivilsachen* nicht zu einem nennenswerten Rückgang der neuer Streitverfahren geführt hat: Im Bezugszeitraum wurden ungefähr 5% der eingetragenen Verfahren mit diesem neuen Rechtsinstitut abgewickelt (was zwar positiv, jedoch nicht besonders relevant ist).

Die vom Richter angeordnete Mediation (*ex officio*) laut dem neuen Art. 5 des GvD Nr. 28/2010 - der Originalwortlaut wurde durch Gesetz vom 9.8.2013, Nr. 98 (Umwandlung des GD vom 21.6.2013, Nr. 69) geändert - hatte wie bereits im vorherigen Bezugszeitraum keinerlei Auswirkungen auf das Arbeitsaufkommen der Gerichte. Dasselbe gilt für die außergerichtliche Verhandlung mit Rechtsbeistand, die durch das Gesetzesdekret Nr. 132/2014 - umgewandelt mit Gesetz Nr. 162/2014 - eingeführt wurde, welche keinerlei reduzierenden Effekte brachte, anders als die Schlichtungsversuche im Sinne des Art. 185 ZPO, die weiterhin gute Erfolge zeigen.

Sämtliche Sektionen beider Abteilungen des Oberlandesgerichtes bestätigen die Daten der Vorjahre über das Fehlen von Fällen, in denen eine Voraberkklärung der Unzulässigkeit der Berufung (sog. „filtro in appello“) erforderlich war, und bemerken diesbezüglich, dass besagtes Rechtsinstrument angesichts der Struktur des Verfahrens - mit vollständiger

Erkenntnis zur Rechtsfrage und zum Sachverhalt sowie der erforderlichen Neubewertung der gesamten erstinstanzlichen Dokumentation - nur im Fall einer offensichtlichen Un-



begründetheit der Berufung, die sich konkret nie ergeben hat, eingesetzt werden darf. Ähnliche Überlegungen gelten in Bezug auf die sog. „erzwungene Mediation“ bei Berufungen - eingeführt durch GD Nr. 132/14, geändert durch G. Nr. 162/14, - ein weiteres Rechtsinstrument, das für eine

Reduzierung des Arbeitsaufkommens gedacht war und sich auf eventuelle massive Rückstände auswirken sollte: Eine Frage, mit der sich die Gerichte des Sprengels im Wesentlichen bisher nicht befassen mussten. Es wurden auch keine Anträge auf Verlegung des Verfahrens vor ein Schiedsgericht gestellt, eine Möglichkeit die gleichermaßen mit G. Nr. 162/2014 (außergerichtliche Lösung von Streitfragen) eingeführt wurde.

Die alternativen Rechtsinstrumente für den Abschluss von Zivilstreitverfahren haben im Sprengel - kurz gesagt - keine nennenswerten Erfolge gezeitigt, obwohl es nicht an den dafür zuständigen qualifizierten Organen fehlt. Im Bezugszeitraum wurden insgesamt 1.265 Verfahren eingetragen, davon wurden 1.203 abgeschlossen, aber nur bei 241 (d. h. 20%) von diesen wurde ein Übereinkommen erzielt, während der Anteil an Verfahren, in denen die beklagte Partei nicht einmal erschienen ist, mit 34% sehr hoch ist.

Vor dem Hintergrund solcher Ergebnisse bestehen große Bedenken in Bezug auf den von der Regierung am 6. Dezember 2019 genehmigten Ermächtigungsgesetzentwurf, der unter anderem zur Steigerung der Effizienz der Zivilverfahren mit dem ausdrücklichen Ziel der Vereinfachung, Beschleunigung und Rationalisierung der Prozeduren auf die Reduzierung der Verfahren abzielt und die Liste der Streitfälle, in denen vorab ein alternativer Lösungsversuch verpflichtend ist, ausweitet. Nur in einigen Bereichen, in denen er sich als erfolglos erwiesen hat (Haftung im Gesundheitsbereich, Finanz-, Bank- und Versicherungsverträge) wird der alternative Lösungsversuch als Voraussetzung für die Einleitung des Verfahrens ausgeschlossen. Ferner wird bei der Verhandlung mit Rechtsbeistand die Möglichkeit vorgesehen, unter bestimmten Voraussetzungen „*außergerichtliche Ermittlungen*“ durchzuführen.

Die Diskussion über besagte politische Entscheidungen im Justizbereich wird auch in diesem Jahr - hoffentlich auch auf technischer und wissenschaftlicher Ebene - fort dauern.

Zurzeit sind nur Äußerungen über die möglichen Auswirkungen auf die Gerichte im Jahr 2020 dieser Initiativen sowie der vom Gesetzgeber festgelegten Inhalte möglich.

Problemlos zu planen wäre hingegen die von mehreren Seiten, vielen Vereinen und Freiberuflern angeregte Einrichtung einer Informationsstelle für die Mediation in der Familie bei den ordentlichen Landesgerichten, die mit Unterstützung der Provinz und der Sozialdienste streitenden Eheleuten oder Partnern eine Versöhnungskultur in den familiären Beziehungen näher bringt, so wie es in anderen Sprengeln in Italien und in fast allen europäischen Ländern der Fall ist. Ein niedrigschwelliger Zugang und korrekte Informationen mit dem unverzichtbaren Schutz der



Vertraulichkeit könnten bei noch mehr Paaren das Bewusstsein schaffen, dass die Mediation in der Familie hilfreich sein kann, mit dem Konflikt umzugehen, ohne ihn zu leugnen, um die Potentialitäten einer Veränderung zu verstehen und neue Kommunikationsfähigkeiten zu entwickeln.

Wenn man hingegen wieder auf die 2019 eingetretenen Ereignisse blickt, kann man sich sicherlich nicht über eine spärliche Rechtsetzung beschweren, was im Einklang mit dem scheinbar unaufhaltsamen Reformierungstrend steht. Fast jeden Monat wurden nämlich neue Gesetzesbestimmungen insbesondere im Strafbereich erlassen, unter anderem das am 31. Jänner 2019 in Kraft getretene sogenannte „Spazzacorrotti“-Gesetz vom 9. Januar 2019, Nr. 3 (*Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbrechen gegen die öffentliche Verwaltung sowie in Sachen Verjährung der Verbrechen und in Sachen Transparenz von Parteien und politischen Bewegungen*); das Gesetz vom 12. April 2019, Nr. 33 (*Nichtanwendbarkeit des verkürzten Verfahrens auf Verbrechen, die mit lebenslanger Gefängnisstrafe geahndet werden*), das am 20. April 2019 in Kraft getreten ist, dessen Bestimmungen jedoch erst auf nach diesem Datum begangene strafbare Handlungen anwendbar sind; das am 18. Mai 2019 in Kraft getretene Gesetz vom 26. April 2019, Nr. 36 (*Änderungen zum Strafgesetzbuch und andere Bestimmungen in Sachen Notwehr*); das seit 11. Juni 2019 in Kraft stehende Gesetz vom 21. Mai 2019, Nr. 43 (*Änderung des Art. 416-ter des Strafgesetzbuchs in Sachen mafiaartiges politisches Tauschgeschäft bei Wahlen*); das GD vom 14. Juni 2019, Nr. 53 (*Dringende Maßnahmen in Sachen öffentliche Ordnung und Sicherheit*), das mit Änderungen durch das am 10. August 2019 in Kraft getretene Gesetz vom 8. August 2019, Nr. 77

umgewandelt wurde; das am 9. August in Kraft getretene Gesetz vom 19. Juli 2019, Nr. 69 (*Änderungen zum Strafgesetzbuch, zur Strafprozessordnung und andere Bestimmungen in Sachen Schutz der Opfer von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt*), d. h. das langersehnte sogenannte „Codice-Rosso-Gesetz“; das GD vom 26. Oktober 2019, Nr. 124 (*Dringende Maßnahmen in Sachen Steuern und unaufschiebbare Erfordernisse*), umgewandelt durch Gesetz vom 19. Dezember 2019, Nr. 157 und seit 27. Dezember 2019 in Kraft; das GD vom 30. Dezember 2019, Nr. 161 (*Dringende Änderungen zur Regelung der Abhörmaßnahmen*), das am 1. Jänner 2020 in Erwartung des Umwandlungsgesetzes in Kraft getreten ist.

Es ist sicherlich weder statthaft noch angebracht, im Rahmen des heutigen Anlasses fachtechnische oder sogar politische Überlegungen über die Inhalte einer so stark zunehmenden Rechtsetzung anzustellen. Allerdings kommt man nicht um die Feststellung umhin, dass fast all diese neuen Gesetzesbestimmungen im Titel den Hinweis auf ihre Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit enthalten, und zwar nicht nur deshalb, weil sie somit per Gesetzesdekret erlassen werden können, sondern anscheinend auch, weil die Motivation des Gesetzgebers von einem absolut unaufschiebbaren Bedürfnis geprägt ist, die ursprünglichen strafrechtlichen Bestimmungen zu ändern, weil sie den zeitgemäßen Bedürfnissen nicht mehr entsprechen und den Erlass von Notgesetzen erfordern würden.

Das alte Sprichwort „Gut Ding will Weile haben“ hat jedoch einen wahren Kern und aus der Sicht der Personen, die sich mit der Rechtspflege befassen, führt dieser so stark von Dringlichkeit geprägte gesetzgeberische Ansatz unvermeidlich zu einer zersplitterten Regelung, was die Koordinierung der alten Bestimmungen mit den neuen sowie die Koordinierung des materiellen Rechts mit dem Prozessrecht beträchtlich erschwert. Die Strafprozessrechtslehre bemängelt diese Vorgangsweise schon seit langem, wobei sie bisher jedoch nur auf die Inkohärenz zwischen dem Gesamtaufbau der Strafprozessordnung hingewiesen hatte. In letzter Zeit ging ihre Kritik aber so weit, dass sie erstens den Schaden hervorhebt, den eine Strafgesetzgebung mit Dringlichkeitscharakter, im Hinblick auf die Einhaltung der Verfassungsgrundsätze anrichtet, indem sie die Rationalität des gesamten Strafsystems entstellt, und zweitens die Rückentwicklung der bereits eingeleiteten globalen Reformen der Gesetzbücher konstatiert, da sich häufig nur schwerlich ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Gesetzen feststellen lässt und eine gewissen Bedeutungsentleerung der Rechtsin-

stitute im Gange ist, die eigentlich gerade der Umsetzung der Verfassungsgrundsätze dienen sollten.

Ebenso hat die Rechtslehre die zeitlich eng nacheinander neu erlassenen Gesetzesbestimmungen betreffend die Vorbeugungs- und Bestrafungsstrategien in der Korruptionsbekämpfung hervorgehoben und ihre Besorgnis hinsichtlich der Auslegung der neuen Ermittlungs- und Belohnungsinstrumente zur Aufdeckung der Korruption, der starken Verschärfung der als Nebenstrafen vorgesehenen Verbote, der Ausdehnung der Regelung laut Art. 4-bis der Strafvollzugsordnung auf die Verbrechen gegen die öffentliche Verwaltung, der Neuformulierung des Tatbestandes „rechtswidriger Einflusshandel“ und anderer Aspekte zum Ausdruck gebracht. Einige Kommentatoren bemerkten, dass sich das umfangreiche Programm zur Verbrechensbekämpfung, wie es sich z. B. im sog. „Spazzacorrotti“-Gesetz abzeichnet, in diesem Bereich voll und ganz nach dem „Notstandsmodell“ richtet, gemäß dem soziale Probleme strafrechtlich angegangen werden, wobei in der Vergangenheit angewandte Schemen zur Bekämpfung besonders schwerer Verbrechen übernommen werden und die Wahrnehmung der Korruption als krimineller Notstand mit einer unaufhörlichen Rechtsetzungstätigkeit einhergeht.

Derartige Kritiken treffen aber anscheinend nicht für das als „Codice rosso“ (Roter Kodex) bekannte Gesetz zu: Die in den letzten Jahren erhobenen statistischen Daten veran-

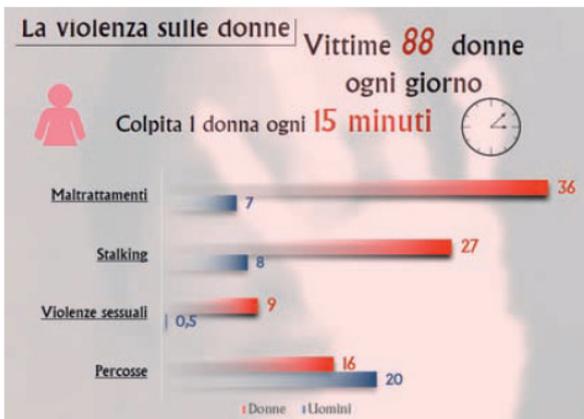
Se danneggi le tue cose  
**Se ti ricatta** *Se ti segue*  
Se pretende amore o sesso quando tu non vuoi  
Se ti spinge e schiaffeggia  
**Se ti umilia**  
**Se ti isola**  
Se ti intimidisce  
Se ti chiude in una stanza  
Se minaccia te ed i tuoi figli  
Se ti offende  
Se ti zittisce  
**Se ti controlla**  
Se ti fa del male fisico  
Se minaccia la tua libertà anche economica  
**...questo non è amore**  
Se ti telefona di continuo per insultarti  
*Se ti prende a calci, ti tira i pugni e ti strappa i capelli*  
Se ti infastidisce con SMS ossessivi  
Se ti chiede "L'ultimo appuntamento"

Polizia di Stato

soggetto ed illustrazione di Giulia Bertagnolo

lassen dazu, häusliche Gewalt, Frauenmorde und geschlechtsspezifische Verbrechen auch in Italien als eine schwere soziale Notlage mit kriminellem Hintergrund zu qualifizieren, sodass der verstärkte Schutz der Person, insbesondere der schwächeren Kategorien, einleuchtend ist. Dadurch wird jedoch nicht über die zahlreichen Kritiken hinweggesehen, die bezüglich der angewandten Rechtsetzungstechnik sowie der bei der Koordinierung zwischen den neuen und den vorhergehenden Bestimmungen aufgetretenen Schwierigkeiten geäußert wurden. Im laufenden Jahr ist daher damit zu rechnen, dass in sämtlichen betroffenen Ämtern nicht nur die

Ermittlungstechniken, sondern auch die internen Organisationsinstrumente überarbeitet werden müssen, um eine Reihe neuer obligatorischer Amtshandlungen und - sofern möglich - eine höhere Spezialisierung aller Mitarbeiter, Richter und Verwaltungspersonal, zu gewährleisten.



Die von der Staatspolizei verbreiteten Daten bezeugen, dass in 60% der Fälle der Partner die geschlechtsspezifische Gewalt ausübt. Im März 2019 z. B. wurde alle 15 Minuten ein weibliches Opfer von Gewalt registriert. Auch in der Region Trentino-Südtirol sieht die Situation nicht besser aus. Es wird mit Recht gesagt, dass die geschlechtsspezifische Gewalt ein endemisches Sozialproblem ist, das in allen Ländern und auf der ganzen Welt existiert, sodass sogar von „Gendergenozid“ die Rede ist.

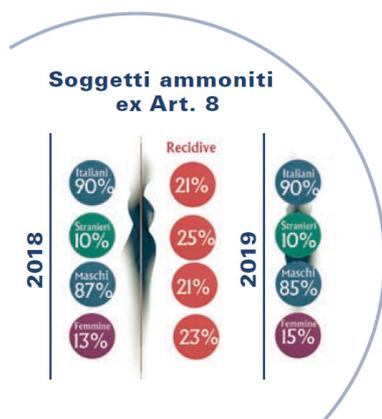
In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Staatsanwaltschaft der Gerichtspolizei bereits mit Rundschreiben vom 19.08.2019 spezifische Richtlinien gegeben hat, um in den Fällen laut Gesetz Nr. 69/2019 gezielt eingreifen zu können, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Beweisaufnahme und der Notwendigkeit des Schutzes des Opfers (auch in Bezug auf die Vertraulichkeit).

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Staatsanwaltschaft der Gerichtspolizei bereits mit Rundschreiben vom 19.08.2019 spezifische Richtlinien gegeben hat, um in den Fällen laut Gesetz Nr. 69/2019 gezielt eingreifen zu können, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Beweisaufnahme und der Notwendigkeit des Schutzes des Opfers (auch in Bezug auf die Vertraulichkeit).

Die absoluten Daten verzeichnen eine Erhöhung von +19% bei den Verbrechen gegen die sexuelle Freiheit, +22% bei Fällen von Stalking und +39% bei den Verfahren wegen Misshandlungen in der Familie.

Auch die Staatsanwaltschaft Bozen ist unverzüglich tätig geworden und hat ihre ersten Richtlinien bereits am 8. August 2019 erlassen und noch vor Genehmigung des neuen Gesetzes organisatorische Maßnahmen ergriffen, indem sie die Anzahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Schutz der Person und der Gesundheit befasst, von drei auf vier Richter aufgestockt hat.

Auch die Staatsanwaltschaft Bozen ist unverzüglich tätig geworden und hat ihre ersten Richtlinien bereits am 8. August 2019 erlassen und noch vor Genehmigung des neuen Gesetzes organisatorische Maßnahmen ergriffen, indem sie die Anzahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Schutz der Person und der Gesundheit befasst, von drei auf vier Richter aufgestockt hat.



Es lässt sich daraus auf die konkrete Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaften für diese Realität schließen, was auch aus weiteren Daten hervorgeht, die die in den Zuständigkeitsbereich des Quästors fallenden Ermahnungen in-

folge von Meldungen betreffend Fälle häuslicher Gewalt betreffen: Im Bezugszeitraum wurden 32 Maßnahmen vom Quästor Bozen und 190 Maßnahmen vom Quästor Trient aufgrund der Bestimmungen zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt (Gesetz Nr. 119/2013) erlassen. Ferner sind auch 56 Ermahnungen betreffend Fälle von Stalking zu melden.

Diese synergetischen Bemühungen sowohl bei der Vorbeugung als auch bei der Beweisaufnahme im Rahmen eines Verfahrens, dessen Abwicklung grundsätzlicher Vorrang einzuräumen ist, können zur Begrenzung dieser Verbrechen und hoffentlich zum graduellen Rückgang derselben beitragen, sofern in der Gesellschaft Information und Aufmerksamkeit bezüglich der Gefahren einer „krankhaften“ Beziehung sowie das Bewusstsein darüber gestärkt werden.

Im Zivilbereich gab es im vergangenen Jahr weniger gesetzliche Neuigkeiten, während im Jahr 2020 ein anderer Trend zu erwarten ist. Insbesondere ist auf das GvD vom 12.01.2019, Nr. 14 (Kodex der konkurs- und insolvenzrechtlichen Bestimmungen in Durch-



führung des Gesetzes vom 19.10. 2017, Nr. 155) hinzuweisen, das am 16.08.2020 in Kraft treten wird und von den Konkursrichtern aufgrund der zahlreichen Änderungen zum kgl. Dekret vom 16.03.1942, Nr. 267 und zum Gesetz Nr. 3/2012 über die Überverschuldung sowie der Schaffung eines aus 391 Artikeln bestehenden

Einheitstextes über die Insolvenz bereits durchgearbeitet wird. Nicht zu vergessen ist, dass durch besagtes Dekret auch verschiedene Änderungen zu im Zivilgesetzbuch enthaltenen Bestimmungen in Sachen Gesellschaftsrecht eingeführt wurden, die bereits am 15.03.2019 in Kraft getreten sind.

In Sachen Schutz der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen ist auf die jüngsten europäischen Leitlinien hinzuweisen, die Italien im Dezember 2019 umgehend übernommen hat. Infolge der Empfehlung des Ministerkomitees des Europarats vom 11. Dezember 2019 kam es nämlich am 21. Dezember zur vorläufigen Genehmigung einer Verordnung des Ministerrats, die später mit Dekret des Präsidenten zu erlassen ist. Dadurch soll die geltende Regelung geändert und durch weitere Schutzbestimmungen ergänzt werden, um das Wohl der ausländischen Minderjährigen zu gewährleisten. Die Empfehlung enthält die wichtigsten Grundsätze und Leitlinien für die Mitgliedstaaten und die im Bereich der Aufnahme und des



Schutzes unbegleiteter Minderjähriger tätigen Fachkräfte - auch hinsichtlich der spezifischen Ausbildung -, um den Betroffenen einen effektiven Schutz, eine angemessene Information über ihre Rechte und einen erleichterten Zugang zum Justizsystem zu gewährleisten. Die Verordnung ändert und ergänzt die Bestimmungen in Umsetzung des Gesetzes vom 7. April 2017, Nr.

47 betreffend die Ausstellung der Aufenthaltserlaubnisse und deren Umwandlung nach Erreichen der Volljährigkeit, um die Integration ausländischer Minderjähriger in die Gesellschaft, in die Schule und in die Arbeitswelt zu fördern.

Die neuen gesamtstaatlichen Bestimmungen, die zur Anpassung an die europäischen Empfehlungen erforderlich sind, werden sicherlich Auswirkungen auf die Tätigkeit der Jugendgerichte und der örtlichen Einrichtungen haben, deren Tragweite heute noch nicht abzusehen ist.

Ein weiteres Problem, das vor kurzem aufgeworfen wurde und sich ebenfalls auf die Gerichtsbarkeit auswirken wird, betrifft die bei den Oberlandesgerichten tätigen Hilfsrichter: Die III. Zivilsektion des Kassationsgerichtshofs hat mit zwei umfangreichen Zwischenbeschlüssen vom 9. Dezember 2019 die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen (Art. 62 Abs. 1, Art. 65 Abs. 1 und 4, Art. 66, Art. 67 Abs. 1 und 2, Art. 68 Abs. 1, Art. 72 Abs. 1 des Gesetzesdekrets vom 21. Juni 2013, Nr. 69 - umgewandelt mit Änderungen in das Gesetz vom 9. August 2013, Nr. 98 - wegen Widerspruch zum Art. 102 Abs. 1 sowie zum Art. 106 Abs. 1 und 2 der Verfassung) betreffend die Rechtsprechungstätigkeit der ehrenamtlichen Richter aufgeworfen und sich dabei u. a. gegen eine verfassungsorientierte evolutive Auslegung im Sinne einer „Institutionalisierung“ ausgesprochen hat. Nach Auffassung des Kassationsgerichtshofs dürften also die den Mitgliedern kollegialer Gerichtsorgane vorbehaltenen Rechtsprechungsfunktionen den ehrenamtlichen Richtern nur dann zugewiesen werden, wenn dies durch außerordentliche, befristete Maßnahmen und auf jeden Fall durch Maßnahmen erfolgt, deren Zweck, Gegenstand und Dauer genau vorbestimmt und begrenzt sind. Sollte der Verfassungsgerichtshof, der sich derzeit mit der Frage befasst, die angefochtenen Bestimmungen für verfassungswidrig erklären, so könnte die ordentliche

Tätigkeit der Oberlandesgerichte stark beeinträchtigt werden, denn in vielen Fällen verfügen diese über mehrere Hilfsrichter, die zahlreiche Rechtsprechungsaufgaben ausüben und somit für die Bewältigung des Arbeitspensums eine wichtige, wenn nicht sogar wesentliche, Rolle spielen.

In unserem Sprengel müsste man dann auf vier Hilfsrichter verzichten (drei beim Oberlandesgericht Trient und einen bei der Außenstelle Bozen), was zweifelsohne zu einer internen Reorganisation zwingen würde und gleichzeitig die Produktivität senken könnte.



**2.2** Wie in den vergangenen drei Jahren wurde auch 2019 wieder der Europäische Tag der Ziviljustiz begangen, der am 25. Oktober stattfand. Es wurde nicht mehr wie in den Vorjahren das Thema Familienrecht behandelt, sondern der sogenannte Kodex des Dritten Sektors und insbesondere seine Umsetzung, da bisher noch keine vollständige und erschöpfende Regelung erlassen wurde, an der sich die Akteure dieses Sektors zuverlässig orientieren können. An dieser dank der großzügigen Unterstützung der Universität Trient und der Anwaltskam-

mer des Sprengels veranstalteten Tagung haben namhafte Referenten, erfahrene Universitätsdozenten aus verschiedenen italienischen Städten, Notare und Vertreter von im Trentino tätigen Körperschaften des dritten Sektors teilgenommen.

Die in dieser Aula Magna abgehaltene Veranstaltung stand nicht nur Anwälten, Richtern und Rechtspflegern, sondern auch Studenten und Akteuren des Sozialwesens offen und trug damit zum angestrebten neuen Image des Justizpalastes als Treffpunkt und Ort des Austausches, der wissenschaftlichen Erörterung und vor allem der Nähe zu den Problemen der Bürgerinnen und Bürgern bei. Das Gerichtsgebäude soll nämlich von der Gemeinschaft nicht nur als Ort der Justizverwaltung und der Rechtsprechung wahrgenommen werden, sondern auch als Zentrum der Interessen der Allgemeinheit und der Erbringung eines vielfältigen und bürgernahen Dienstes für alle.

Dies war zwar seit jeher - zumindest in den vergangenen vier Jahren - eine klare Zielsetzung, aber nun ist festzustellen, dass wir nicht mehr die Einzigen sind, die in diese Richtung gehen. Das Bedürfnis nach einer aktiven Einbeziehung der Interessen, ja sogar der

Stimme der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen ist nämlich immer stärker zu spüren. Wir haben tatsächlich im ersten Monat dieses Jahres erfreut und vielleicht auch ein



bisschen erstaunt erfahren, dass sich sogar der Verfassungsgerichtshof gegenüber der Zivilgesellschaft geöffnet hat, indem vorgesehen wurde, dass auch „die Träger kollektiver und diffuser Interessen, die in Zusammenhang mit der behandelten Frage stehen,“ den Verhandlungen beiwohnen und somit ihren Beitrag zu den Entscheidungen der „Richter über die Gesetze“ leisten dürfen. Dies bedeutet gewiss nicht den Verzicht des Verfassungsgerichtshofs auf die ihm zustehenden Aufgaben, sondern ist - durch die Einführung des Art. 4-ter in die Verfahrensordnung - einfach ein Ausdruck seines Entschlusses, sich gegenüber jeglichem gesellschaftlichen Gebilde ohne Gewinnzwecke und jeglichem institutionellen Rechtssubjekt zu öffnen, das in irgendeiner Weise in Zusammenhang mit den vor dem Verfassungsgerichtshof erhobenen Einwänden steht und das „kurze schriftliche Stellungnahmen einreichen kann, um Anhaltspunkte für die Kenntnis und Beurteilung des dem Verfassungsgerichtshof unterbreiteten Falls zu bieten“.

Diese von allen Verfassungsrichtern unter der Leitung ihrer derzeitigen Präsidentin gewünschten Bestimmungen sind äußerst innovativ, ja fast revolutionär, da sie den Verfassungsgerichtshof in ein vollkommen neues Licht stellen: Er möchte sich nicht mehr als eine abgeschottete Institution und „sterile Gesetzes- und Pandektenwerkstatt“ (wie sie ein bekannter Journalist am 12. Jänner wirkungsvoll beschrieben hat) darstellen, sondern als bürgernah, und zwar genau in dem Moment, in dem er die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, die den Bürgern sowohl Rechte garantieren als auch Pflichten auferlegen können, beurteilen muss.



Unsere Gerichtsämter werden auch weiterhin voller Überzeugung in diese Richtung gehen, wobei sie sich durch die Worte der Senatspräsidentin bestärkt fühlen, die sie am 26. Juli 2019

anlässlich der Einweihung des Rosario Livatino gewidmeten Sitzungssaals der Generalstaatsanwaltschaft zum Ausdruck brachte. Nachdem sie ihre Wertschätzung für die zahlreichen Projekte geäußert hatte, die im Laufe der Zeit zu immer noch andauernden positiven Ergebnissen geführt haben, bemerkte sie, dass *all dies auch dank der positiven und wirksamen Synergien erreicht worden sei, welche die Gerichtsämter im Laufe der Zeit zusammen mit den anderen Akteuren des Justizwesens, den örtlichen Institutionen und der Gesellschaft insgesamt durch die Zusammenarbeit zwischen Richtern, Rechtsanwälten und Verwaltungspersonal herzustellen vermochten. Diese Zusammenarbeit zeichne nämlich maßgebend die Tätigkeit der Gerichtsämter in diesem Sprengel aus.*

Genau dieser kontinuierliche Dialog, diese erfolgreiche Zusammenarbeit und diese Öffnung gegenüber der Gemeinschaft stellen den Nährboden für die konkrete Ausübung eines Gerichtsdienstes dar, der den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entspricht und Nutzen aus immer neuen Anregungen ziehen kann.

**2.3** Ich denke, es ist nun an der Zeit, den Mitgliedern des ausscheidenden Gerichtsrats (dem Plenum, dem engeren Rat und der autonomen Sektion) für ihren starken Einsatz bei der Behandlung äußerst heikler und immer zahlreicher werdender Fragen einen Dank auszusprechen. Besonders herzlich danke ich den Mitgliedern, die keine Richter sind, d. h. den von den Räten der Anwaltskammern ernannten Rechtsanwälten und dem Universitätsprofessor, mit denen sich sofort eine Beziehung eingestellt hat, die auf optimaler Zusammenarbeit, Höflichkeit und Anerkennung der jeweiligen Rolle aufbaute, was zu einem sehr angenehmen und fruchtbringenden Arbeitsklima in den Sitzungen beigetragen hat. Angesichts der in den ersten Monaten des Jahres 2020 anstehenden Neuwahlen kann ich mir nur wünschen, dass die neue Zusammensetzung des Gerichtsrats ähnliche Merkmale aufweisen möge. Allerdings möchte ich meine Richterkollegen, die eine eventuelle Kandidatur für dieses Amt ins Auge fassen, dazu anhalten, gut über den Einsatz nachzudenken, den es abverlangt, sowie über die Priorität, die es gegenüber jedem anderen von ihnen angestrebten Amt haben muss. Es ist nämlich unerlässlich, dass alle Ratsmitglieder an den Sitzungen teilnehmen, um deren Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten, und ein zukünftiges Ratsmitglied muss bereit sein, sich gründlich in die Akten zu vertiefen und die Aufgaben, für die dieses dezentrale Organ zuständig ist, objektiv, ausgewogen und transparent auszuüben.

Es ist verständlich, dass in einer allgemeinen Situation, in der bei der Ausübung der Rechtsprechungsgewalt tagtäglich ein intensiver und optimal organisierter Einsatz gefordert wird, die Übernahme zusätzlicher Aufgaben eine bedeutende Belastung darstellt und eher zurückhaltend, wenn nicht gar ängstlich betrachtet wird. Ich denke dabei an den vergrößerten Umfang dieser Aufgaben, an die Rolle der EDV-Referenten des Justizministeriums (MAGRIF und RID), die dezentralen Ausbilder, die zahlreichen spezialisierten Einheiten innerhalb des zentralen Selbstverwaltungsorgans wie z. B. die Technische Struktur für die Organisation (S.T.O.), die eine hohe Qualifizierung und Erfahrungen in verschiedenen Gebieten erfordern. Ich denke dabei auch an das neue Amt der R.A.M. (Referenten für das Archiv der Rechtsprechung in der Hauptsache), das vom Obersten Rat für das Gerichtswesen vorgesehen wurde, um den ordnungsgemäßen Betrieb und die Implementierung des wieder belebten Archivs der Rechtsprechung in der Hauptsache *Italgireweb* zu gewährleisten, für das in unserem Sprengel für den Zivilbereich trotz wiederholter Aufforderungen allerdings noch keine Anwärter gefunden wurden.

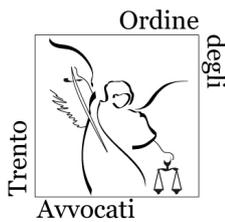
Dies ist sicherlich auf die geringe Größe unserer Ämter zurückzuführen, in denen jeder Richter zwar seiner Hauptaufgabe - manchmal sogar sehr gut - nachkommen kann, sich aber nicht in der Lage sieht, zusätzlichen Tätigkeiten Zeit und Energie zu widmen, wenngleich diese Aufgaben äußerst wichtig sind und ihn vielleicht auch persönlich sehr interessieren.



**CORTE SUPREMA DI CASSAZIONE**  
Centro Elettronico di Documentazione

Die einzige mögliche Lösung wäre, noch stärker auf die jungen Praktikanten zurückzugreifen, die eine wertvolle Ressource darstellen. Man könnte eine Organisationsform anwenden, bei der die Praktikanten stärker in die Vorbereitung der Verhandlungen, in die Abfassung der Aktenkarteien der Faszikel sowohl in der Untersuchungs- als auch in der Urteilsphase sowie in die vorbereitende Untersuchung der Rechtsfragen durch eine systematische Sammlung der Präzedenzfälle und der diesbezüglichen höchstrichterlichen Rechtsprechung einbezogen werden. Das Ziel wäre also nicht nur die Ausbildung der Praktikanten, sondern auch eine tatkräftige und kompetente Unterstützung der Gerichtsämter, die diese immer stärker nötig haben. Nur wenn den Richtern einige der zahlreichen Aufgaben betreffend die Vorbereitung der Urteilsfindung abgenommen werden, könnte vielleicht ein größerer Freiraum für jene wissen-

schaftlichen, organisatorischen und institutionellen Tätigkeiten geschaffen werden, welche zunehmend von den Richtern der ersten und zweiten Instanz gefordert werden.



Ebenso maßgeblich war der Beitrag der Anwaltschaft, weshalb ich den Vorsitzenden der Räte der Rechtsanwaltskammern des Sprengels meine aufrichtige Wertschätzung zukommen lassen möchte, die während ihrer Amtszeit stets bereit waren, an Studien-, Vertiefungs- und Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen oder bei deren Veranstaltung mitzuwirken sowie einen konstruktiven und fairen Dialog zu führen. Ich bin mir sicher, dass auch die vor Kurzem ernannten Vorsitzenden sowie alle Räte in ihrer neuen Zusammensetzung den von ihren weitsichtigen Vorgängern eingeschlagenen Weg weitergehen und die produktive Zusammenarbeit mit der Richterschaft weiterführen werden, die auf der Anerkennung der jeweiligen unterschiedlichen Rollen, auf der Verfolgung der gleichen Ziele sowie auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Justizdienst basiert.

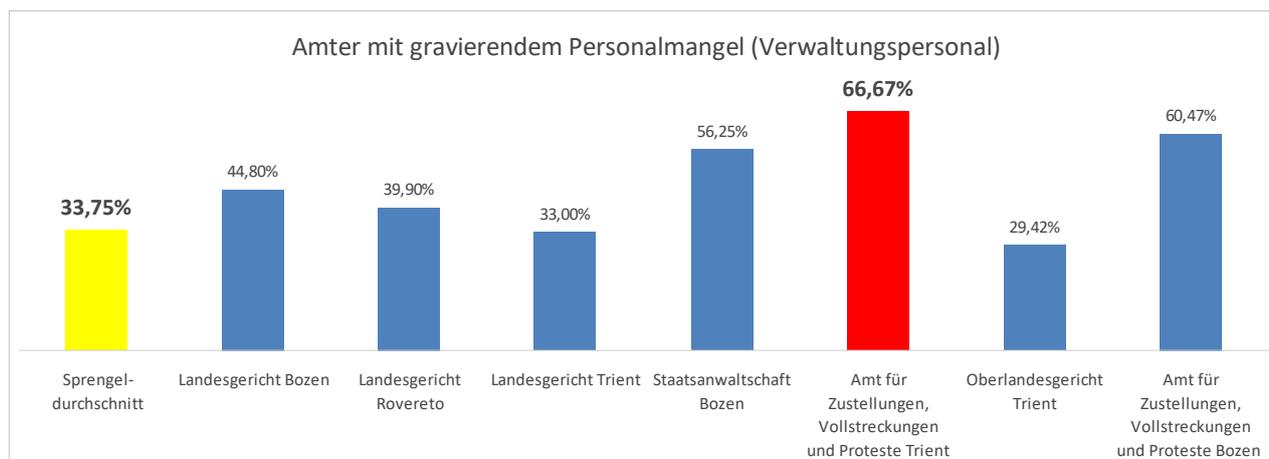
In diesem Zusammenhang sei auch auf die ständige Unterstützung der Universität Trient und insbesondere ihres Rektors sowie des Dekans und der Dozenten der Fakultät für Rechtswissenschaften hinzuweisen, ohne deren Beitrag viele Initiativen nicht hätten veranstaltet werden können. Außerdem wäre ohne ihre Hilfe auch die Tätigkeit der gebietsmäßig zuständigen Einrichtung der „Scuola Superiore della Magistratura“ in Bezug auf die Weiterbildung und Vertiefung wichtiger juristischer Themenbereiche sehr begrenzt.

Die Zusammenarbeit mit diesen Einrichtungen muss weitergeführt und möglichst noch ausgebaut werden. Die Richterschaft kann insoweit ihre Aufgaben wahrnehmen und beruflich wachsen, als auch ihre Hauptgesprächspartner denselben Weg begehen, Unterstützung bieten sowie neue Initiativen und nützliche Programme vorschlagen und sich den tagtäglich neuen Herausforderungen mit der Bereitschaft zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und zu einem gemeinsamen Ansatz stellen.

**2.4** Ich möchte nun im Rahmen dieser offiziellen Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf die institutionenübergreifende gemeinsame Planung sowie auf die Resultate lenken, die dadurch erreichbar sind, wenn man auf eine entschlossene und aktive Zusammenarbeit vertrauen kann.

Wir müssen uns der objektiven und - offen gesagt - besorgniserregenden Situation bewusst sein und gezwungenermaßen darüber berichten, auch wenn die Regionalverwaltung objektiv nicht der Trägheit oder Ineffizienz beschuldigt werden kann, vor allem angesichts der Tatsache, dass - wie bereits seit langer Zeit eindringlich gefordert - zwei Wettbewerbe für die Einstellung von Gerichtsassistenten ausgeschrieben wurden.

Auch im Jahr 2019 verzeichnen die Stellenpläne einen schwerwiegenden Mangel an Verwaltungspersonal, dessen Prozentwert sich im Zeitraum 1.07.2018-30.06.2019 auf 28,75% beläuft. Dieser Durchschnittswert ist in den vergangenen Monaten bis auf 33,75% mit Spitzwerten bis zu 44,80% beim Landesgericht Bozen, 39,90% beim Landesgericht Rovereto, 56,25% bei der Staatsanwaltschaft Bozen und 66,67% beim Amt für Zustellungen und Wechselproteste Trient angestiegen, das angesichts der Unterbesetzung fast jeden Tag um eine weitere Einschränkung der Öffnungszeiten der Schalter ersucht. Der Personalmangel betrifft ferner auch das Zentralamt des Oberlandesgerichts (29,42%), die Außenabteilung Bozen (46,67%) und das Amt für Zustellungen und Wechselproteste Bozen (60,47%).



Wie bereits verschiedenen institutionellen Stellen erklärt wurde, bestehen die größten anzugehenden Schwierigkeiten in der Einstellung von Personal für die Ämter für Zustellungen und Wechselproteste u. a. wegen der extremen Besonderheit der Ordnung betreffend die Gerichtsvollzieher (DPR vom 15. Dezember 1959, Nr. 1229 i.d.g.F.) und der strengen Durchführungsmodalitäten für die Wettbewerbsverfahren (auch in Bezug auf die Zusammensetzung der Prüfungskommission): Im Sprengel sind immer weniger Gerichtsvollzieher tätig, obwohl sie als Hilfskraft des Richters eine wesentliche Rolle bei der Durchführung von mit einer großen Verantwortung verbundenen Aufgaben, spielen, sodass ein neuer „regionaler Gerichtsvollzieher“ mit äußerst unterschiedlichen Merkmalen im Vergleich zu den

derzeit vorgesehenen schwer vorstellbar ist. Zugleich ist es meines Erachtens nach nicht zweckmäßig, dass die Ämter für Zustellungen und Wechselproteste nur aus Gerichtsvollziehern bestehen, und dies ganz und gar von der noch ausstehenden Ausschreibung von Wettbewerben für dieses Berufsbild abgesehen.

Über die Zahlen hinaus, die die weiterhin bestehenden Schwachpunkte ausreichend bestätigen, werden sich einige der bei der Eröffnung des Gerichtsjahres 2019 Anwesenden daran erinnern, dass ich die allgemeine und grundsätzliche Wichtigkeit der Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals betont habe, da keinerlei Professionalität ohne Schulung bestehen kann. Was insbesondere unser Gebiet angesichts der Befugnisübertragung vom Justizministerium auf die Region kraft GvD vom 7. Februar 2017, Nr. 16 anbelangt, wurde bei den Gerichtsämtern Personal mit stark unterschiedlichen Erfahrungen aufgenommen, das nicht einmal über die minimalen Grundkenntnisse verfügt, die hingegen vom Staat durch das Bestehen spezifischer Wettbewerbe mit besonderen subjektiven Zulassungsvoraussetzungen garantiert wurden.



Ich machte daher auf die Notwendigkeit der Schulung des neu eingestellten Personals aufmerksam, das durch Rückgriff auf bereits in der Region für andere Zwecke erstellte Rangordnungen oder durch Abordnung von anderen in der Region tätigen Verwaltungen aufgenommen wurde, ohne in beiden Fällen eine minimale Grundausbildung oder zumindest eine in ähnlichen Bereichen erlangte Arbeitserfahrung zu gewährleisten.

Durch die Besonderheit der Tätigkeit der Kanzleien und der Sekretariate der Gerichte kamen mehrere Schwierigkeiten bei dem Einstieg des neuen Personals auf. Von dem seit langer Zeit im Dienst stehenden Personal wurde ein massiver Ausbildungsaufwand vor Ort verlangt und manchmal konnten leider neue Bedienstete, wegen grundsätzlich fehlender Eignung oder Unfähigkeit der Bediensteten, die Grundkenntnisse und die anfänglich unbekannt - später unbeliebten - Aufgaben zu erlernen, nicht aufgenommen werden. Um dieser schwierigen Situation abzuweichen, unterstrich ich die Zweckmäßigkeit und sogar Notwendigkeit einer synergetischen Zusammenarbeit zwischen der Richterschaft auch über die Bezirkssektion der Nationalen Richtervereinigung und die dezentrale Weiterbildungsein-

richtung der „Scuola Superiore della Magistratura“, der Region und der Universität Trient für die Planung der beruflichen Schulung des neuen (einst und zum Großteil auch noch heute mit befristetem Arbeitsverhältnis eingestellten) Personals.

Der Vorschlag wurde sofort von allen angesprochenen Seiten positiv aufgefangen und wenige Monate später wurde die Ausarbeitung eines umfassenden Projektes eingeleitet:



Mit den organisatorischen Aspekten wurde die *Trentino School of Management* aufgrund eines mit der Region laufenden Vertrags beauftragt, während die wissenschaftliche Koordination einschließlich der Bildungsziele Universitätsdozenten anvertraut wurde, darunter Prof. Fulvio Cortese, Dekan der Fakultät für Rechtswissenschaften, und Prof. Federico Puppo, scheidendes Mitglied des Gerichtsrates, der sich der organisatorischen Probleme der Gericht-

sämter weitgehend bewusst ist.

Das Ausbildungsprojekt „*Progetto Formativo per il Personale degli Uffici Giudiziari: Strumenti per lavorare in modo efficace. Progetto Formativo in materia di soft skills e competenze giuridiche*“ wurde vor kurzem mit Beschluss der Regionalregierung genehmigt, weshalb anzunehmen ist, dass die konkrete Umsetzung in den ersten Monaten des Jahres 2020 beginnen wird.

Diesbezüglich muss grundsätzlich anerkannt werden, dass sich die Spitzen und die Führungskräfte der Region sofort und entschieden der Wichtigkeit und Nützlichkeit dieses Projektes bewusst waren, indem sie Energien, Zeit und finanzielle Ressourcen darin eingesetzt haben. Es muss auch öffentlich anerkannt werden, dass die *Trentino School of Management* durch eine Reihe von Treffen und Austauschen sowohl die zu erreichenden Ziele als auch die anzuwendenden methodologischen Instrumente korrekt ermittelt hat.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass die im Abstract zur Vorstellung des Projektes angeführten Ziele die Schulung als ein wichtiges und wertvolles Mittel betrachten, um

1. den Einstieg des neu eingestellten Personals (bereits im Dienst stehenden bzw. mit Wettbewerb aufgenommenen Personals) durch eine deutliche Definition der Aufgabe der Körperschaft, in der es tätig ist, zu erleichtern und den Erwerb der rechtlichen

Kenntnisse und die Interaktion mit den Bürgern zu unterstützen, um die anvertrauten Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können;

2. die Professionalität des mit der Koordinierung betrauten Personals aufzuwerten und zu ergänzen, was die Fähigkeit zur *Leadership* sowie zur Kommunikation/Interaktion mit Nutzern und Mitarbeitern anbelangt.
3. die Professionalität des Personals ohne Koordinierungsaufgaben aufzuwerten und zu ergänzen, was die Fähigkeit zur Kommunikation/ Interaktion mit Nutzern und Mitarbeitern und die wirksame Bewältigung von Konfliktsituationen anbelangt.

Ich bin der Ansicht, dass dieser vor einem Jahr erwogenen möglichen konkreten Unterstützung der Gerichtsämter bestens entsprochen wurde. Es ist unverneinbar eine große Genugtuung, ein Ziel erreicht zu haben, das zwar nicht das einzige und vielleicht auch nicht das wichtigste darstellt, sich jedoch positiv auf die tägliche Arbeit des Justizdienstes und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Sprengels auswirken kann, indem das einst von der Staatsverwaltung garantierte Niveau der Vorbereitung unseres Personals wieder hergestellt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich meine Erwägungen zur Autonomie dieser Region und der beiden Provinzen ergänzen, wobei ich voraussetze, dass ich keine besondere Veranlagung zur Behandlung sozialpolitischer Themen habe, sondern lediglich eine persönliche Überlegung anstellen möchte: Angesichts der Tatsache, dass die auf gegenseitiger Berücksichtigung und Inklusion der Vielfältigkeit beruhende Autonomie - wie mehrmals erklärt wurde - ein wirksames Instrument zum Schutz und zur Entwicklung ist, das die Identitäten stärkt und gleichzeitig Nutzen aus dem Mehrwert der in diesem Gebiet bestehenden Vielfältigkeit zieht, muss vermieden werden, dass sich diese Autonomie nicht zur Abschottung nach außen und Betonung der Besonderheiten verführen lässt, um Diversität und Trennung herbeizuführen.

Diese Eventualität darf nicht zugelassen werden, insbesondere was die die gesamte Gemeinschaft betreffenden Themen, Rechte und Interessen wie die Rechtsprechung und das eng mit dieser verbundene Justizsystem anbelangt, das durch unsere wertvolle Verfassung - d. h. die Gesamtheit der Bestimmungen, auf denen die Ordnung unserer Republik fußt und die die Anerkennung und schrittweise Förderung der im Statut verankerten Autonomie ermöglicht haben - geschützt ist.



Ein aktuelles Beispiel stellt heute der Justizdienst im Gebiet der Region Trentino-Südtirol dar, der im Rahmen der nationalen Gegebenheiten den bereits bestehenden markanten Unterschied, der aus dem notwendigen Schutz der innewohnenden Diversität und Vielfalt herrührt, nicht verstärken, sondern dieses *quid pluris* zu seinem Nutzen verwenden sollte, ohne dabei die allgemeinen Merkmale abzulegen, die sämtlichen Sprengeln eigen sind. Nicht mehr und nicht weniger. Keine nutzlosen Gegenüberstellungen, die Trennungen bewirken und letztendlich zur Ausgrenzung führen. Es geht um einen aus dem perfekten Zusammenspiel zwischen Besonderheit der Region und Einhaltung der allgemeinen Richtlinien entstehenden Mehrwert, soweit dies vereinbar ist.

Ein Beispiel dafür stellen auch die derzeitige Situation des Verwaltungspersonals, das nicht mehr wie in den anderen Sprengeln zum Staat gehört, sowie die Harmonisierung der neuen Ordnung für die ehrenamtliche Richterschaft (laut GvD Nr. 116/2017) mit den Besonderheiten der Friedensgerichte dar. Es handelt sich dabei darum, eine vorbildliche Koexistenz herzustellen, aufgrund derer wir in unserem Gebiet unter einigen Aspekten „mehr haben“, ohne dass jemand „zu wenig bekommt“.

**2.5** Nun möchte ich kurz die wichtigsten Daten betreffend den Gerichtssprengel im Bezugszeitraum zusammenfassen.

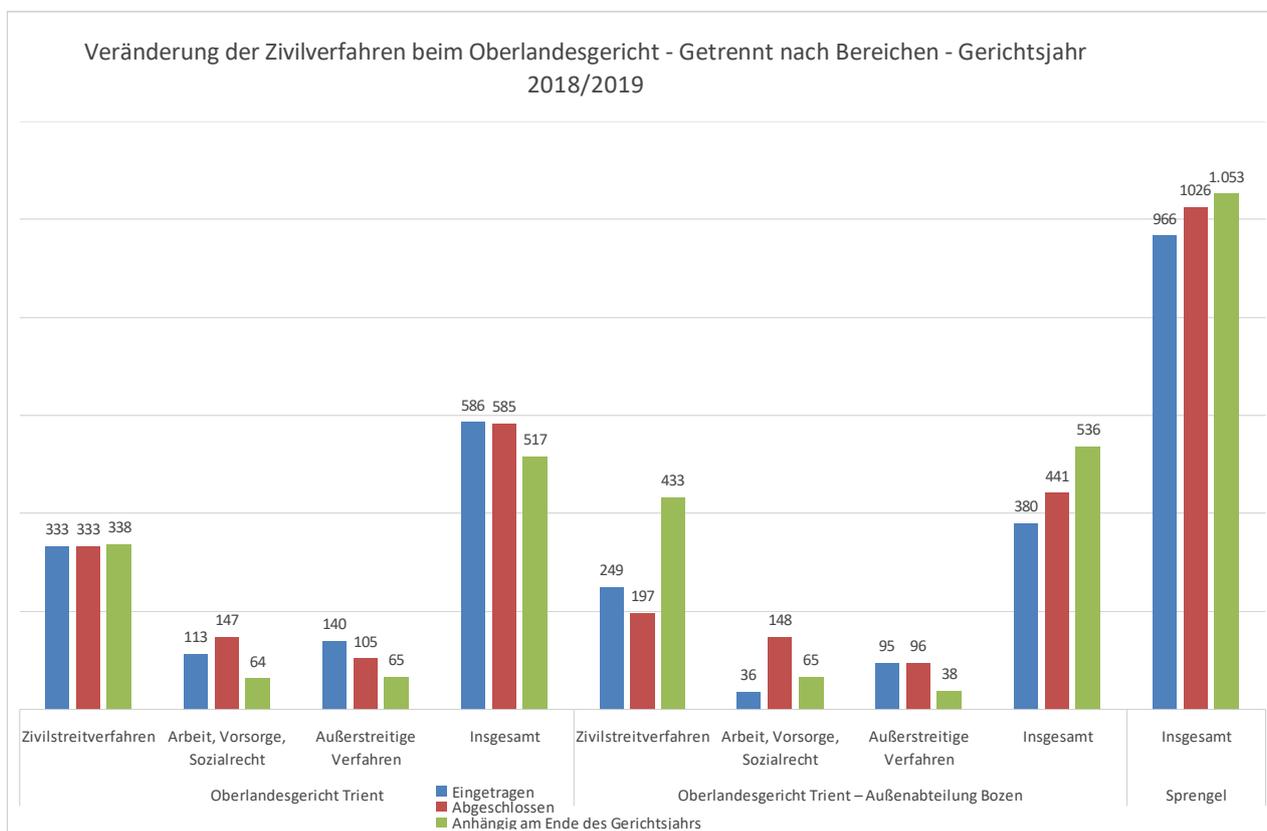
Laut Bericht zur Eröffnung des Gerichtsjahres 2019 wurden bei den drei Landesgerichten des Gerichtssprengels 26.957 Zivilverfahren (mit Ausnahme - wie üblich - der Verfahren im Zuständigkeitsbereich des Vormundsgerichts sowie der fachkundlichen Ermittlung zu Zwecken der Beweissicherung bei vorsorgerechtlichen Verfahren) neu eingetragen und 27.167 abgeschlossen. Die ministeriellen Angaben zum Zeitraum 1. Juli 2018 - 30. Juni 2019 zeigen einen leichten Rückgang (26.775 Eintragungen und 26.946 abgeschlossene Verfahren), wobei sich trotz der Verminderung der Neueintragungen eine höhere Anzahl der anhängigen Verfahren (12.913, zum 30.06.2018 waren es 12.886) feststellen lässt. Insbesondere sind beim Landesgericht Bozen 9.759 SICID-Neueintragungen (und 9.884 abgeschlossene Verfahren), beim Landesgericht Rovereto 3.121 Neueintragungen (und 3.064 abgeschlossene Verfahren), beim Landesgericht Trient 10.223 Neueintragungen (und 9.958 abgeschlossene Verfahren) zu verzeichnen.

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl betreffen die Neueintragungen 531.178 Einwohner im Landesgerichtssprengel Bozen und insgesamt 541.098 Einwohner in den beiden Landesgerichtssprengeln der Provinz Trient (9.759 : 531.178 = 13.344 : 541.098), so dass Letztere bei einer Differenz um ca. 10.000 Einwohner (+9.920) 3.585 Zivilstreitverfahren (SICID) mehr verzeichnen.

Aus dem Vergleich zwischen den zwei Zeiträumen geht allerdings eine nur geringe Veränderung der Eintragungen hervor (von 11.643 auf 11.460 beim Landesgericht Bozen, von 3.639 auf 3.684 beim Landesgericht Rovereto und von 11.675 auf 11.631 beim Landesgericht Trient).

Ein bedeutsamerer Rückgang ist beim Oberlandesgericht festzustellen: Die Neueintragungen sind bei den Zentralämtern in Trient von 634 im Zeitraum 2017/2018 auf 586 im aktuellen Bezugszeitraum und bei der Außenstelle Bozen von 481 auf 380 (d. h. insgesamt von 1.115 auf 966) gesunken.

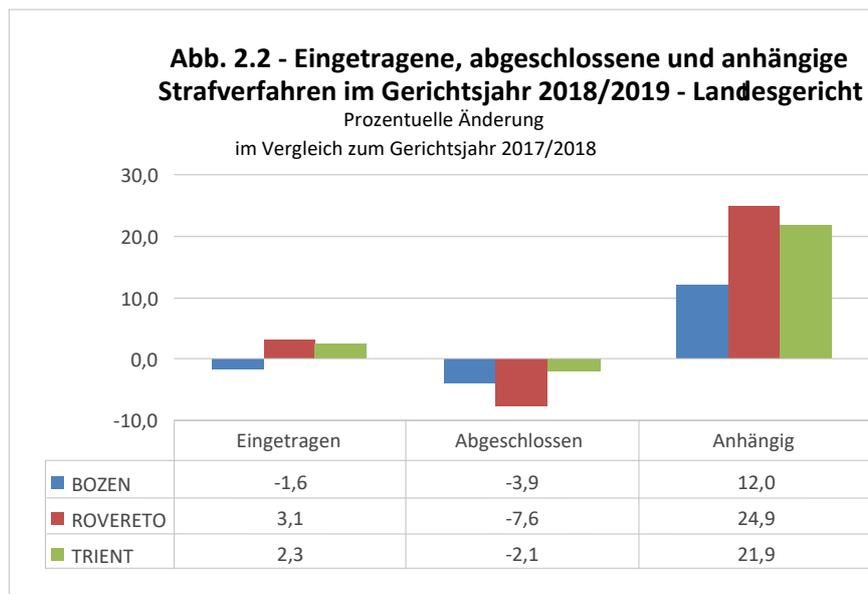
Die Produktivität des Gerichts zweiter Instanz hat sich deutlich verbessert: Im Vorjahr lag die Zahl der abgeschlossenen Verfahren (968) unter jener der Neueintragungen (1.115), im Bezugszeitraum wurden hingegen bei 966 Neueintragungen 1.026 Verfahren abgeschlossen, so dass der Rückstand teilweise abgebaut wurde. Im Einzelnen haben die



beiden Zivilsektionen in Trient ein fast vollkommenes Gleichgewicht erreicht (585 abgeschlossene Verfahren bei 586 Neueintragungen); die Außenstelle hat mit 441 abgeschlossenen Verfahren bei 380 Neueintragungen sogar einen beachtlichen Abbau der Rückstände erzielt.

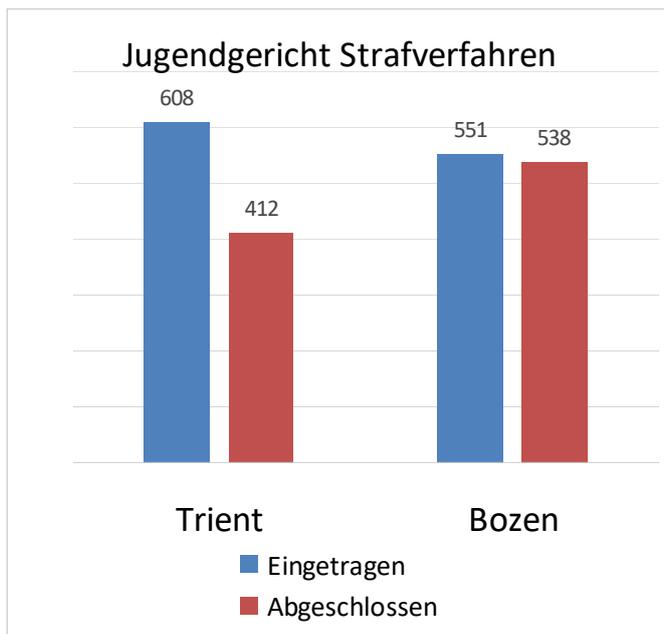
Was den Strafbereich anbelangt, verzeichnet das Landesgericht Bozen einen Rückgang bei den Neueintragungen (-1,6%, von 7.785 auf 7.659), aber auch bei den abgeschlos-

senen Verfahren (-3,9%, von 7.361 auf 7.075), so dass die anhängigen Verfahren um +12,0% zugenommen haben; das Landesgericht Rovereto verzeichnet hingegen eine Erhöhung um +3,1% bei den Eintragungen (von 1.430 auf 1.475) und einen Rückgang um -7,6% bei den abgeschlossenen Verfahren, was einer Erhö-



hung der anhängigen Verfahren um +24,9% entspricht; beim Landesgericht Trient ist ebenfalls ein Anstieg der Neueintragungen (+2,3%, von 4.768 auf 4.877) und ein Rückgang der abgeschlossenen Verfahren (-2,1%) zu verzeichnen, was eine Zunahme um +21,9% bei den anhängigen Verfahren bewirkt hat.

Es ist vielleicht nicht überflüssig zu unterstreichen, dass die aus diesen Daten - und vor allem aus den von der Generaldirektion für Statistik und Organisationsanalyse des Justizministeriums erfassten Prozentwerten - hervorgehenden positiven oder negativen Veränderungen in absoluten Zahlen wie gesagt eigentlich recht bescheiden sind.



Wird nun wie für den Zivilbereich die Zahl der Strafverfahren (ohne die Staatsanwaltschaften zu berücksichtigen) in Verhältnis zur Bevölkerungszahl gebracht, so gab es im Bezugszeitraum 7.659 Neueintragungen bei einer Bevölkerung von 531.178 Menschen bzw. 6.352 Neueintragungen bei einer Bevölkerung von 541.098 Menschen.

Was die Jugendgerichte angeht, steht Trient mit 608 eingetragenen und 412 abgeschlossenen Zivilverfahren

schlechter da als Bozen (551 eingetragene und 538 abgeschlossene Verfahren).

Die zwei Überwachungsgerichte, die wie gesagt unter Personalmangel leiden, haben auch im Bezugszeitraum gute Ergebnisse in Bezug auf die abgeschlossenen Verfahren erzielt, die angesichts ihrer Dringlichkeit stets ohne Verzögerungen abgewickelt werden. Allerdings stellen die Verfahren zur Umwandlung der Geldstrafen (546 Neueintragungen in Bozen, 1.342 in Trient), bei denen im Vergleich zum Vorjahr eine besorgniserregende Zunahme (+362%) zu verzeichnen ist, weiterhin eine starke Belastung dar.

**2.6** Bevor im weiteren Teil dieses Berichtes auf die Einzelheiten eingegangen wird, mochte ich noch alle Anwesenden und die Öffentlichkeit auf zwei Aspekte aufmerksam machen.

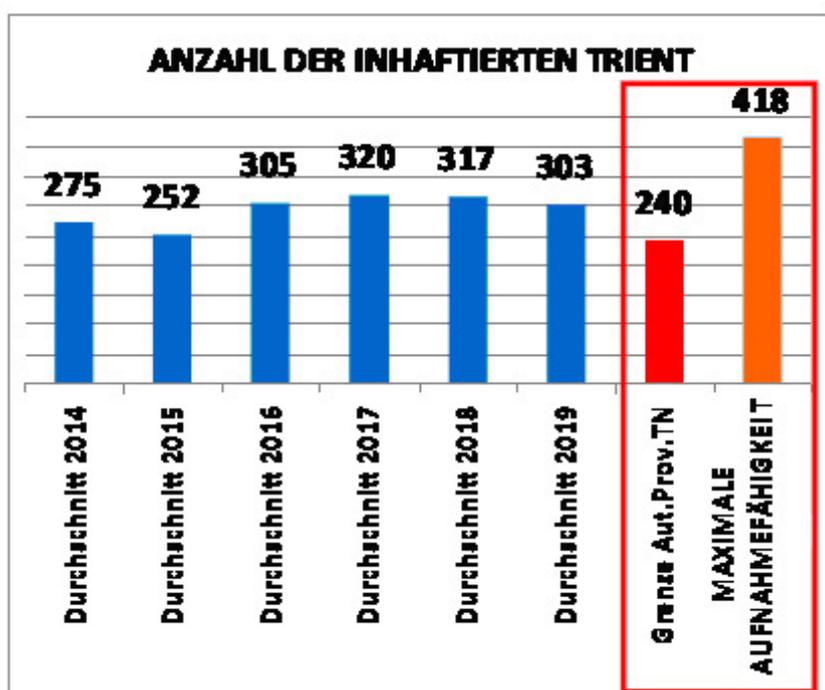
Der erste Aspekt betrifft die von der Verwaltung geschuldeten Zahlungen aufgrund der im Sinne des sog. „Pinto-Gesetzes“ erlassenen Verurteilungsdekrete.

Da im Bezugszeitraum nur 12 Rekurse nach der neuen Regelung eingereicht wurden, geht es im Wesentlichen um den hohen Rückstand an Verfahren, die noch nach der vorhergehenden Regelung der Zuständigkeit eingeleitet und abgeschlossen wurden: 817 Dekrete mit einem noch auszahlenden Restbetrag in Höhe von 8.188.759,34 Euro, von denen sich 253.242,76 Euro auf 25 im Jahr 2009 erlassenen Dekrete beziehen. Nachdem im Bezugszeitraum Zahlungen in Bezug auf 245 Dekrete getätigt wurden, wird sich das Buchhaltungssamt des Oberlandesgerichts - trotz stetigen Personalschwunds - voraussichtlich mindestens

noch drei Jahre lang damit beschäftigen müssen. Dabei besteht die konkrete Gefahr, dass die Gläubiger inzwischen sterben und die Verfahren durch die Auszahlung an die Rechtsnachfolger erschwert werden, was dem Image der Effizienz, das wir unseren Bürgern vermitteln wollen, ganz gewiss nicht förderlich ist.

Erwähnenswert ist ferner die progressive Zunahme der Gerichtskosten (von insgesamt 4.298.637,72 Euro im Zeitraum 2017/2018 auf 4.413.663,40 Euro), was vor allem auf die Erhöhung der Kosten betreffend die Verfahrenshilfe für mittellose Personen zurückzuführen ist.

Der zweite Aspekt betrifft die Situation der Gefängnisse im Gerichtssprengel, auf die bereits in den vergangenen Jahren mit Bedauern hingewiesen wurde.



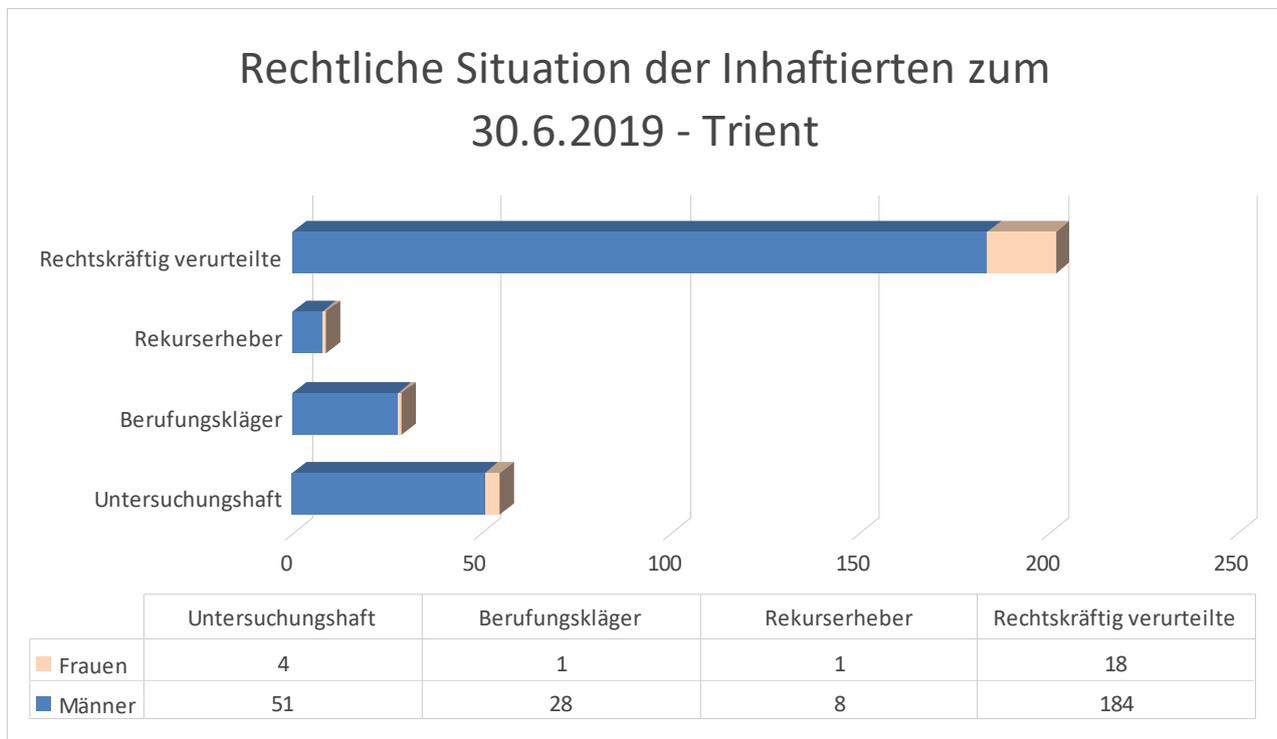
Die Haftanstalt Trient weist eine ordnungsgemäße Aufnahmefähigkeit von 418 Häftlingen (mit 439 als vertretbar betrachteten Plätzen) auf. Im Bezugszeitraum wurde eine durchschnittliche Anzahl von 303 Häftlingen verzeichnet. Was die rechtliche Situation der zum 30.6.2019 inhaftierten 295 Personen anbelangt, handelt es sich zu 34,9% um Untersuchungshäftlinge (+12,4% im

Vergleich zum Vorjahr) und zu 68,47% um endgültig Verurteilte. Dabei machen die inhaftierten Ausländer den Großteil (67% aller Inhaftierten) aus.

Die seinerzeit bei der Übergabe der Haftanstalt zwischen der Autonomen Provinz Trient und der Gerichtsverwaltung - Abteilung für Gefängnisverwaltung (DAP) vereinbarte Obergrenze der tatsächlichen Aufnahmefähigkeit von 240 inhaftierten Personen wurde demnach - wie bereits seit Jahren - überschritten. Im Bezugszeitraum haben sich leider zwei Suizidfälle ereignet, was prozentual gesehen gar nicht irrelevant ist.

Trotz dieser Probleme weist die Haftanstalt angemessene strukturelle Bedingungen auf, die durch die erforderliche Aufstockung des Wachpersonals und gezielte Maßnahmen

zur Erhöhung der für die Häftlinge verfügbaren Ressourcen wohl verbessert werden könnten, um somit auch dem Ziel der Resozialisierung zu entsprechen.



Ganz anders ist die Situation in der Haftanstalt Bozen, die mit einer Aufnahmefähigkeit von 87 Häftlingen bzw. mit 105 als vertretbar betrachteten Plätzen in einem baufälligen Gebäude aus dem XIX. Jahrhundert untergebracht ist, dessen allgemeiner Zustand vom Präsidenten des zuständigen Überwachungsgerichts jüngst als unzumutbar sowohl für die Inhaftierten als auch für die dort beschäftigten Personen bezeichnet wurde. Hinzu kommt, dass die Stelle des Direktors unbesetzt ist, dass nur ein Erzieher im Dienst steht und dass den schwerkranken Insassen keine durchgehende medizinische Versorgung gewährleistet werden kann. Dabei ist die Haftanstalt eindeutig überbelegt, weswegen sich die Abteilung für Gefängnisverwaltung im Laufe des Jahres dazu gezwungen sah, vier Maßnahmen zur Versetzung mehrerer Häftlingen zu erlassen.

Wie selbst der Papst jüngst anlässlich der Audienz für die Gefängnispfarrer, die Gefängnispolizeibeamten und das Personal der Gefängnisverwaltung erklärte, ist es unerlässlich, menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten, denn sonst drohen Gefängnisse zu „Pulverfässern der Wut“ statt zu „Orten der Resozialisierung“ zu werden.

Angesichts dieser besorgniserregenden Situation, die zu gefährlichen Protesten oder selbstverletzenden Verhalten führen könnte, müssen wir bei den zuständigen Zentralorganen



alle möglichen Schritte unternehmen und zugleich brauchen wir die Zusicherung der Autonomen Provinz Bozen, dass das neue Gefängnis - wie seit mehr als drei Jahren angekündigt - in konkret absehbarer Zeit zur Verfügung stehen wird.

Es ist ja merkwürdig, dass in einem Gebiet, das italienweit und auch im Ausland stets als Vorbild für Ordnung, Sicherheit, Effizienz, Wohlstand und Bürgersinn gilt, ein Versagen gerade in dieser Hinsicht zu beobachten ist, denn die Situation der Gefängnisse ist Ausdruck der auf Recht beruhenden Zivilisation einer Gesellschaft.

Wie Voltaire so treffend sagte: „Zeigt mir nicht eure Paläste, sondern eure Gefängnisse, denn an ihnen misst sich der Zivilisationsgrad einer Nation“. In dieser Region, die mit der Schönheit ihrer Schlösser und Burgen beeindruckt, sollen wir eben unseren Blick auch auf andere Aspekte richten.



Vincent van Gogh, „*Der Rundgang der Gefangenen*“  
Öl auf Leinwand, 1890, Puschkin-Museum, Moskau



### 3. Die Rechtspflege in unserem Sprengel

#### 3.1 Zivilgerichtsbarkeit

Das *Oberlandesgericht* in Trient besteht aus zwei Zivilsektionen und einer Strafsektion. Die Erste Sektion, dessen neuer Präsident erst vor kurzem eingesetzt wurde, hatte im Berichtszeitraum wegen Personalmangel einige Schwierigkeiten, die hoffentlich in den ersten Monaten dieses Jahres überwunden werden.

Laut den Daten des Justizministeriums wurden im Berichtszeitraum insgesamt 586 neue Zivilverfahren eingetragen (gegenüber 634 im Vorjahr) und 585 abgeschlossen. Die durchaus vertretbare Zahl der anhängigen Verfahren (517, davon 388 Zivilstreitverfahren, 64 Verfahren in Sachen Arbeits- und Vorsorgerecht, 65 außerstreitige Verfahren) ist im Vergleich zum Jahresbeginn leicht zurückgegangen.

**Eingetragene, abgeschlossene und anhängige Zivilverfahren im Sprengel Trient Gerichtsjahr 2018/2019**

	Zum 30.6.2017 anhängig	Abgeschlossen	Eingetragen
Oberlandesgericht insgesamt	1.053	1.026	966
Oberlandesgericht Trient	517	585	586
Oberlandesgericht Trient - Außenstelle Bozen	536	441	380

Insbesondere wurden in Sachen Arbeits- und Vorsorgerecht 113 Verfahren eingetragen und 147 abgeschlossen, sodass am Ende des Berichtszeitraums nur noch 64 Verfahren anhängig waren. Eine beachtliche Verbesserung, wenn man bedenkt, dass die im Berichtszeitraum abgeschlossenen Verfahren die Neueintragungen um mehr als 30% und die im Vorjahr abgeschlossenen Verfahren um 51% übersteigen. Dies war auch dadurch möglich, dass die Zahl der neuen Eintragungen nach der besorgniserregenden Zunahme im Zweijahreszeitraum 2015/2017 wieder auf das vorherige Niveau gesunken ist.

Bei den ordentlichen Erkenntnisverfahren wurde ein vollkommenes Gleichgewicht erreicht (333 Eintragungen und ebenso viele abgeschlossene Verfahren).

Die unter die Zuständigkeit der ersten Sektion fallenden Streitfälle in Sachen Familienrecht betreffen hauptsächlich Ehescheidungen und Ehetrennungen (ordentliche Erkenntnisverfahren und Sonderverfahren) sowie Änderungen der entsprechenden Nebenbedingungen (nichtöffentliche Verfahren), Beschwerden gegen die vorläufigen Verfügungen des Prä-

sidenten (laut Art. 708 Abs. 4 der Zivilprozessordnung) und gegen Dekrete zur Regelung der Anvertrauung und des Unterhalts minderjähriger Kinder nicht verheirateter Paare (laut Art. 739 der ZPO). Der positive Trend einer zügigen Abwicklung dieser Anfechtungen hält weiterhin an. Meistens erfolgt diese innerhalb von einem oder zwei Monaten nach Hinterlegung der Berufungen bzw. der Beschwerden und wird sogar vorgezogen, wenn dringliche oder auf eine besonders kompromittierte Situation hindeutende Anträge vorliegen. Die Sektion nutzt die Dienste zweier Hilfsrichter sowie des Präsidenten des Oberlandesgerichts, der den Vorsitz bei der ersten monatlichen Verhandlung führt. Er ist direkt für die Verfahren zuständig und verfasst die Begründung der entsprechenden Urteile. Dank dieser Zusammenarbeit hatten die Berufungsverfahren betreffend Ehetrennungen und Ehescheidungen eine Durchschnittsdauer von 233 Tagen, die Beschwerdeverfahren von 136 Tagen.

Im Bereich der Jugendrechtspflege gab es hingegen eine bedeutende Zunahme der Anfechtungen in Bezug auf Maßnahmen zur Einschränkung der elterlichen Verantwortung sowie auch auf immigrationsrechtliche Vorschriften (vor allem in Bezug auf Art. 31 der Einheitstextes, mit einem Anstieg von 13 im vorhergehenden Zweijahreszeitraum auf 47 im Berichtszeitraum), wobei einem überraschend hohen Anteil der Rekurse (98%) stattgegeben wurde. Bei der Abteilung Jugendgerichtsbarkeit war die Durchschnittsdauer der Verfahren insgesamt zufriedenstellend (119 Tage).

Die Anzahl der seit über zwei Jahren eingetragenen Berufungen (die aufgrund des Gesetzes Nr. 89/2001 relevant sind) war zum 30.06.2019 bescheiden (nur 9 im Jahr 2016 und 46 im Jahr 2017 eingetragene Verfahren).

Was die Zweite Sektion anbelangt, die hauptsächlich für die ordentlichen Erkenntnisverfahren zuständig ist, sind die Daten ebenfalls nicht besorgniserregend (253 Neueintragen und 254 abgeschlossene Verfahren, mit einer Durchschnittsdauer von insgesamt 326 Tagen), sodass keine Beschwerden wegen übermäßiger Prozessdauer zu befürchten sind. Wie gesagt, wurden im Berichtszeitraum lediglich 12 Rekurse wegen Wiedergutmachung eingetragen, von denen 10 zum 30. Juni 2019 zur Entscheidung gekommen waren.

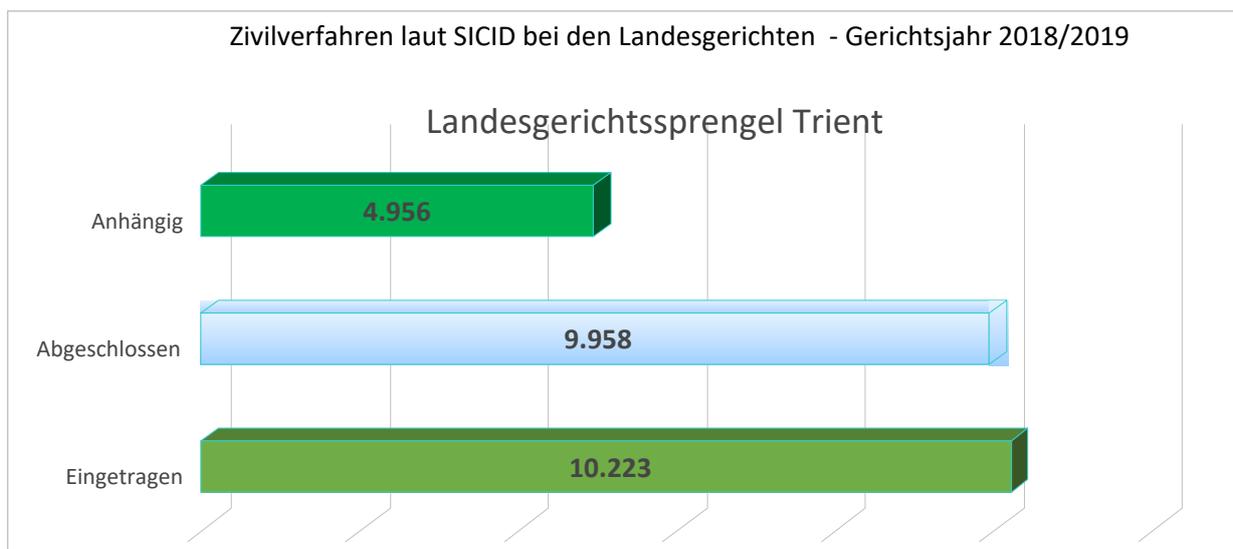
Bei der Sondersektion des Unternehmensgerichts sind wie in den Vorjahren nur wenige Eintragungen (4) zu verzeichnen.

Bei der *Außenabteilung Bozen* - über deren fortbestehende organisatorische Schwierigkeiten wegen Personalmangels bereits im Rahmen der Allgemeinen Bemerkungen be-

richtet wurde - wurden<sup>1</sup> im Berichtszeitraum insgesamt 380 neue Eintragungen verzeichnet (im Vorjahr waren es 481) und 441 Verfahren abgeschlossen. Die Anzahl der anhängigen Verfahren ist von 591 auf 536 gesunken (davon 433 ordentliche Zivilverfahren, 65 Verfahren in Sachen Arbeits- und Vorsorgerecht, 38 außerstreitige Verfahren).

Bei den Streitverfahren ist im Vergleich zum Vorjahr eine unbedeutende Erhöhung (von 245 auf 249) zu verzeichnen, im Bereich des Arbeits- und Vorsorgerechts wurden hingegen ausgezeichnete Ergebnisse erreicht (36 Neueintragungen und 148 abgeschlossene Verfahren, mit einem Endrückstand von nur 65 Verfahren).

Das *Landesgericht Trient* ist immer noch in zwei verschiedenen Gebäuden in Largo Pigarelli bzw. in Via Jacopo Aconcio untergebracht. Dieser schwierigen Situation könnte nur der geplante Bau des neuen Justizzentrums abhelfen, das jedoch nicht in absehbarer Zeit fertiggestellt sein wird. Bei den Zivilverfahren sind 10.223 Neueintragungen und 9.958 abgeschlossene Verfahren zu verzeichnen, wobei 3.017 Streitsachen neu eingetragen und



2.725 abgeschlossen wurden. In Sachen Arbeitsrecht ist ein weit positiver Trend (mit 672 neuen Eintragungen und 712 abgeschlossenen Verfahren) zu beobachten.

Obwohl die Eintragungen im Berichtszeitraum zurückgegangen sind, wurde der Abbau der anhängigen Verfahren durch die Komplexität einzelner Fälle und die Schwierigkeiten bei der Abwicklung einiger Verfahren (z. B. Vollstreckungsverfahren hinsichtlich beweglicher und unbeweglicher Sachen) erschwert.

<sup>1</sup> Die Daten entstammen den Statistiken des Justizministeriums betreffend die zwei Berichtsjahre, die als Vergleichsparameter herangezogen wurden.

In Sachen Familienrecht wird nunmehr in der Regel das „gemeinsame Sorgerecht“ laut Gesetz Nr. 54/2006 angewandt; bemerkenswert sind ferner die Zunahme der eingetragenen ordentlichen Erkenntnisverfahren (+25,69%), der einverständlichen Ehetrennungen (+10,78%) und vor allem der Konkursverfahren (+56,14%) sowie der gleichzeitige Rückgang der Eintragungen von Vollstreckungsverfahren hinsichtlich unbeweglicher Sachen (-34,12%) und hinsichtlich beweglicher Sachen (-10,65%).

Betrachtet man die Zahlen, so ist eine nur mäßige Zunahme sowohl bei den Eintragungen insgesamt (von 10.034 auf 10.223) als auch bei den ordentlichen Erkenntnisverfahren (von 2.841 auf 3.017) festzustellen. Das Gericht sollte daher in der Lage sein, die anstehende Arbeitslast problemlos zu bewältigen.

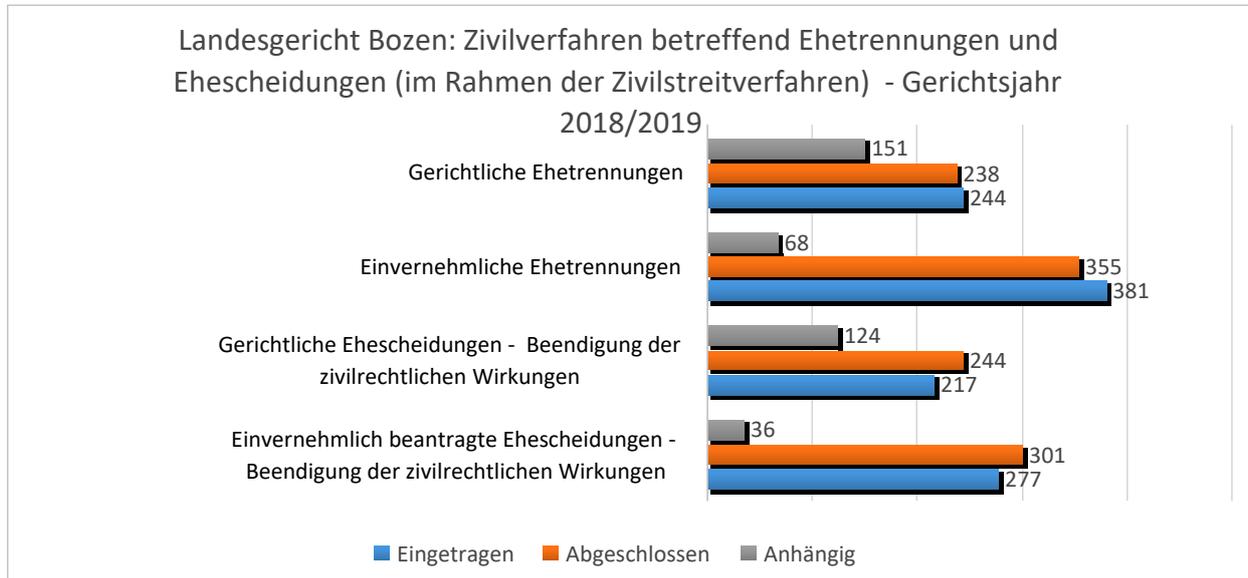
Im Berichtszeitraum wurden 215 Verfahren betreffend einvernehmlich beantragte Ehescheidungen und eine höhere Anzahl von Streitverfahren (231) eingetragen; die einverständlichen Ehetrennungen beliefen sich auf 319, die gerichtlichen auf 207; die Zahl der abgeschlossenen Streitverfahren übersteigt jene der Neueintragungen und der Endrückstand von 134 Ehescheidungen und 137 Ehetrennungen gibt keinen Anlass zur Besorgnis.

Was die seit über drei Jahren anhängigen Verfahren anbelangt, meldete das Gericht zum 30.06.2019 160 ordentliche Verfahren (236 im Vorjahr), 300 Konkursverfahren (290 im Vorjahr) und 476 Vollstreckungsverfahren hinsichtlich unbeweglicher Sachen (482 im Vorjahr): Ein recht zufriedenstellendes Ergebnis, das grundsätzlich mit dem im Sinne des Art. 37 des Gesetzes Nr. 111/2011 geplanten Abbau im Einklang steht.

Die Situation am *Landesgericht Bozen* wurde ebenfalls ausführlich im allgemeinen Teil dieses Berichts beleuchtet. Hier sei nur hinzugefügt, dass 2.596 ordentliche Verfahren (weniger als in Trient) eingetragen und 2.644 abgeschlossen wurden. Der Endrückstand ist leicht gesunken (2.789 anhängige Verfahren, zum 30.06.2018 waren es 2.827). Im Bereich des Arbeits- und Vorsorgerechts ist das Ergebnis ebenfalls positiv (778 Neueintragungen und 816 abgeschlossene Verfahren).

Die im Vorjahr hervorgehobene beachtliche und stetige Zunahme der summarischen Sonderverfahren (3.071 Eintragungen im Zeitraum 2016/2017, 2.800 im darauffolgenden Zeitraum) ist anscheinend zum Stillstand gekommen (2.781 Eintragungen). Bei 2.736 abgeschlossenen Verfahren ist der Endrückstand jedoch von 255 auf 306 angestiegen. Die Zahl der Verfahren betreffend einverständliche und gerichtliche Ehetrennungen (381 bzw. 244

Eintragungen) sowie gerichtliche Ehescheidungen (217 Eintragungen, 244 abgeschlossene Verfahren) hat zugenommen, während bei den einvernehmlich beantragten Ehescheidungen (277 Verfahren) ein Rückgang zu verzeichnen ist.



Die Zahl der seit über drei Jahren anhängigen Verfahren ist von 169 auf 154 gesunken; dem weiteren Abbau der Rückstände steht jedoch laut dem Sektionspräsidenten auch der Mangel an Höheren Beamten für den Sprachbereich (-66,67%) im Wege, die für die Einhaltung der Bestimmungen über den Gebrauch der deutschen Sprache in den Zivil- und Strafverfahren im Landesgerichtssprengel erforderlich sind. Zahlreiche Urteile in auch seit über drei Jahren anhängigen zweisprachigen Zivilverfahren müssen nämlich erst noch übersetzt werden, damit die Veröffentlichung erfolgen kann.

Im Berichtszeitraum haben die Grundbuchsrichter der Ersten Zivilsektion insgesamt 41.270 Grundbuchsdekrete, 460 Abweisungsdekrete und 270 Dekrete zur teilweisen Abweisung erlassen; diese Verfahren erfordern einen ständigen Austausch mit dem Grundbuchsamt, auch um gemeinsame Vorgehensweisen für eine bessere Arbeitsorganisation auszuarbeiten.

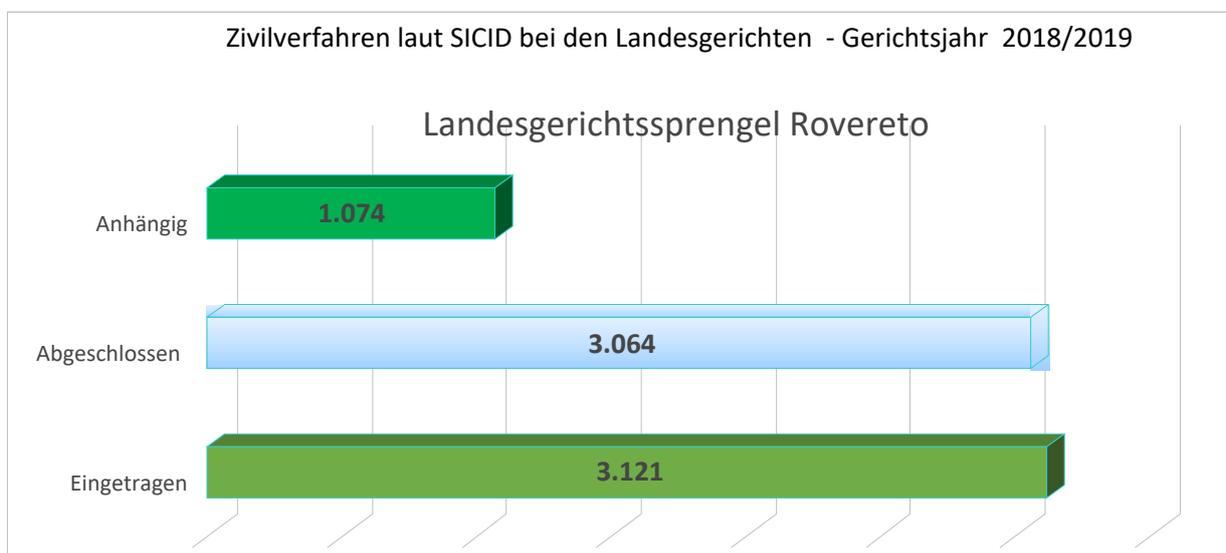
Die Anzahl der Vollstreckungsverfahren hinsichtlich beweglicher und unbeweglicher Sachen ist auch in diesem Landesgerichtssprengel geschrumpft. Wie bereits im Vorjahr bemerkt, hat das im Gesetzblatt vom 17. März 2017 veröffentlichte, auf das „Balduzzi-Gesetz“ (Nr. 189/2012) folgende „Gelli-Bianco-Gesetz“ tiefgreifende Neuerungen in Sachen Schadenersatz wegen ärztlicher Fahrlässigkeit eingeführt, um die zivilrechtliche Haftung und strafrechtliche Verantwortlichkeit des Gesundheitspersonals zu regeln.

Das Gericht hat sich mit der Frage der Rückwirkung dieser Bestimmungen befasst und ist zum Schluss gekommen, dass ihre Anwendung im Falle von vor deren Inkrafttreten entstandenen Schäden auszuschließen ist. Ferner unterscheidet der Gesetzgeber - angesichts der jahrelang strittigen Frage - ausdrücklich zwischen außervertraglicher Haftung der Ärzte und vertraglicher Haftung der Gesundheitseinrichtungen, was sich entsprechend auf die Beweislast und die Verjährung auswirkt. Das Problem wurde auch in Hinblick auf die Zahlung der Amtsgutachten des Gutachterkollegiums behandelt.

Die fachmäßigen Vorermittlungen zur Beweissicherung in Bezug auf die ärztliche Fahrlässigkeit lösten nicht wenige Probleme aus, vor allem was die Verfügbarkeit geeigneter Sachverständiger anbelangt, da zur Beantwortung der spezifischen Fachfragen hochqualifizierte Experten erforderlich sind. Hinzu kommt, dass die Sachverständigen oft außerhalb des Landesgerichtssprengels Bozen gefunden werden müssen, weil in den meisten Fällen der Südtiroler Sanitätsbetrieb die beklagte Partei ist. Daraus entstehen erhebliche Organisationsschwierigkeiten, weil man sich nach der Bereitschaft der Amtssachverständigen vor ihrer Ernennung erkundigen muss, damit sie wie vorgeschrieben gleichzeitig zur Eidesleistung erscheinen können.

Was die Auswirkungen der neuen Gesetzesmaßnahmen anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, dass das GvD vom 18. August 2015, Nr. 142 (geändert durch das Gesetz vom 7. April 2017, Nr. 47, das Bestimmungen zum Schutz der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen eingeführt und eine beachtliche Zunahme der Vormundschaftsverfahren für unbegleitete ausländische Minderjährige im Jahr 2017 bewirkt hatte), durch das GvD vom 22. Dezember 2017, Nr. 220 (veröffentlicht im Gesetzblatt vom 16. Jänner 2018, Nr. 12) ergänzt und berichtigt wurde. Aufgrund des letztgenannten Dekrets fallen die Vormundschaftsverfahren für ausländischen Minderjährigen (Art. 2 Abs. 1 Buchst. *b*) und Abs. 2 des GvD Nr. 220/2017) nun in die Zuständigkeit des Jugendgerichts, so dass nur noch 19 diesbezügliche Verfahren beim Gericht anhängig sind, die von den ehrenamtlichen Richtern behandelt werden.

Das *Landesgericht Rovereto* meldet im Zivilbereich keine relevanten Schwierigkeiten bezüglich Organisation bzw. Leistung. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 3.121 neue Eintragungen und 3.064 abgeschlossene Verfahren, ohne größere Unterschiede zum Vorjahr (3.026 neue Eintragungen und 3.043 abgeschlossene Verfahren), gemeldet.



Insbesondere ist die Anzahl der Neueintragungen in Sachen Arbeitsrecht (243) nach der Zunahme im Jahr 2018 wieder auf den Stand des Jahres 2017 zurückgegangen. Dabei wurden 249 Verfahren abgeschlossen, so dass ein durchaus vertretbare Rückstand (51 Verfahren) zu verzeichnen ist. Wie bei den anderen erstinstanzlichen Gerichten sind auch hier die Eintragungen der Zivilstreitverfahren zurückgegangen (von 810 im Zeitraum 2016/2017 auf 707 im Zeitraum 2017/2018 und auf 697 im aktuellen Berichtszeitraum) wobei 722 Verfahren abgeschlossen wurden.

Dem allgemeinen Mangel an Verwaltungspersonal konnte durch den wirksamen und weitgehenden Einsatz des EDV-gestützten Zivilverfahrens entgegengewirkt werden. Im Bereich der außerstreitigen Verfahren machte sich der Personalmangel hingegen stark bemerkbar, weil die Kanzlei angesichts der Vielfalt der zu behandelnden Angelegenheiten ein großes Arbeitspensum bewältigen muss und die Zahl der Verfahren, die persönliche Schwierigkeiten der Bürger zum Gegenstand haben, im Zusammenhang mit der zunehmenden Bevölkerungsalterung stetig wächst.

Vor diesem Hintergrund haben das Landesgericht Rovereto und die zuständige Rechtsanwaltskammer bereits am 21. Juni 2018 im Rahmen der Aktionen der im Sinne des LG Nr. 4/2011 bei der Autonomen Provinz Trient eingesetzten Arbeitsgruppe „Sachwaltschaft“ ein Protokoll zur Regelung der Aufträge und der allgemeinen Grundsätze für deren

Ausübung ausgearbeitet, um u. a. die Übernahme der Sachwalterschaft seitens der Freiberufler zu fördern und somit das derzeitige System zu überwinden, in dem die Auftragserteilung keine vorherige Bereitschaftserklärung des einzelnen Freiberuflers voraussetzt.

Ferner soll demnächst ein Einvernehmensprotokoll mit der Autonomen Provinz Trient, der Berufskammer der Sozialassistenten Trient und dem Rat der örtlichen Autonomien über die Ernennung und die Unterstützung der Sachwalter im Rahmen der örtlichen Sozialdienste unterzeichnet werden, laut dem Letztgenannte die Betroffenen und ihre Familienangehörigen beim Verfassen des Rekurses und bei der Vorbereitung der erforderlichen Unterlagen auch mit Hilfe des Vereins „*Comitato per l'Amministratore di sostegno in Trentino*“ unterstützen werden.

### 3.2 Strafgerichtsbarkeit<sup>2</sup>

Bei der einzigen beim Zentralsitz des Oberlandesgerichts eingerichteten *Strafsektion* sind die Eintragungen im Vergleich zum vorhergehenden Berichtszeitraum von 459 auf 379 zurückgegangen (-17,4%). Hingegen wurden mehr Verfahren (446) als im Vorjahr (431) abgeschlossen (+3,5%), was einen Abbau des Endrückstands um -14,4% bewirkte.

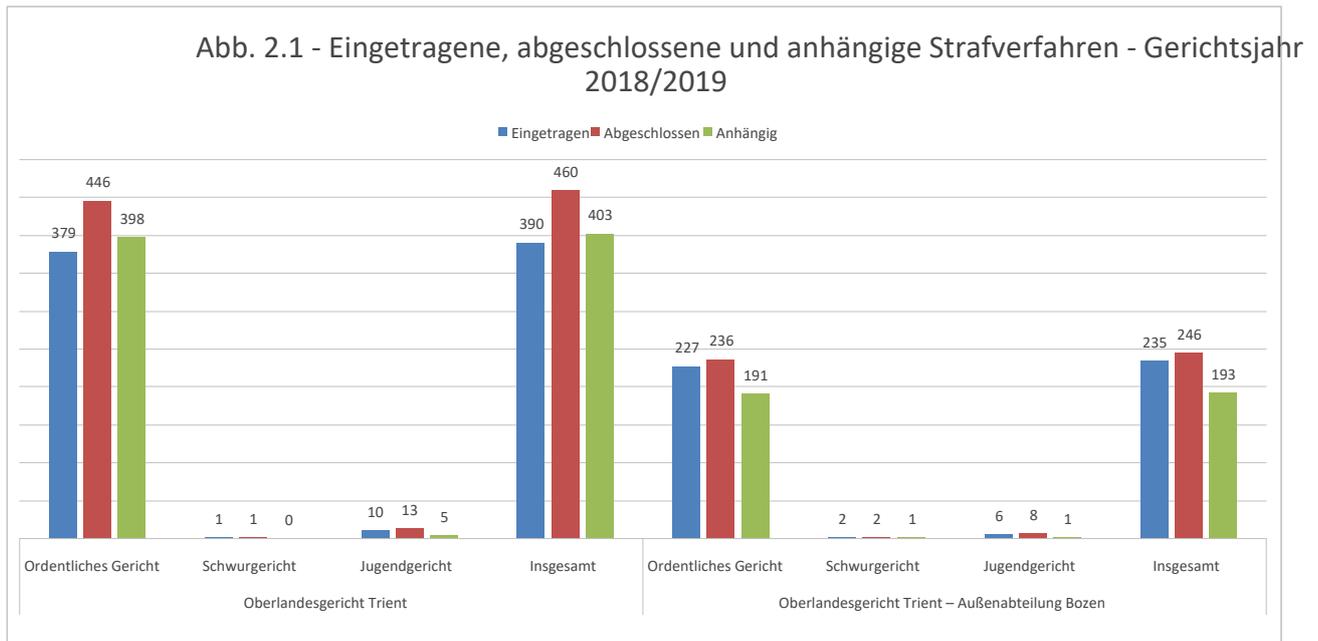
Es ist ein einziges in die Zuständigkeit des Schwurgerichts fallendes Verfahren eingegangen, das umgehend abgewickelt und abgeschlossen wurde. Es wurden 10 Berufungen betreffend minderjährige Angeklagte eingetragen und 13 davon abgeschlossen, was den Endrückstand von 8 Berufungen des Vorjahrs auf 5 (-37,54%) senkte.

Der Präsident hat im Hinblick auf die Reformen darauf hingewiesen, dass einige infolge des Gesetzes Nr. 103/2017 aufgekommene Fragen immer noch offen sind. Insbesondere wirkt sich die neue Bestimmung laut Art. 603 Abs. 3 *bis* StPO immer noch negativ auf die angemessene Dauer der Berufungsverfahren aus. Diese Gesetzesänderung übertrifft nämlich möglicherweise die von den Vereinten Sektionen des Kassationsgerichtshofs in den Urteilen Nr. 27620/16 (in Sachen Hauptverhandlung) und Nr. 18620/17 (in Sachen verkürztes Verfahren) verkündeten Grundsätze durch die Einführung einer automatischen Wiederholung der Beweisaufnahme für sämtliche Verfahren, in denen der Staatsanwalt Berufung einlegt. Obwohl das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs Nr. 124/2019 die mit Verwei-

---

<sup>2</sup> Es werden keine Angaben zu den Staatsanwaltschaften im Sprengel angeführt, weil sie im Bericht des Generalstaatsanwalts enthalten sind.

sungsbeschluss dieses Gerichts aufgeworfene Frage für unbegründet erklärt hatte, stellt es ein wichtiges Präzedenzurteil dar, denn darin werden verschiedene Auslegungszweifel geklärt, die nach der Änderung des Art. 603 Abs. 3 bis StPO infolge der Orlando-Reform aufgetreten waren und dazu geführt hatten, dass die italienischen Oberlandesgerichte zu unterschiedlichen Schlüssen kamen. Aus dem Erkenntnis geht nämlich hervor, dass die Wiederholung der Beweisaufnahme auch bei einem verkürzten Verfahren anzuwenden ist.



Der ebenfalls mit Gesetz Nr. 103/2017 eingeführte Ausgleich mit Verzicht auf Berufungsgründe laut Art. 599 bis StPO hat zu keiner nennenswerten Entlastung geführt, da dieses Rechtsinstitut nur selten angewandt wurde.

Die Auswirkungen der Bestimmungen laut GvD vom 15. Februar 2016, Nr. 37, laut denen das Oberlandesgericht für die Anerkennung der Geldstrafen innerhalb der EU zuständig ist, bringen eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Gerichte mit sich, da die ausländischen Gerichtsbehörden fortwährend Anträge insbesondere in Bezug auf Übertretungen der Straßenverkehrsordnung stellen, auch betreffend Tatbestände, die in Italien keine strafrechtlich ahnbare Handlung darstellen (Art. 10 Abs. 1 Buchst. nn).

In Zusammenhang mit den Innovationen wird ferner darauf hingewiesen, dass im Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs Nr. 189/2019, das infolge des Verweisungsbeschlusses dieses Oberlandesgerichtes in Bezug auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Art. 2 Abs. 1 Buchst. c) und des Art. 7 Abs. 1 Buchst b) und o) des GvD Nr. 21/2018 wegen Widerspruch zu Art. 25 und Art. 26 der Verfassung erlassen wurde, die Frage für unbegründet

erklärt und Nachstehendes präzisiert wurde: „11. - Der Verfassungsgerichtshof kommt nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass der Adressat der Vorschrift laut Art. 570-bis StGB den Inhalt im Lichte der Verbindung zweier weiterer Bestimmungen, die nicht im Strafgesetzbuch enthalten sind, rekonstruieren muss (im Übrigen durch ein Vorgehen, das zwar hermeneutisch einwandfrei, jedoch nicht sofort offensichtlich ist, wie die sieben Verweisungsbeschlüsse bezeugen, in denen erklärt wurde, dass man nicht *de lege lata* zu dem Schluss kommen kann, der schließlich vom Verfassungsgerichtshof gezogen wurde), im dem vom delegierenden Gesetzgeber erklärten Zwecke widerspricht, den betroffenen Personen „eine bessere Kenntnis der Vorschriften und der Strafen“ durch die teilweise Anwendung des Grundsatzes des „Strafgesetzbuch-Vorbehalts“ zu vermitteln. Diese Überlegung sollte den Gesetzgeber dazu bewegen, direkt auf den Wortlaut des Art. 570-bis StGB einzuwirken, damit dessen - bereits heute im lebenden Recht anerkannte - Anwendbarkeit auch auf das unterlassende Verhalten des Elternteils, das seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen nichtehelichen Kindern nicht nachkommt, ausdrücklich festgehalten wird und somit der - gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verfassung relevanten - Zielsetzung dieser Bestimmung, d. h. der unmittelbaren Erkennbarkeit der strafrechtlichen Vorschrift seitens der Zielgruppe, entsprochen wird.“

Bei der *Außenabteilung Bozen des Oberlandesgerichts* wurde eine bemerkenswerte Veränderung im Vergleich zum vorhergehenden Berichtszeitraum verzeichnet, die in die entgegengesetzte Richtung der Entwicklung der Strafsektion in Trient geht: In Trient wurde nämlich - wie bereits berichtet - ein Rückgang der Eintragungen um -17,4% verzeichnet, in Bozen hingegen eine Zunahme um +20,7% (227 neu eingetragene Verfahren im Vergleich zu den 188 des Vorjahres). Allerdings ist auch die Zahl der abgeschlossenen Verfahren im Vergleich zum Vorjahr bedeutend angestiegen (von 168 auf 236, +40,5%), sodass der Endrückstand um -4,5% trotz der beträchtlichen Anzahl an Neueintragungen gesunken ist.

Ferner wurden im Zuständigkeitsbereich des Schwurgerichts 2 neue Verfahren eingetragen, 2 abgeschlossen. Am Ende des Berichtszeitraums ist wie im Vorjahr nur 1 Verfahren anhängig. Bei den Jugendstrafprozessen wurde hingegen ein Rückgang von 10 Eintragungen im Zeitraum 2017/2018 auf 6 Eintragungen verzeichnet. Durch den Abschluss von 8 Verfahren konnte der Endrückstand um -66,7% gesenkt werden.

Demnach verzeichnet das Oberlandesgericht im Strafbereich insgesamt 625 Eintragungen und 706 Verfahrensabschlüsse. Am Ende des Berichtszeitraums waren 596 Verfah-

ren anhängig (677 im Vorjahr), was einem zufriedenstellenden Rückgang entspricht (-12,0%).

Der 2019 ernannte Präsident der Außenabteilung Bozen hat in seinem Bericht dargelegt, dass - im Gegensatz zur oben beschriebenen Situation beim Hauptsitz Trient - das mit Gesetz vom 23. Juni 2017, Nr. 103 eingeführte Rechtsinstitut des Ausgleichs in der Berufung laut Art. 599-*bis* StPO bemerkenswert häufig angewandt wurde, insbesondere bei der Festlegung der Strafe, die zwischen den Verteidigern und der Staatsanwaltschaft mit Verzicht auf die weiteren Berufungsgründe vereinbart wird. 21 Verfahren wurden unter Anwendung dieses Rechtsinstituts abgeschlossen, welches eine schnelle Streitbeilegung vor allem in Bezug auf Drogendelikte (5 Verfahren) und auf Verbrechen gegen das Vermögen (Diebstahl, Raubüberfall, Erpressung, Betrug: 7 Verfahren) ermöglicht. Bei den Verfahren betreffend sexuelle Gewalt und Stalking wurde es hingegen nur in einem einzigen Fall angewandt.

In 7 Strafverfahren wurde das Rechtsinstitut laut Art. 131-*bis* StGB - eingeführt durch das gesetzesvertretende Dekret vom 16. März 2015, Nr. 29 - angewandt, das den Grund für die Strafausschließung wegen *besonders geringfügiger Straftaten* vorsieht, obgleich diese Bestimmung sicherlich häufiger in erster Instanz Anwendung findet. Da nämlich in den Urteilen der erstinstanzlichen Richter dieser Antrag im Allgemeinen angesichts der Schwere der Straftat, des Bestehens vorheriger Straftaten gleicher Art und demzufolge der Gewohnheitsmäßigkeit des strafbaren Verhaltens abgelehnt wird, ist der Anwendungsbereich dieses Rechtsinstituts in den Berufungsverfahren ziemlich begrenzt.

Der „Filter“ laut Art. 591 Abs. 2 StPO in Verbindung mit Art. 581 StPO - geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2017, Nr. 103 - zur Erklärung der *Unzulässigkeit der Anfechtungen* fand in nur einem Verfahren Anwendung. Die Ausrichtung des Kassationsgerichtshofs ist anscheinend ziemlich restriktiv und es besteht die Gefahr, dass ein Annullierungsurteil mit Verweisung erlassen wird, was die erneute Aufnahme des Verfahrens nach sich zieht. Demzufolge werden die Verfahren sofort mit einem ablehnenden Urteil in der Hauptsache abgeschlossen. Gleichermäßen wird auch beim Oberlandesgericht Trient vorgegangen.

Die Außenabteilung Bozen verzeichnet auch eine merkliche Belastung durch die mit Gesetz vom 23. Juni 2017, Nr. 103 eingeführte Bestimmung laut Art. 603 Abs. 3-*bis* StPO, welche die Wiederholung der Beweisaufnahme vorsieht, falls der Staatsanwalt Berufung gegen das Urteil auf Freispruch aus mit der Beurteilung der Aussagen zusammenhängenden

Gründen einlegt. In 16 Verfahren (davon 14 ordentliche Verfahren und 2 in die Zuständigkeit des Schwurgerichts fallende Verfahren) musste nämlich das Gericht das Opfer und die Zeugen erneut vernehmen.

Ferner ist zu bemerken, dass infolge des Inkrafttretens des GvD vom 15. Februar 2016, Nr. 37 (Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI vom 24. Februar 2005 über die Anwendung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen) zahlreiche Anträge seitens anderer EU-Länder auf Anerkennung von nicht beglichenen Strafzetteln wegen Verletzungen der Straßenverkehrsordnung eingegangen sind: Demzufolge wurde anfänglich eine große Anzahl an Verfahren in nicht öffentlicher Sitzung eingetragen, mit entsprechender Ernennung eines Amtsverteidigers, der Festsetzung der Verhandlungstermine, den diesbezüglichen Zustellungen und einer starken Belastung der Kanzlei durch zusätzliche Amtshandlungen: Im Berichtszeitraum sind nämlich im Vergleich zu 2016/2017 (10) und zu 2017/2018 (88) 225 Anträge eingegangen.

Deshalb wurden neue organisatorische Vorkehrungen getroffen, um die Auswirkungen dieses Phänomens auf die Gesamttätigkeit des Gerichts einzudämmen, die sowieso stark unter dem wohlbekanntem Personalmangel im Verwaltungsbereich leidet. Es wurde ein Verfahren zur Einschränkung der Fälle, in denen unbedingt ein Verhandlungstermin festgesetzt werden muss, eingeführt: Zuerst wird der von der Strafe betroffenen Person eine Zahlungsaufforderung in italienischer und deutscher Sprache mit Angabe des beanstandeten Verstoßes, des zu zahlenden Betrags und den Zahlungsmodalitäten zugesandt, welcher die Maßnahme der ausländischen Behörde beiliegt. Außerdem wird eine Frist angegeben, innerhalb der die Zahlung zu erfolgen hat. Dies bedeutet, dass eine Verhandlung unter Wahrung des rechtlichen Gehörs und Anerkennung der Maßnahme der ausländischen Behörde zur Vollstreckung in Italien sowie die entsprechende Ernennung eines Amtsverteidigers nur dann stattfinden, wenn dieser Aufforderung nicht nachgekommen wurde. Diese Vorgangsweise hat dazu geführt, dass fast alle Anträge dadurch abgeschlossen werden konnten, dass die ermahnte Person gleich nach der Zahlungsaufforderung ihre Strafe beglichen hat. Welche und wie viele positiven Auswirkungen dies nach sich gezogen hat, brauche ich wohl nicht zu aufzuzählen.

Beim *Landesgericht Trient*<sup>3</sup> waren 1.225 Neueintragungen betreffend Hauptverhandlungen und 1.038 Verfahrensabschlüsse zu verzeichnen (im Vorjahr waren es 1.212 bzw. 1.125): Die Eintragungen betrafen vorwiegend einzelrichterliche Verfahren (1.173; vor dem Richterkollegium waren es nur 36). Ferner gab es 16 Berufungen gegen Urteile der Friedensgerichte und es sind keine in die Zuständigkeit des Schwurgerichts fallende Verfahren eingegangen. Im Großen und Ganzen hat sich die Lage nur geringfügig verändert, auch wenn die prozentualen Werte als erheblich wahrgenommen werden: So wurde zum Beispiel bei den Verfahrensabschlüssen betreffend die Anfechtungen von Urteilen der Friedensgerichte ein Anstieg von +155,6% verzeichnet. Dieser Wert bezieht sich allerdings auf einen zahlenmäßigen Anstieg von 9 Abschlüssen im Vorjahr auf 23 Abschlüsse im Berichtszeitraum.

Im Vergleich zum Vorjahr haben die Neueintragungen betreffend Hauptverhandlungen vor dem Einzelrichter leicht zugenommen (von 1.162 auf 1.173). Bei den abgeschlossenen Verfahren ist allerdings eine Abnahme zu verzeichnen (von 1.085 auf 986), sodass die Ausgewogenheit des Vorjahres leider nicht beibehalten wurde. Der Rückstand am Ende des Berichtszeitraums ist demzufolge von +8,8% auf +20% angestiegen. Aber auch in diesem Fall ist die Analyse der prozentualen Werte lediglich eine Rechenübung, da die Zahlen selbst geringe Abweichung bezeugen.

Bei den Vorerhebungen/Vorverhandlungen ist die Anzahl der Neueintragungen von 3.556 auf 3.652 nur leicht angestiegen. Der leichte Rückgang (-0,2%) bei den insgesamt 3.307 Verfahrensabschlüssen ist nicht besorgniserregend, wengleich der Endrückstand von 1.415 auf 1.754 angestiegen ist (+24,0%).

Was insbesondere das mit Gesetz Nr. 67/2014 eingeführte Rechtsinstitut der *Aussetzung des Verfahrens mit Betreuung auf Probe* (siehe insbesondere die Art. 168-bis, 168-ter und 168-quater StGB, die Art. 464-bis - 464-novies und 657-bis StPO sowie die Art. 141-bis und 141-ter der Durchführungsbestimmungen zur StPO) anbelangt, ist darauf hinzuweisen, dass insgesamt 130 Beschlüsse erlassen wurden, davon 59 im ersten Halbjahr des Berichtszeitraums und 71 vom 1. Jänner bis 30. Juni 2019. Dies bezeugt, dass dieses Rechtsinstitut immer häufiger angewandt wird.

---

<sup>3</sup> Auch in diesem Fall entstammen die Gesamtzahlen den Statistiken des Justizministeriums, die den Vergleich mit den entsprechenden Daten des Vorjahres (1. Juli 2017 - 30. Juni 2018) ermöglichten. Die Detailangaben, auch zur Art der Verbrechen, wurden hingegen dem Bericht des Leiters des Gerichtsamts entnommen.

Im Berichtszeitraum wurden 80 Urteile auf Erlöschen der Straftat aufgrund des positiven Ausgangs der Betreuung auf Probe erlassen, was 7,90% der insgesamt erlassenen Urteile entspricht.

19 Verfahren (d. h. 2% aller Verfahren) wurden im Berichtszeitraum mit der *Erklärung der Strafausschließung wegen besonders geringfügiger Straftaten* abgeschlossen, deren Grundlage der mit GvD Nr. 28/2015 eingeführte Art. 131-*bis* StGB bildet. 14 Urteile erklärten im Berichtszeitraum das *Erlöschen der Straftat wegen Wiedergutmachung* laut dem mit Gesetz vom 23. Juni 2017, Nr. 103 eingeführten Art. 162-*ter* StGB.

Der Amtsleiter hat in seinem Bericht eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 277 Tagen bei einzelrichterlichen Verfahren und von 379 Tagen bei den Verfahren vor dem Richterkollegium hervorgehoben. Auch der derzeit noch begrenzte Endrückstand ist angesichts der Zahl der Neueintragungen im Vergleich zur Zahl der Verfahrensabschlüsse und des Personalmangels sowohl bei den Richtern (zwei unbesetzte Planstellen) als auch beim Verwaltungspersonal (wo mindestens drei Personaleinheiten fehlen) als positives Ergebnis zu betrachten.

Wie zuvor erläutert, war man im Berichtszeitraum auch bestrebt, die schnelleren Abwicklungsmethoden und die Anwendung der Betreuung auf Probe zu implementieren sowie den Verfahren betreffend die im sog. „Codice Rosso“ enthaltenen Straftaten absoluten Vorrang zu gewähren.

Das Überprüfungsgericht verzeichnet im Berichtszeitraum eine erhebliche Zunahme der Rekurse im Vergleich zum Vorjahr: hinsichtlich vermögensbezogener Vorbeugungsmaßnahmen wurden 69 Rekurse eingetragen und 71 abgeschlossen, hinsichtlich personenbezogener Vorbeugungsmaßnahmen wurden 209 Rekurse eingetragen und 211 abgeschlossen, sodass der Rückstand von 8 auf 4 zurückgegangen ist.

Beim *Landesgericht Bozen* wurden 1.905 Hauptverhandlungsverfahren (davon 1.860 vor dem Einzelrichter, 41 vor dem Richterkollegium und 4 Berufungen gegen Urteile der Friedensgerichte) eingetragen und 1.652 abgeschlossen. Ferner sind 2 in die Zuständigkeit des Schwurgerichts fallende Verfahren eingegangen und eines wurde abgeschlossen. Kurz gesagt ist bei den Neueintragungen betreffend Hauptverhandlungen vor dem Einzelrichter und bei den diesbezüglich abgeschlossenen Verfahren ein Rückgang von -4,1% bzw. -2,6% zu verzeichnen, wobei die Rückstandsänderung am Ende des Berichtszeitraums +14,6% be-

trägt (von 1.611 auf 1.847 anhängige Verfahren). Die prozentualen Veränderungen bei den anderen Eintragungen sind hingegen unbedeutend.

Bei den Vorerhebungen/Vorverhandlungen gab es 5.752 Neueintragungen und 5.422 Verfahrensabschlüsse mit einem Endrückstand von 2.421, d. h. +10,3% mehr als im Vorjahr (2.194).

Die Anwendung des Rechtsinstituts der Betreuung auf Probe ist auch weiterhin positiv verlaufen und es ist darauf hinzuweisen, dass im Berichtszeitraum 60 Urteile auf Erlöschen der Straftat aufgrund des positiven Ausgangs der Betreuung auf Probe erlassen wurden, d. h. mehr als im Vorjahr.

Ebenso zufriedenstellende Auswirkungen hat der neue Grund für die Strafausschließung wegen besonders geringfügiger Straftaten (Art. 131-bis StGB) nach sich gezogen: Im Berichtszeitraum wurden nämlich 36 auf Freispruch lautende Urteile erlassen.

Was hingegen die Art der behandelten Strafverfahren anbelangt, haben die Verfahren betreffend Art. 570 StGB zugenommen, die mit familiären Konflikten zusammenhängen, bei denen die Fürsorgepflichten nicht ordnungsgemäß erfüllt wurden. Die Anzahl der Verfahren in Zusammenhang mit strafbaren Handlungen gegen sog. „schwache Kategorien“, insbesondere wegen Misshandlungen in der Familie, ist im Berichtszeitraum gleich geblieben. Dieser Art von Verbrechen wird übrigens angesichts ihrer sozialen Auswirkungen und der Beeinträchtigung der persönlichen Rechte eine Vorzugsschiene eingeräumt, um die Verfahren schnell abzuschließen. Dieses gleichbleibende Ergebnis ist der Filterfunktion der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen zu verdanken. Außerdem liegen für jene Verfahren, die zur Hauptverhandlung gelangen, sämtliche Ergebnisse des Beweissicherungsverfahrens vor, das in diesem spezifischen und heiklen Bereich regelmäßig angefordert und durchgeführt wird.

Der Amtsleiter meldet einen Erneuerungskoeffizienten von 88,10% und einen Bewältigungskoeffizienten von 47,70%. Der über drei Jahre alte Rückstand betrifft 5 im Jahr 2014 eingetragene Verfahren. Dieser Wert bezeugt einen Rückgang im Vergleich zu den 12 gleichartigen Verfahren im Vorjahr. Seit 1. Jänner 2019 sind die länger als drei Jahre anhängigen Verfahren von 25 auf 12 gesunken (-44%).

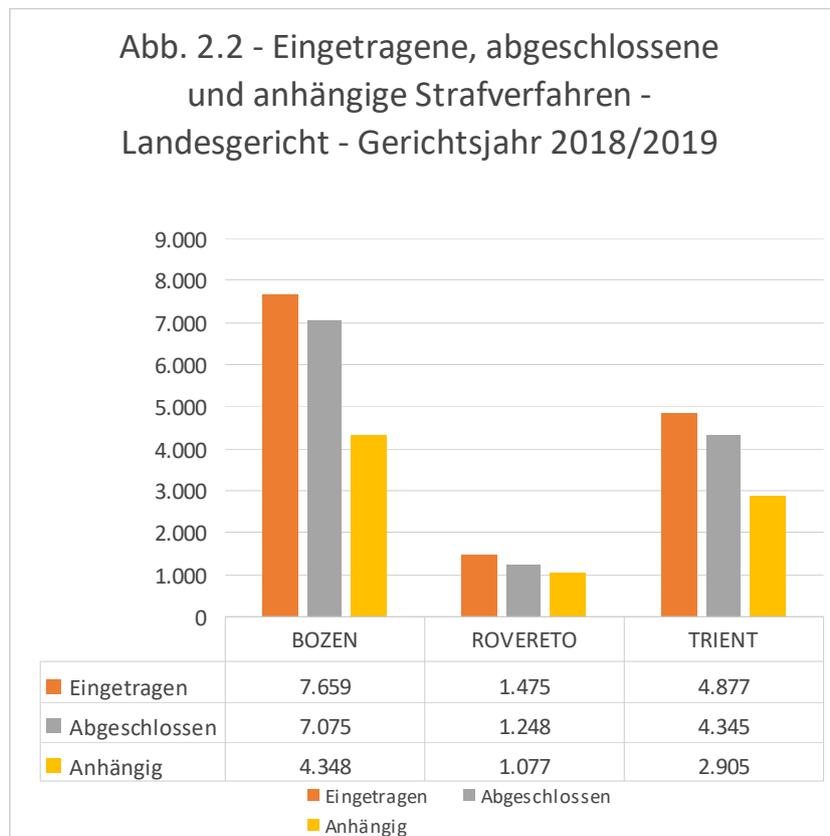
Diesbezüglich ist zu bemerken, dass es bei einem dieser anhängigen Verfahren um internationale Terrorakte geht; andere Verfahren betreffen Straftaten, die von vermeintlichen Mitgliedern anarchistischer Gruppen begangen wurden, und viele Angeklagte zählen

(in einem der Verfahren gab es über 60 Angeklagte in der Hauptverhandlung und noch mehr in einer weiteren Hauptverhandlung; ferner gab es in einem Verfahren vor dem Richter für die Vorverhandlung mehr als 60 Angeklagte).

Beim *Landesgericht Rovereto*, von dem bereits die Rede war, wurden im Berichtszeitraum 494 neue Eintragungen für Hauptverhandlungen (und 6 Berufungen gegen Urteile des Friedensgerichts) verzeichnet und insgesamt 1.475 Strafverfahren eingetragen, was im Vergleich zu den 1.430 Eintragungen im Vorjahr keine große Abweichung darstellt. Es wurden insgesamt etwas weniger Verfahren (1.248) als im Vorjahr (1.350) abgeschlossen, was zu einem Anstieg des Endrückstands von 862 auf 1.077 anhängige Verfahren (+24,9%) führte. Die Veränderungen innerhalb des Zweijahreszeitraums zeichnen sich durch einen Rückgang der Verfahren aus, die in den Zuständigkeitsbereich des Einzelrichters fallen: Dort sind die neu eingetragenen Verfahren von 597 auf 481 und die abgeschlossenen Verfahren von 512 auf 466 gesunken. Im Gegenzug sind die Neueintragungen beim Amt der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen von 816 auf 975 (+19,5%) angestiegen.

Der Präsident hat in seinem Bericht hervorgehoben, dass aus dem Vergleich der Neueintragungen mit den Daten des Vorjahres ein Rückgang der abgeschlossenen Verfahren hervorgeht (der laut den Statistiken des Justizministeriums bei -7,6% liegt). Demzufolge konnten - trotz aller Bemühungen, den Anstieg der anhängigen Verfahren im Vergleich zum Vorjahr einzudämmen - in diesem Bereich nicht genauso viele Verfahren abgeschlossen werden als eingetragen wurden. Diese allgemeine, wenn auch nicht übertrieben schwierige Lage ist auf drei Faktoren zurückzuführen: Erstens besteht ein gravierender Mangel an Verwaltungspersonal, was zu einer Verzögerung bei der Festsetzung der Verhandlungstermine für direkte Ladungen führt. Zweitens sind die Richterstellen chronisch unterbesetzt (zuerst waren 25% und dann 12,5% der Planstellen unbesetzt), was eine stärkere proportionale Kürzung des Gesamtbeitrags der Richter zum Strafbereich angesichts der Schwierigkeiten im entsprechenden Verwaltungsbereich erforderte. Ein dritter Aspekt betrifft das Verhältnis zwischen der Zahl der Verfahren, die zur Hauptverhandlung gelangen, und der Zahl derjenigen, die sodann mit einem Urteil auf Freispruch abgeschlossen werden (54%). Daraus geht deutlich hervor, dass das Gericht angesichts des oben beschriebenen Mangels an Ressourcen mehr Energien in die Verwaltung der komplexeren Hauptverhandlungen in-

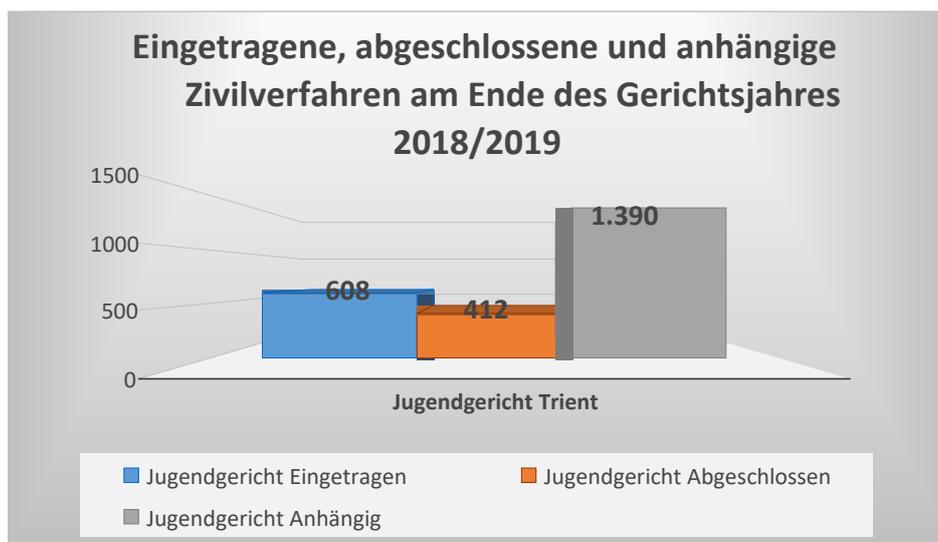
vestieren muss anstatt in die einfacheren Mahnverfahren oder in die Verfahren, die noch vor der Hauptverhandlung abgeschlossen werden können.



### 3.3 Jugendgerichtsbarkeit

Beim *Jugendgericht Trient*, dessen Stellenplan drei Berufsrichter einschließlich der vor Kurzem frei gewordenen Stelle des Präsidenten vorsieht, war im Berichtszeitraum bis April 2019 eine Richterstelle kontinuierlich unbesetzt.

Im *Zivilbereich* wurden 608 Verfahren neu eingetragen und 412 abgeschlossen mit einem nicht unerheblichen Endrückstand von 1.390 Verfahren. Zu Beginn des Berichtszeitraums (1.07.2018) waren 33 Verfahren gemäß Art. 31 des Einheitstextes über die Einwanderung (GvD Nr. 286/1998) anhängig, 54 wurden neu eingetragen und 50 abgeschlossen, sodass am Ende des Zeitraums noch 36 Verfahren anhängig waren. Es gab 29 Vormundschaftsverfahren für unbegleitete ausländische Minderjährige.



In Zusammenhang mit dem elterlichen Sorgerecht und der Freigabe zur Adoption wurden 284 neue Verfahren eingetragen. 13 Verfahren waren länger als drei Jahre anhängig. 39 Verfahren im dritten Anhängigkeitsjahr befanden sich am Ende des Berichtszeitraums in der Abschlussphase und 75 Verfahren - länger als zwei Jahre anhängig - in fortgeschrittener Bearbeitung. Alle anderen Verfahren konnten ungefähr ein Jahr nach ihrer Eintragung abgeschlossen werden.

Bei den Verfahren betreffend die Freigabe zur Adoption hat sich das Gericht - trotz der sensiblen Interessen, des erforderlichen großen Ermittlungsaufwands und des fehlenden Richters - für einen zügigen Abschluss eingesetzt und konnte damit gewährleisten, dass neu eingetragene und abgeschlossene Verfahren sich die Waage halten. Dasselbe gilt für die Verfahren betreffend internationale Adoptionen. Die ministeriellen Statistiken verzeichnen nur wenige Verfahren betreffend die Freigabe zur Adoption. Im Berichtszeitraum gab es 2 neue Eintragungen bei einem anfänglichen Rückstand von 7 anhängigen Verfahren. 5 Verfahren wurden abgeschlossen, sodass der Rückstand auf nur 3 anhängige Verfahren sinkt. Es werden keine Verfahren betreffend Fälle internationaler Kindesentführung verzeichnet. Beachtlich sind jedoch die Daten zu den Adoptionsanträgen mit 763 anhängigen, 247 neu eingetragenen und 15 abgeschlossenen Verfahren. Stabil bleiben hingegen die Daten zu den Verfahren betreffend die elterliche Gewalt (Art. 330 und 333 des ZGB), mit 217 neu eingetragenen und 243 abgeschlossenen Verfahren bei einem anfänglichen Rückstand von 286 anhängigen Verfahren.

Das Gericht hat die vollständige Umsetzung des am 6. Mai 2017 in Kraft getretenen Gesetzes vom 7.4.2017, Nr. 47 „*Bestimmungen in Sachen Schutzmaßnahmen für unbegleitete ausländische Minderjährige*“ (sog. Zampa-Gesetz) und des GvD vom 22.12.2017, Nr. 220 bestätigt, mit dem die Befugnis in Sachen Vormundschaft betreffend unbegleitete ausländische Minderjährige vom Vormundschaftsgericht auf das Jugendgericht übertragen wurde. Da sich das Gesetz diesbezüglich ausschweigt, hat das Gericht im Einvernehmen mit dem Justizministerium beschlossen, den Art. 47 der Durchführungsbestimmungen zum Zivilgesetzbuch anzuwenden und beim Jugendgericht ein spezifisches Register für Vormundschaftssachen einzurichten, in das alle Vormundschaften einzutragen sind, wie es auch im Art. 19 Abs. 5 des GvD Nr. 142/2015 für das Vormundschaftsgericht vorgesehen war. In Erwartung der auf gesamtstaatlicher Ebene standardisierten, im SIGMA-System implementierten Software wurde dieses Register bereits im Jänner 2018 in einem vom Jugendgericht selbständig erstellten digitalen Format eingerichtet.

Im *Strafbereich* waren die Auswirkungen auf die Tätigkeit des Jugendgerichts des erst am 3. August 2017 in Kraft getretenen Gesetzes vom 23.6.2017, Nr. 13 „*Änderungen zum Strafgesetzbuch, zur Strafprozessordnung und zum Strafvollzugsgesetz*“ (sog. Orlando-Reform) kaum nennenswert. Die Möglichkeit, die Wahl des Domizils beim Amtsverteidiger abzulehnen, wurde sehr häufig vom betreffenden Verteidiger ausgeübt, und die in diesen Fällen vorgesehene Modalität für die Zustellung an den Angeklagten hat die Arbeit der Strafkanzlei erheblich erschwert.

Die Vereinfachung, die nun durch die Heilung der relativen Nichtigkeit infolge des in der Vorverhandlung eingereichten Antrags auf abgekürztes Verfahren (sowie die anderen Auswirkungen auf die Nichtverwendbarkeit und auf die gebietsmäßige Zuständigkeit) entsteht, wirkt sich positiv auf den Prozess aus. Das Gericht weist auf das Fortbestehen der Auslegungszweifel in Zusammenhang mit der Frage hin, ob diese Auswirkung auch dann erzielt wird, wenn der Antrag auf abgekürztes Verfahren außerhalb der Verhandlung eingereicht wird, wie im Fall laut Art. 458 StPO.

In einigen auf Antrag verfolgbaren Fällen war hingegen der neue Grund für das Erlöschen der Straftat wegen Wiedergutmachung laut dem neuen Art. 162 *ter* StGB sehr wirksam.

In Zusammenhang mit dem GvD vom 10.4.2014, Nr. 36, das in (teilweiser) Umsetzung der im Gesetz Nr. 103/2017 vorgesehenen Delegation erlassen wurde, ist zu sagen,

dass sich die Änderung einiger Voraussetzungen für die Einleitung eines Verfahrens (auf Strafantrag oder von Amts wegen) nur auf einige wenige anhängige Verfahren wegen Bedrohung ausgewirkt hat und in einigen Fällen zum Verfahrensstillstand geführt hat, weil der Staatsanwalt die Übergangsbestimmung angewandt hat, welche die Befragung des Opfers vorsieht und regelt, um ihm eine Bedenkzeit für die Einreichung des Strafantrags einzuräumen, sofern sie zuvor nicht vorgesehen war.

Bezug nehmend auf den Erlass des sog. „Jugendstrafvollzugsgesetzes“ (GvD Nr. 121/2018) wurden keine relevanten Auswirkungen auf das Jugendgericht vermeldet, da es im entsprechenden Gebiet keine Jugendstrafvollzugsanstalten gibt und die darin enthaltenen Bestimmungen hauptsächlich die Überwachungsrichter betreffen, die für solche zuständig sind. Ferner wurde erneut darauf verwiesen, dass die Abschaffung der Erstaufnahmezentren innerhalb des Gerichts immer noch beachtliche Schwierigkeiten bei der Überstellung von Festgenommenen aus Jugendstrafvollzugsanstalten anderer Regionen bereitet.

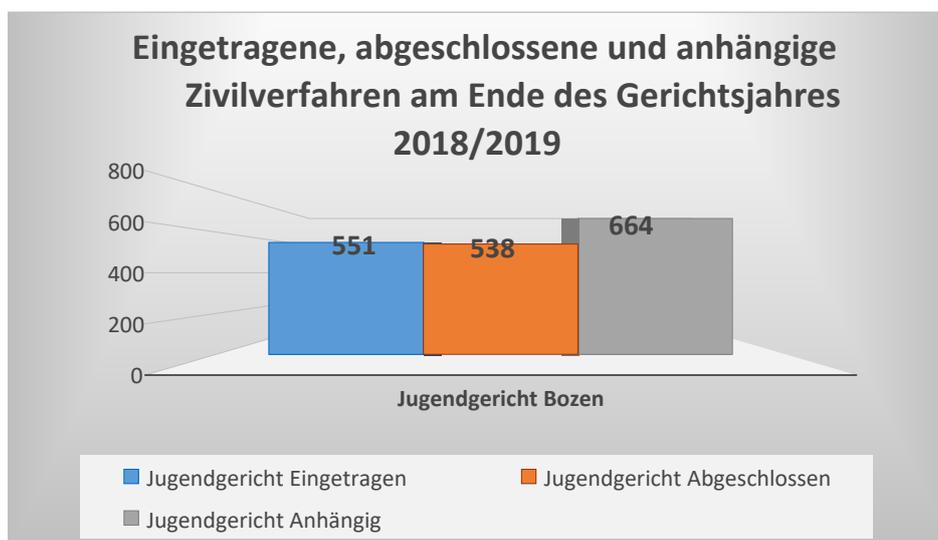
Die Statistiken bestätigen zum 30.6.2019 die Anhängigkeit von 37 Verfahren wegen erschwerten Diebstahls, 18 Verfahren wegen Verletzung des Drogengesetzes und 19 wegen Körperverletzung. Lediglich ein anhängiges Verfahren betrifft die Straftat der sexuellen Gewalt gemäß Art. 609-*bis* des StGB.

Über die operativen Auswirkungen des vor Kurzem erlassenen und erst am 9. August 2019 in Kraft getretenen Gesetzes Nr. 69/2019 (sog. „Codice rosso“) wurde nichts gemeldet, weil es keiner dringenden neuen organisatorischer Maßnahmen bedarf. Die möglichen Auswirkungen sind nämlich noch unbekannt und das Jugendgericht hat sowieso die unter seine Zuständigkeit fallenden strafrechtlichen und zivilrechtlichen Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger im Falle der in diesen Bestimmungen vorgesehenen Straftaten immer unverzüglich ergriffen.

Beim *Jugendgericht Bozen* wurden im Berichtszeitraum 551 zivilrechtliche Verfahren neu eingetragen und 538 abgeschlossen mit einem Endrückstand von 664 Verfahren.

Aus den Daten des Berichts geht hervor, dass sich die Gesamtanzahl der zivilrechtlichen Verfahren reduziert hat, jene betreffend die elterliche Gewalt hingegen stabil geblieben ist. Der zahlenmäßige Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Verfahren betreffend unbegleitete ausländische Minderjährige seit März 2018 - also für den gesamten Zeitraum

Juli 2018/Juni 2019 - in einem getrennten Register der Vormundschaftssachen geführt werden.



Die Anzahl der Beschwerden ist deutlich angestiegen. Ein Großteil davon betrifft den spezifischen Bereich der Verfahren im Sinne des Art. 31 des GvD Nr. 286/1998, welche ihrerseits beachtlich zugenommen haben. In diesem Jahr haben viele, meist albanische junge Paare, die vor wenigen Monaten nach Italien gezogen sind, um ihren Kindern den Zugang zu besseren schulischen und gesundheitlichen Einrichtungen zu ermöglichen und selbst an einem vorteilhafteren Arbeitsmarkt teilhaben zu können, Rekurs zwecks Erhalt der Aufenthaltsgenehmigung eingereicht: zwar sind die Gründe ihrer Auswanderungspläne verständlich, aber die im Art. 31 Abs. 3 des GvD Nr. 286/1998 vorgesehenen schwerwiegenden und außerordentlichen Aspekte sind nicht gegeben, weshalb die Rekurse größtenteils abgewiesen wurden. Gegen die richterliche Entscheidung wurde dann Beschwerde vor der zweiten Instanz eingelegt. Das Jugendgericht hat den Beziehungen zu den Sozial- und Gesundheitsdiensten für Minderjährige durch die Pflege täglicher Kontakte und durch Weiterbildungsinitiativen weiterhin große Aufmerksamkeit gewidmet sowie häufige Kontakte zu den Bildungseinrichtungen gepflegt.

Es werden auch neue Formen der Unterstützung für Minderjährige und Familien vorgesehen und gefördert, wie beispielsweise die aufsuchende Familienarbeit, Sofortmaßnahmen für junge Mütter, Straßensozialarbeit, die Einrichtung eines niederschweligen Aufnahmezentrums für Jugendliche mit Auffälligkeiten oder Suchtproblemen sowie die Errich-

tung einer Expertengruppe innerhalb der Sozialdienste zur Bewertung der elterlichen Fähigkeiten.

Aus den Daten zeigt sich, dass man nach der beachtlichen Zunahme jährlich gemeldeter Straftaten zwischen Juli 2014 und Juni 2017, die der sog. „Baby Gang“ zu Lasten gelegt wurden, in den letzten beiden Berichtszeiträumen wieder zu den Zahlen der Vorjahre zurückgekehrt ist. Zwischen Juli 2018 und Juni 2019 wurden 503 Verfahren neu eingetragen, die Verfahren vor dem Richter für die Vorverhandlungen haben im Vergleich zum Vorjahr von 191 auf 209 zugenommen.

Was die am häufigsten von Minderjährigen begangenen Straftaten angeht, verweist das Jugendgericht darauf, dass die Diebstähle erneut zugenommen haben (von 74 auf 100), obwohl sie unter der im Zeitraum Juli 2016-Juni 2017 verzeichneten Anzahl (124 Neueintragungen) liegen.

Die Verfahren wegen Körperverletzungen sind auf 39 angestiegen (im Zeitraum Juli 2016-Juni 2017 waren es jedoch 55), jene wegen Raubüberfällen sind von 22 auf 15 und jene wegen Erpressungen von 15 auf 7 zurückgegangen. Eine gewisse Häufigkeit ist bei den Verfahren wegen Hehlerei (42), wegen Verletzung des Drogengesetzes (28), Sachbeschädigung (21) und Drohungen (12) zu verzeichnen.

Der allgemeine Rückgang der Straftaten im Vergleich zu den Jahren 2015-2016 ist im Wesentlichen auf die vollständige Zerschlagung der bis Ende 2016 in Bozen aktiven sog. Baby-Gang zurückzuführen und wurde durch das bedachte Bemessen der Vorbeugungsmaßnahmen sowie der zivilrechtlichen Schritte der Jugendgerichtsbarkeit begünstigt. Allerdings sind einige Jugendliche, die damals um die vierzehn Jahr alt waren und nunmehr nach der Zeit in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft wieder zuhause zurück sind, erneut in kleineren Gruppen straffällig geworden und haben sich mit anderen bisher nicht aktenkundigen Jugendlichen zusammengetan. Unter den von diesen Jugendlichen begangenen Straftaten sind Diebstähle durch Entreißen der Sache oder Raubüberfälle zulasten älterer Menschen besonders auffällig, weil sie mit dem Risiko von Körperverletzungen einhergehen.

Das Jugendgericht hat zulasten fast aller Jugendlichen, die derzeit systematisch straffällig werden, die Unterbringung in sozialpädagogischen Wohngemeinschaften per Anordnung verfügt. Leider können nur wenige dieser Anordnungen vollzogen werden, weil die Jugendlichen entweder unauffindbar sind oder weil vorherige Aufenthalte infolge der Aus-

weisung aus der Wohngemeinschaft nicht erfolgreich waren. Der Gerichtsleiter hat den dringenden Erlass einer Regelung für den Vollzug der Unterbringung in sozialpädagogischen Wohngemeinschaften betont, laut der die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Koordinierungsaufgaben übernehmen sollte. Ferner sollte der Beistand der Ordnungskräfte beim Vollzug von besonders schwierigen Fällen der Unterbringung in einer Wohngemeinschaft ausdrücklich und detailliert geregelt werden, indem eine die Sensibilität und Würde der Minderjährigen wahrende Vorgangsweise festgelegt wird.

Es wurde darauf hingewiesen, dass im Berichtszeitraum das GvD vom 2.10.2018, Nr. 121 betreffend die Überarbeitung der haftersetzenden Maßnahmen in Kraft getreten ist, welche nun als jugendstrafrechtliche Sanktionen bezeichnet werden. Durch die neue Benennung sollen bei den für Minderjährige vorgesehenen Maßnahmen das Ziel der Eingliederung, Begleitung und Erziehung im Vordergrund stehen. Ferner soll die Nähe zur Abteilung Jugendgerichtsbarkeit und offener Strafvollzug des Justizministeriums hervorgehoben werden. Der gesamte Bereich der Alternativmaßnahmen und der „milden“ Justiz für Erwachsene orientiert sich am Modell der Rechtsinstitute der Jugendgerichtsbarkeit (die Strafausschließung wegen besonders geringfügiger Straftaten gemäß Art. 131-*bis* StGB beruht auf Art. 27 des DPR Nr. 448/1988, das Rechtsmittel der Betreuung auf Probe für Erwachsene lehnt sich an die Betreuung auf Probe für Minderjährige gemäß Art. 28 und 29 des DPR Nr. 448/1988 und das Amt für den offenen Strafvollzug funktioniert wie der derselben Abteilung angehörende Jugendsozialdienst).

Die wichtigste Neuerung des besagten GvD Nr. 121 betrifft die jugendstrafrechtliche Sanktion der Überlassung zur Betreuung an den Sozialdienst mit Haushaft (Art. 5): Es handelt sich um eine gemischte Maßnahme, die der Betreuung auf Probe durch den Sozialdienst, welche oft als zu milde erscheint, mehr Nachdruck und Vorschriftencharakter verleiht; gleichzeitig kann diese Maßnahme auch für Verurteilte eingesetzt werden, für die insbesondere an Wochenenden kein starkes pädagogisches Programm entwickelt werden konnte. Fakt ist, dass es zwischen Jänner und Juni 2019 noch keine Gelegenheit gab, dieses neue Rechtsinstitut anzuwenden.

Im Berichtszeitraum wurden die Gesetzesbestimmungen betreffend die Aufnahme unbegleiteter ausländischer Minderjähriger und die Ernennung der ehrenamtlichen Vormunde (Gesetz vom 7.4.2017, Nr. 47 zur Errichtung des Verzeichnisses der ehrenamtlichen Vormunde und GvD vom 22.12.2017, Nr. 220, in Kraft seit 3.3.2018, zur Ernennung der eh-

renamtlichen Vormunde bei den einzelnen Verfahren, die unbegleitete ausländische Minderjährige betreffen) vollständig angewandt: Es wurden 43 Vormundschaftsverfahren abgewickelt.

### 3.4 Überwachungsgerichte

Wie bereits einleitend erklärt, meldet das *Überwachungsgericht Trient*, dass angesichts der neuesten statistischen Daten die Verfahren betreffend die vorzeitige Entlassung erneut zurückgegangen sind, da die Auswirkungen des Gesetzes Nr. 10/2014 bald auslaufen werden; auch die Fälle von Hausarrest im Strafvollzug sind leicht rückläufig, wobei jedoch die Verfahren zur Umwandlung der Geldstrafe deutlich zunehmen.

Das Amt für den offenen Strafvollzug, das im Auftrag/auf Antrag der Gerichtsbehörde den offenen Strafvollzug bearbeiten muss, bestätigt das beachtliche Arbeitsaufkommen (2.242 Verfahren) hinsichtlich neuer und bearbeiteter Verfahren betreffend hauptsächlich das Rechtsmittel der *Betreuung auf Probe*, das anders als in Vergangenheit den Hauptanteil der Gesamttätigkeit des Amtes ausmacht.

Zu Beginn des Berichtszeitraums waren 265 Verfahren zur Umwandlung einer Geldstrafe in Freiheit unter Überwachung anhängig, 1.379 wurden neu eingetragen und am Ende desselben waren noch 833 Verfahren anhängig. Im Vorjahr (1.7.2017-30.6.2018) wurden 381 Umwandlungs-/Ratenzahlungsverfahren eingetragen; die Zunahme beträgt demnach 362%. Der Aufwärtstrend hält weiterhin an, denn ab Ende des Berichtszeitraums und bis zum 1.10.2019 wurden bereits 108 Verfahren eingetragen.

Diese Zunahme der Verfahren zur Umwandlung der Geldstrafe hat mehrere Ursachen: a) die im Rundschreiben vom 4.8.2017 erteilten operativen Anweisungen der Abteilung Justizorganisation, Personal und Dienste des Justizministeriums, infolge des Beschlusses vom 7.3.2017, Nr. 3/2017 des Rechnungshofs - Zentrale Sektion für die Kontrolle über die Gebarung der Staatsverwaltung - betreffend die Eintreibung der Gerichtskosten und die Vertragsverhältnisse zwischen Justizministerium und Equitalia, mit dem die Richtlinien für nicht bezahlte Geldstrafen an die Ämter für die Forderungseintreibungen der Gerichte geändert wurden; b) die Einführung des Art. 238-*bis* des Einheitstextes der Bestimmungen über die Gerichtskosten (DPR Nr. 115/2002); c) die im Rundschreiben der Abteilung Justizorganisation, Personal und Dienste des Justizministeriums vom 16.1.2018 enthaltene Aktualisie-

rung, in welchem überdies präzisiert wird, dass die Gerichte dem Staatsanwalt alle weiteren nach Ablauf der laut besagten Bestimmungen vorgesehenen vierundzwanzigmonatigen Zahlungsfrist noch offenen Forderungen für nicht bezahlte Geldstrafen innerhalb 30.10.2018 mitteilen müssen; d) das Urteil des Kassationsgerichtshofes (vom 24.4.2019, Nr. 17595), mit dem erklärt wurde, dass der Überwachungsrichter auch für die Umwandlung der vom Friedensrichter verhängten Geldstrafen zuständig ist.

Überdies wird hervorgehoben, dass die Anträge auf Umwandlung unbezahlter Geldstrafen oft kurz vor ihrer Verjährung (manchmal auch danach) dem Überwachungsgericht übermittelt wurden, und dies auch ohne angemessene und aktualisierte Ermittlungen über die Auffindbarkeit und die Einkommenskapazität des Verurteilten. Die Eintragung dieser Verfahren und die diesbezüglichen Ermittlungen haben das Gerichtspersonal sehr beansprucht, wobei auch die Mitarbeit von Personal anderer Dienstseinheiten erforderlich war, um die Anträge mit höchster Priorität aufarbeiten zu können.

Seit 10.11.2018 ist ein neues verkürztes Verfahren vor dem Überwachungsrichter in Kraft getreten, das durch den mit GvD vom 2. Oktober 2018, Nr. 123 eingeführten Art. 678 Abs. 1-ter StPO geregelt wird. Diese einschneidende Änderung des Art. 678 StPO führt ein schlankes Verfahren zur Gewährung von Alternativstrafmaßnahmen ein, die ausschließlich für Personen gelten, die zu kurzen Haftstrafen (bis zu eineinhalb Jahren) verurteilt wurden, deren Vollzug ausgesetzt wurde. Diese Gesetzesmaßnahme ist Teil der umfassenderen Reform des Strafvollzugsgesetzes, dessen Umsetzungsdekrete im Gesetzblatt der Republik vom 26. Oktober 2018, Nr. 250 veröffentlicht wurden, und dient zur Umsetzung der im Ermächtigungsgesetz Nr. 103/2017 festgelegten Leitlinien hinsichtlich der Vereinfachung der Verfahren der Überwachungsgerichtsbarkeit sowie zur Förderung des Zugangs zu Alternativstrafmaßnahmen für jene Verurteilten, die für weniger gefährlich befunden werden.

Besagtes vereinfachtes Verfahren zeichnet sich dadurch aus, dass es im Vergleich zum ordentlichen Verfahren laut Art. 678 Abs. 1 der StPO schneller abzuwickeln ist, da es im Unterschied zu letztgenanntem das kontradiktorische Verfahren nur eventuell und zu einem späteren Zeitpunkt vorsieht. Laut den neuen Bestimmungen ist die Anwesenheit des Betroffenen in der ersten Phase des Verfahrens nicht vorgesehen. Die entsprechende ausschließlich befürwortende Entscheidung kann „*de plano*“ vom Überwachungsrichter getroffen werden. Das kontradiktorische Verfahren wird nur infolge des Widerspruchs des Betrof-

fenen und der nachfolgenden Übertragung an das Überwachungsgericht eröffnet. Für inhaftierte Verurteilte gilt das ebenso vereinfachte Verfahren laut Art. 667 Abs. 4 StPO.

In 67% der Fälle wurde die beantragte oder eventuell die untergeordnete Alternativstrafmaßnahme gewährt, während 32,14% der Akten an das Überwachungsgericht aufgrund der Unmöglichkeit einer solchen Gewährung zurückgeleitet wurden.

Angesichts des noch kurzen Geltungszeitraums (10.11.2018-30.6.2019), der anfänglichen Auslegungsschwierigkeiten der neuen Bestimmungen und die nicht umgehend erfolgte Anpassung des Informationssystems der Überwachungsgerichte, weswegen diese Verfahren in dem bei den Überwachungsgerichten eingerichteten elektronischen Verzeichnis nicht ordnungsgemäß eingetragen werden konnten, wurde diese Neuerung bisher nur wenig angewandt. Mit dem Amt für den offenen Strafvollzug Trient wurde ein operatives Protokoll vereinbart, um mit geeigneten Mitteln das Recht der Verurteilten auf Zugang zu Alternativstrafmaßnahmen zu gewährleisten, welches die Zusammenarbeit unter den Ämtern sowie gemeinsam abgestimmte Praktiken in Bezug auf die jeweiligen institutionellen Aufgaben vorsieht; insbesondere wurde vorgesehen, dass bei überwachungsgerichtlichen Verfahren betreffend Personen, die zu einer Haftstrafe zwischen 6 und 18 Monaten verurteilt wurden, der Bericht des Amtes für den offenen Strafvollzug sich auf die Aspekte betreffend den aktuellen Zustand und die Aussichten auf die Wiedereingliederung der Person konzentrieren soll, welche für die Bewertung des vom Verurteilten, dessen Haftstrafe ausgesetzt wurde, eingereichten Antrag hilfreich sind, mit Ausnahme besonderer Fälle, die einer besonderen Vertiefung bedürfen; in jedem Fall sind das Behandlungsprogramm, als ergänzender Teil der Ermittlungen, sowie der binnen drei Monaten nach dem Antrag zu erstellende Bericht zu verfassen.

Demnach werden künftig auch bei diesem Amt die Fälle zunehmen, in denen eine Alternativstrafmaßnahme aufgrund des neuen Verfahrens provisorisch gewährt wird und sich dadurch die Entscheidungszeiten weiter verkürzen werden.

Eine abschließende Gesamtbewertung der Reform betreffend das neue verkürzte Verfahren lässt annehmen, dass diese sich auf die Gewährung von Alternativstrafmaßnahmen an Verurteilte, deren Strafvollzug ausgesetzt wurde und deren Verfahren seit Längerem anhängig sind (was bei größeren Überwachungsgerichten der Fall ist, welche diesbezüglich beachtliche Rückstände aufweisen) deutlich auswirken wird und demnach eine Reduzierung der Rückstände bei der Abwicklung der Verfahren dieser Art nach sich ziehen wird.

Das Überwachungsgericht Trient zählt allerdings zu den kleineren Gerichten und weist keine Rückstände oder Verzögerungen hinsichtlich der Verfahren betreffend Verurteilte auf, deren Strafvollzug ausgesetzt wurde (im Durchschnitt werden solche Verfahren in 180,84 Tage abgeschlossen). Aus diesem Grund wird das neue *verkürzte* Verfahren (das hinsichtlich der erforderlichen Ermittlungen und der Amtshandlungen der Gerichtskanzlei eigentlich nicht vereinfacht ist) keine nennenswerten Auswirkungen auf dieses Amt haben, jedoch eine konkrete Einschränkung des kontradiktorischen Verfahrens nach sich ziehen.

Die erwünschten Auswirkungen der in den vergangenen Jahren erlassenen Gesetzesmaßnahmen (insbesondere das Gesetz Nr. 10/2014 und das Gesetz Nr. 199/2010) zur Eindämmung der Überbesetzung der Gefängnisse sind inzwischen abgeklungen. Hinsichtlich des erstgenannten Gesetzes wird die vorgesehene höhere Strafmilderung betreffend Haftzeiten vor dem 23.12.2015 (Datum, an dem die Wirksamkeit des Gesetzes erlosch) nur noch sporadisch angewandt (im Berichtszeitraum waren es lediglich 16 Verfahren). Die Anzahl der Fälle, in denen das zweitgenannte, heute noch geltende Gesetz Anwendung findet, ist ebenfalls recht gering (74 Verfahren vor dem Amt des Überwachungsrichters und 51 Verfahren vor dem Überwachungsgericht).

Parallel zur beträchtlichen Zunahme der Verfahren sind die damit verbundenen Tätigkeiten zur Feststellung der tatsächlichen Zahlungsunfähigkeit sowie der Auffindbarkeit der Schuldner angestiegen.

Nach Jahren der Untätigkeit seitens der für die Einhebung zuständigen Ämter haben die Ämter für die Forderungseintreibungen der Gerichte den zuständigen Staatsanwaltschaften zahlreiche Anträge auf Umwandlung in Freiheit unter Überwachung übermittelt, was zwangsläufig innerhalb kürzester Zeit die Übermittlung ebenso vieler Anträge auf Umwandlung in Freiheit unter Überwachung an das Überwachungsgericht zur Folge hatte. Die Eintragung und Behandlung dieser Verfahren war meistens dringlich, um die Verjährung der Geldstrafe abzuwenden, und beanspruchte das gesamte Personal und die Richter in außerordentlichem Maße.

Der Stellenplan des Amtes für den offenen Strafvollzug wies in den vergangenen Jahren Schwierigkeiten auf und verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung der Personaleinheiten auf (derzeit 3 Sozialassistenten in Vollzeit, 1 Sozialassistent in Teilzeit, 4 Personaleinheiten im Verwaltungsbereich, 1 Hilfskraft, 6 Beamte für den Sozialdienst in Teilzeit, 1 Amtsdirektor, 3 Einheiten der Gefängnispolizei). Im Stellenplan sind

jedoch 11 Beamte für den Sozialdienst vorgesehen, was einer Unterbesetzung von über 50% entspricht.

Trotz der geringen Anzahl an Personal wurden für die bestmögliche Bewältigung der institutionellen Aufgaben wichtige Aufträge anvertraut (Verantwortlicher für die Beziehungen mit der örtlichen Haftanstalt, Verantwortlicher für den Bereich der jugendstrafrechtlichen Sanktionen, Verantwortlicher für die Wiedergutmachungsjustiz und die Beziehungen mit den örtlichen Gebietskörperschaften). Ferner wurden nützliche Vereinbarungen mit anderen Körperschaften unterzeichnet (Operatives Abkommen mit dem Überwachungsgericht Trient, operatives Abkommen mit der Haftanstalt Trient, Vereinbarung mit der Universität Verona für die Durchführung von Studienpraktika beim Amt für den offenen Strafvollzug). Ferner wurden neue Projekte, wie *Progetto Opus*, *Progetto Le Ali*, *Biblioteca vivente* ins Leben gerufen, auch das *Sportello Diritti* ist aktiv.

Ein Bild des Arbeitsaufkommens der Überwachungsjustiz zeichnen die Statistiken des Justizministeriums, laut denen beim Überwachungsgericht im Berichtszeitraum 1.171 Verfahren neu eintragen und 1.362 abgeschlossen wurden, sodass am Ende des Zeitraums noch 533 Verfahren anhängig waren. Beim Amt des Überwachungsrichters hingegen wurden 4.852 Verfahren neu eingetragen und 4.245 abgeschlossen, wobei am Ende des Zeitraums noch 1.506 Verfahren anhängig waren.

<b>ÜBERWACHUNGSGERICHT TRIENT</b>			
	eingetragen	abgeschlossen	anhängig
Überwachungsgericht insgesamt	1.171	1.363	533
Amt des Überwachungsrichters insgesamt	4.852	4.245	1.506

Sehr ähnlich erscheint die Situation beim *Überwachungsgericht Bozen*, das eine exponentielle Erhöhung der Beschwerden im Sinne des Art. 35-ter des Strafvollzugsgesetzes meldet (15 anhängige Verfahren zu Beginn des Zeitraums, 104 Neueintragungen, davon wurde 87 Beschwerden stattgegeben, 1 zurückgewiesen, 5 für unzulässig erklärt, 1 eingestellt, für 1 die Unzuständigkeit erklärt, sodass am Ende des Zeitraums noch 23 Verfahren anhängig waren). Die Beschwerden im Sinne des mit Art. 1 Abs. 1 des GD Nr. 92/2014 eingeführten Art. 35-ter des Strafvollzugsgesetzes betreffend Anträge auf Schadenersatz im Falle entwürdigender Haftbedingungen betreffen jedoch zum Großteil Aufenthalte in ande-

ren Haftanstalten, weshalb bei der Durchführung der diesbezüglichen Ermittlungen große Schwierigkeiten auftreten und andauernde Nachfragen notwendig sind.

Nachdem der Kassationsgerichtshof die vorher bestehenden Auslegungsschwierigkeiten ausgeräumt und erklärt hat, dass das Überwachungsgericht für die Umwandlung der vom Friedensrichter verhängten, nicht eingehobenen Geldstrafen zuständig ist, ist die Anzahl dieser Verfahren stark gewachsen.

Die Statistiken des Justizministeriums sind auch für dieses Gericht aufschlussreich. Beim Überwachungsgericht Bozen wurden 964 Verfahren neu eingetragen (ein geringfügiger Rückgang im Vergleich zum Vorjahr mit 1.011 neuen Eintragungen), 942 Verfahren wurden abgeschlossen (im Vorjahr 1.074), am Ende des Zeitraums waren 320 Verfahren anhängig (im Vorjahr lediglich 300).

<b>ÜBERWACHUNGSGERICHT BOZEN</b>			
	eingetragen	abgeschlossen	anhängig
Überwachungsgericht insgesamt	964	942	320
Amt des Überwachungsrichters insgesamt	3.744	3.622	509

Das Amt des Überwachungsrichters verzeichnet insgesamt 3.744 neu eingetragene Verfahren mit einer erheblichen Zunahme im Vergleich zum Vorjahr (2.796), 3.622 Verfahren wurden abgeschlossen (im Vorjahr 2.717), am Ende des Zeitraums waren 509 Verfahren anhängig (im Vorjahr lediglich 386).

### **3.5 Friedensgerichte**

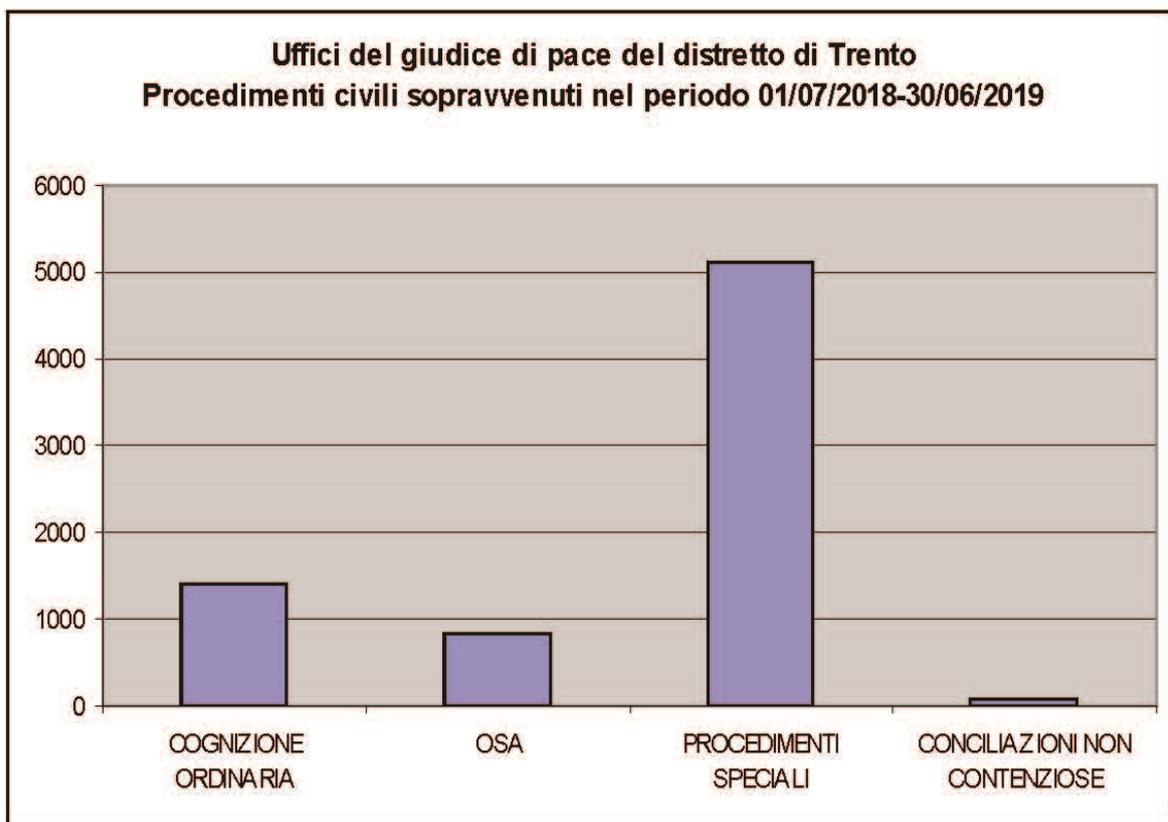
Im Berichtszeitraum waren bei den Friedensgerichten des Sprengels nur 14 ehrenamtliche Friedensrichter im Amt, davon sind 6 auf die neun Friedensgerichte der Provinz Trient und 8 auf die sieben Friedensgerichte der Provinz Bozen verteilt.

Der bereits in Vergangenheit mehrmals gemeldeten schwerwiegenden Situation des Personalstandes kann vermutlich nicht kurzfristig abgeholfen werden, auch weil laut den Bestimmungen zur Reform der ehrenamtlichen Richterschaft die neuen ehrenamtlichen Richter, für deren Einstellung im Dezember 2017 ein nun beendetes Wettbewerbsverfahren

eingeleitet wurde, zwei Jahre beim Amt für den Prozess leisten müssen, bevor sie den Friedensgerichten zugewiesen werden können.

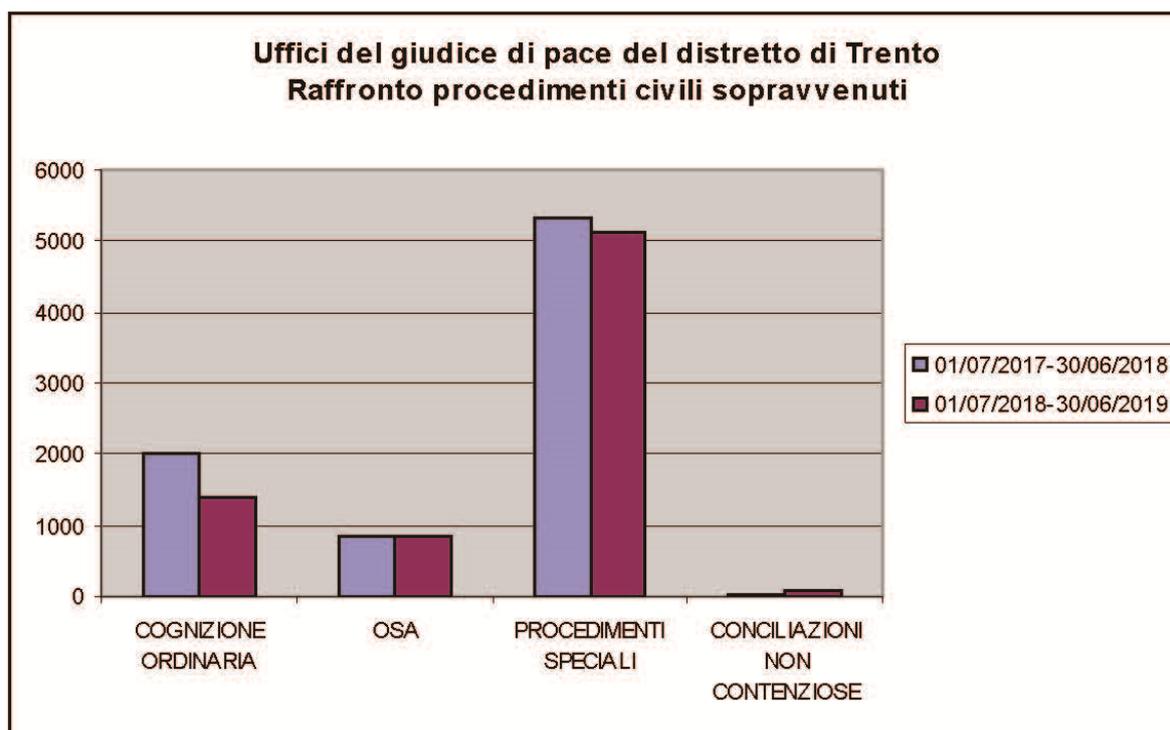
Im erläuternden Bericht der Region wurde präzisiert, dass bei den Friedensgerichten im Zeitraum 01.07.2018-30.06.2019 im *Zivilbereich* - mit Ausnahme der Verfahren betreffend Rekurse und Ausweisungsbestätigungen in Sachen Einwanderung - 2.237 ordentliche Verfahren eingetragen wurden, davon 1.406 ordentliche Erkenntnisverfahren und 831 Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen, 5.113 Sonderverfahren und 75 Anträge auf außergerichtliche Schlichtung.

Die Tätigkeit der Friedensgerichte betraf demzufolge zu ca. 19% ordentliche Verfahren, zu ca. 11% Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen, zu ca. 69% Sonderverfahren einschließlich der Zahlungsbefehle und zum restlichen Prozentsatz von 1% außergerichtliche Schlichtungen.



Interessant ist der Vergleich mit dem Vorjahr, in dem 2.839 ordentliche Verfahren eingetragen wurden, davon 1.998 ordentliche Erkenntnisverfahren und 841 Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen, 5.321 Sonderverfahren und 29 Anträge auf außergerichtliche Schlichtung.

Obwohl im Allgemeinen auch bei den Landesgerichten die Eintragungen von Zivilverfahren abgenommen haben, ist der bei den ehrenamtlichen Friedensgerichten festgestellte Rückgang von Eintragungen ordentlicher Verfahren (von 2.839 auf 2.237) offensichtlich bedeutender, wobei hingegen die sog. Sonderverfahren und die außergerichtlichen Schlichtungen stark zugenommen haben.



Die Verwaltung hat diesbezüglich erklärt, dass diese Abweichungen möglicherweise mit den Verfahrenskosten (die bei Verfahren von geringem Wert - wie jene vor dem Friedensgericht - am ausschlaggebendsten sind) sowie ferner mit der Einführung von Maßnahmen und Rechtsmitteln wie die Mediation in Zivilsachen und die außergerichtliche Verhandlung mit Rechtsbeistand zusammenhängen, welche eine außergerichtliche Lösung von Streitfragen begünstigen, sodass der Weg zum Friedensgericht weniger häufig eingeschlagen wird und sich die Anzahl neuer Verfahren reduziert.

Aus den Statistiken des Justizministeriums geht auf jeden Fall hervor, dass im gesamten Sprengel 7.425 neue Verfahren eingetragen und 7.679 abgeschlossen wurden, wobei im Landesgerichtssprengel Bozen eine höhere Anzahl von eingetragenen (4.180) und abgeschlossenen Verfahren (4.500) im Vergleich zum Landesgerichtssprengel Rovereto (727 eingetragene und 727 abgeschlossene Verfahren) und zum Landesgerichtssprengel Trient (2.518 eingetragene und 2.452 abgeschlossene Verfahren) verzeichnet wird. Der bereits an-

gedeutete Rückgang der ordentlichen Erkenntnisverfahren wirkt sich auf diese Gesamtzahlen aus, da im Zeitraum 2017/2018 insgesamt 8.209 neue Verfahren eingetragen und 8.357 abgeschlossen wurden (Stand der ministeriellen Daten zum 19.10.2018).

Im *Strafbereich* wurden im Berichtszeitraum im Hinblick auf eine Hauptverhandlung 819 Verfahren eingetragen. Auch in diesem Fall wurde eine niedrigere Anzahl als im Vorjahr (972) festgestellt; hinzu kommen jedoch die Verfahren, mit denen sich die im Hauptort des jeweiligen Landesgerichtssprengels tätigen Friedensrichter befassen, welche die Aufgaben eines Richters für die Vorerhebungen ausüben.

Im Verwaltungsbereich leisten die Friedensgerichte einen maßgeblichen Beitrag zur Abwicklung der Dienste betreffend die Beeidigungen und die Entgegennahme von Notariatsakten im Sprengel Trient.

Im Berichtszeitraum wurden 11.122 Gutachten/Übersetzungen beeidigt und 88 Notariatsakte verfasst. Bezug nehmend auf den Art. 20-ter des DPR vom 26. Juli 1976, Nr. 752 „Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut der Region Trentino-Südtirol auf dem Sachgebiet des Proporz in den staatlichen Ämtern in der Provinz Bozen und der Kenntnis der beiden Sprachen im öffentlichen Dienst“ - geändert durch das GvD vom 29. April 2015, Nr. 75 - haben die Friedensgerichte der Provinz Bozen im Laufe des Berichtszeitraums 4.180 Erklärungen über die Zugehörigkeit bzw. die Angliederung zu einer der drei Sprachgruppen, 6 diesbezügliche Änderungsanträge und 1.139 Anträge auf Ausstellung einer Bescheinigung entgegengenommen.

Die im Jahr 2004 eingerichtete regionale Stelle für Wiedergutmachungsjustiz hat die Schlichtungstätigkeit der Friedensgerichte in der Region weiterhin erfolgreich unterstützt. Dank der im Laufe der Jahre mit dem Justizministerium abgeschlossenen Einvernehmensprotokolle hat die Stelle für Wiedergutmachungsjustiz ihre Tätigkeit zuerst auf den Jugendbereich und dann auf den Strafvollzug und auf die Betreuung auf Probe für Erwachsene ausdehnen können.

Auch die Zusammenarbeit mit der Universität wurde fortgesetzt, die eine Reihe von Initiativen über das Thema der Wiedergutmachungsjustiz im Rahmen von Universitätskursen sowie die Teilnahme von Oberschülerinnen und Oberschülern an Sensibilisierungs- und Ausbildungsprojekten betraf. Ferner wurden aufgrund des Protokolls von 2011 betreffend die Zusammenarbeit mit der Quästur Trient Projekte im Rahmen der Sozialmediation angeboten.

Im vergangenen Jahr wurde in dem mit der Generalstaatsanwaltschaft Trient und den Staatsanwaltschaften im Sprengel unterzeichneten Einvernehmensprotokoll für die Bürgerinnen und Bürger, die einen in den Zuständigkeitsbereich des Friedensgerichts fallenden Strafantrag einreichen wollen oder eingereicht haben, die Möglichkeit vorgesehen, die Dienste der Stelle für Wiedergutmachungsjustiz in Anspruch zu nehmen.

Wie ich bereits im Bericht zur Eröffnung des Gerichtsjahrs 2019 unterstrichen habe, geht aus den beiliegenden Statistiken des Justizministeriums eine deutlich ungleiche Verteilung der Arbeit unter den einzelnen Friedensgerichten hervor. Nachdem ich die Gesamtsituation der drei Sprengel bereits erörtert habe, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass im Berichtszeitraum im Friedensgericht Schlanders lediglich 82, beim Friedensgericht Sterzing 103 und beim Friedensgericht Mezzolombardo 101 neue Zivilverfahren eingetragen wurden, wobei hingegen ganz andere Zahlen beim Friedensgericht Bozen (2.006), beim Friedensgericht Trient (1.733) und beim Friedensgericht Rovereto (479) verzeichnet werden.

### **3.6 Umstellung der Gerichtsämter auf EDV**

In sämtlichen Gerichtsämtern ist - mit der Unterstützung der verschiedenen EDV-Referenten des Justizministeriums (MAGRIF und RID) - die Umstellung der Dienste auf EDV im Gang, die nun in den Staatsanwaltschaften zudem durch die Initiativen der Generalstaatsanwaltschaft für die vollständige Entmaterialisierung der Akte auch im Verwaltungs- und Buchhaltungsbereich gefördert wird. Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass die Ämter zweiter Instanz mit *WLAN*-Dienst ausgestattet wurden, der im gemeinsamen Nutzungsbereich, in den Sekretariaten und Kanzleien sowie in den den Stellvertretern und Räten zugewiesenen Räumlichkeiten zur Verfügung steht; bemerkenswerte Schritte wurden vor Kurzem auch im Informationsbereich auf regionaler und nationaler Ebene unternommen, da dank des Generalstaatsanwaltes auch die Staatsanwälte tagtäglich zu einem *Online*-Dienst Zugang haben.

Erst im November 2019 wurde auch in den Staatsanwaltschaften die „*EDV-Konsole*“ aktiviert und sogleich mit der entsprechenden Schulung begonnen, sodass nun die für den Zivilbereich zuständigen Staatsanwälte mit der Anwendung dieser neuen Modalität für die

Anbringung der Sichtvermerke und die Verfassung der Schlussbemerkungen beginnen können.

Das Anwendungssystem SICP, für das anfänglich ein höherer Schulungsbedarf wegen der häufigen Aktualisierungen bestand, wird derzeit regelmäßig verwendet. Gelegentlich auftretende Schwierigkeiten sind als völlig normal zu betrachten. Das TIAP, das in den Ämtern erster Instanz in Trient bereits im Oktober 2018, in Bozen im zweiten Halbjahr 2019 und in Rovereto im Jänner 2020 eingeführt wurde, wird nunmehr regelmäßig für die Übermittlung sämtlicher Nachrichten über strafbare Handlungen verwendet; bei den Ämtern zweiter Instanz sind noch keine besondere Auswirkungen zu verzeichnen, da die Inbetriebnahme des Systems bei den Ämtern erster Instanz noch nicht abgeschlossen ist.

Im Zivilbereich (erste und zweite Instanz) wird die „*EDV-Konsole für Richter*“ nunmehr regelmäßig verwendet, was für die Tätigkeit der Kanzleien unbestreitbar von Vorteil ist. Gelegentliche Meldungen von Fehlfunktionen kommen im ganzen Staatsgebiet vor. Außerdem sind die Richter zunehmend zufrieden, auch was die Vorbereitung und die Untersuchung der in den Zuständigkeitsbereich des Kollegialgerichts fallenden Verfahren anbelangt, da alle Mitglieder stetig auf die Verteidigungsschriften und deren Anlagen zugreifen können.

Den jeweils zuständigen Ministerialdirektionen (Generaldirektion für digitale Informationssysteme und Generaldirektion für Personal und Weiterbildung) wurde mit Schreiben vom 7. Jänner 2020 die Ergänzung des bei den Friedensgerichten unseres Sprengels verwendeten EDV-Registers (SIGP) durch das elektronische Formular mitgeteilt, mit dem die Kanzleien den Parteien und den Hilfskräften der Richter Zustellungen und Mitteilungen per zertifizierter Post (PEC) übermitteln können. Die Ergänzung erfolgte nachdem die Migration der *Server* vom EDV-Zentrum der Autonomen Region Trentino-Südtirol zum Nationalen Server in Mailand beendet war. Bis zur effektiven Inbetriebnahme des Dienstes, die von dem Erlass eines entsprechenden Ministerialdekretes abhängt, wurde bereits die Schulung des Kanzleipersonals in die Wege geleitet und eine Erprobungszeit vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurden sowohl das C.I.S.I.A. als auch die Regionalverwaltung einbezogen, in deren Zuständigkeitsbereich die Friedensgerichte aufgrund des GvD vom 16.03.1992, Nr. 267 fallen.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass dem 2001 beim Oberlandesgericht eingerichteten Informatikzentrum des Sprengels (C.I.D.) im April 2019 der einzige im Sprengel

Dienst leistende EDV-Assistent zugewiesen wurde. Ferner wurde besagtes Zentrum mit Beschluss vom 6.11.2019 in Durchführung der Bestimmungen laut dem Rundschreiben „*Circolare in materia di magistrati referenti distrettuali e magistrati di riferimento per l'innovazione (RID e MAGRIF)*“ in „*Ufficio per l'Innovazione del Distretto di Trento - Struttura permanente di riferimento del C.S.M. per l'Innovazione (U.D.I.)*“ umbenannt.

Das Vorhandensein eines einzigen EDV-Assistenten zur Unterstützung der verschiedenen Ämter des gesamten Sprengels erscheint als absolut unzureichend. Es wird auch immer wichtiger, über einen Beamten für Statistik verfügen zu können, da die Zentralorgane des Justizministeriums und des Obersten Gerichtsrates von den Leitern der Gerichtsämter in diesen Bereichen ein immer höheres Niveau an Fachkenntnissen und Engagement verlangen, auch was die Auslegung und Verarbeitung der Daten zwecks organisatorischer Maßnahmen, Verfassung von Berichten und Verwaltungsprojekten anbelangt.

### **3.7 Wichtigste Ausgaben**

Abschließend seien die im Berichtszeitraum verzeichneten bedeutendsten Ausgabenposten betreffend die Verwaltung der Gerichtsdienste in unserer Region erwähnt.

Die Regionalverwaltung hat vor Kurzem eine Übersicht der in den Jahren 2018 und 2019 bestrittenen Ausgaben übermittelt: Die Ausgaben für das Personal sind von 17 Mio. Euro auf 17,5 Mio. Euro und die für die ordentliche Instandhaltung der als Sitz der Gerichtssämer dienenden Liegenschaften von 296.000 Euro auf 396.000 Euro angestiegen; für ein jedes der Jahre wurden 750.000 Euro für die Bereitstellung von Infrastrukturen und die Sicherheit betreffende Dienste, 332.000 Euro bzw. 228.000 Euro für die Lieferung von Gütern und Diensten für den Informatikbereich sowie ferner 1.870.000 Euro pro Jahr für die Miete von Liegenschaften und die Gebühren insgesamt ausgegeben.

Neben diesen Kosten in Zusammenhang mit der Delegierung laut GvD vom 7. Februar 2017, Nr. 16 bestehen weiterhin zu Lasten des Staates die Gerichtskosten und Schulden betreffend die von unserem Oberlandesgericht im Sinne des Gesetzes Nr. 89/2001 erlassenen Verurteilungsdekrete.

Im Laufe des Jahres 2019 wurden Zahlungen in Bezug auf vom Oberlandesgericht erlassene 245 Verurteilungsdekrete und 4 vom regionalen Verwaltungsgericht Trient erlassene Urteile getätigt, weshalb das Rechnungsamt 573 Zahlungsaufträge und 24 Überwei-

sungsgutscheine für einen Gesamtbetrag von 2.999.934,41 Euro im Ausgabenkap. 1264 ausgestellt hat, sodass sich die Restschuld auf 8.188.759,34 Euro beläuft.

Die vom Oberlandesgericht ausgezahlten Gerichtskosten beliefen sich im Zeitraum 1.07.2017-30.06.2018 auf insgesamt 4.298.637,72 Euro und sind im Berichtszeitraum auf insgesamt 4.413.663,40 Euro angestiegen, wodurch der bereits 2017 (3.990.189,30 Euro) hervorgehobene stetige Anstieg bestätigt wird.

Nicht zu übersehen ist, dass den Verteidigern im Berichtszeitraum 3.918.905,68 Euro (im Vorjahr 3.840.792,70 Euro) ausgezahlt wurden, insbesondere 3.185.402,58 Euro (im Vorjahr 3.071.262,21 Euro) für die Gewährung der Verfahrenshilfe auf Kosten des Staates. Obwohl die Zunahme geringer ist als jene, die 2018 im Vergleich zu den Kosten im Jahr 2017 (2.763.756,70 Euro) verzeichnet wurde, bestätigt sich dadurch die Annahme, dass diese Ausgabe im gesamten Staatsgebiet zunehmen werden.

**INAUGURAZIONE**  
**ANNO**  
**GIUDIZIARIO**  
**2020**

**STATISTICHE**

*Fonte: Ministero della Giustizia – Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi – Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa*



## LEGENDA - PROCEDIMENTI CIVILI

<i>Tav. 1</i>	Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Distretto di Trento nell'A.G. 2017/2018
<i>Tav. 2</i>	Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Giudice di pace nell'A.G. 2017/2018. Principali materie.
<i>Tav. 3</i>	Tribunale per i minorenni di Trento e Bolzano: procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 4</i>	Movimento dei procedimenti civili dei giudici di pace del circondario di Rovereto - Dettaglio semestrale
<i>Tav. 5</i>	Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 6</i>	Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 7</i>	Procedimenti civili pendenti al 30/06/2019 per anno di iscrizione e ruolo - CA
<i>Tav. 8</i>	Procedimenti civili pendenti al 30/06/2019 per anno di iscrizione e ruolo - Tribunali
<i>Tav. 9</i>	Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 10</i>	Dettaglio dei Procedimenti Civili per Equa Riparazione (compresa in Volontaria Giurisdizione) - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 11</i>	Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 12</i>	Dettaglio dei Procedimenti Civili per Separazioni e Divorzi (compresi in Affari civili Contenziosi) - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 13</i>	Dettaglio oggetti esclusi dal Movimento dei Procedimenti - Anno Giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 14</i>	Movimento dei procedimenti civili del registro SIECIC presso i Tribunali ordinari - Anno giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 15</i>	Stratigrafia delle pendenze Settore Civile - Area SIECIC pendenti al 30/06/2019



**Tav. 1 - Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Distretto di Trento nell'A.G. 2018/2019.**

### Corte d'Appello

Ufficio	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti
Corte d'Appello di Trento	586	585	517
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	380	441	536
<b>Totale Corte di Appello</b>	<b>966</b>	<b>1.026</b>	<b>1.053</b>

### Tribunale dei Minorenni

Ufficio	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti
Tribunale dei minorenni di Trento	608	412	1.390
Tribunale dei Minorenni di Bolzano	551	538	664
<b>Totale Tribunale dei Minorenni</b>	<b>1.159</b>	<b>950</b>	<b>2.054</b>

### Tribunale Ordinario \*

Ufficio	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti
Tribunale di Bolzano	11.460	11.689	4.718
Tribunale di Rovereto	3.684	3.733	1.530
Tribunale di Trento	11.631	11.524	6.665
<b>Totale Tribunale Ordinario</b>	<b>26.775</b>	<b>26.946</b>	<b>12.913</b>

### Giudice di Pace

Ufficio del Giudice di Pace	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti
<b>Circondario di Bolzano</b>			
Bolzano	2.006	2.314	513
Bressanone	268	275	156
Brunico	373	352	141
Egna	760	762	88
Merano	588	577	204
Silandro	82	106	48
Vipiteno	103	114	77
<b>Totale Giudici di Pace Circondario Bolzano</b>	<b>4.180</b>	<b>4.500</b>	<b>1.227</b>
<b>Circondario di Rovereto</b>			
Riva del Garda	248	248	51
Rovereto	479	479	93
<b>Totale Giudici di Pace Circondario Rovereto</b>	<b>727</b>	<b>727</b>	<b>144</b>
<b>Circondario di Trento</b>			
Borgo Valsugana	142	136	41
Cavalese	128	125	41
Cles	133	140	41
Mezzolombardo	101	93	47
Pergine Valsugana	137	131	21
Tione di Trento	144	135	70
Trento	1.733	1.692	678
<b>Totale Giudici di Pace Circondario Trento</b>	<b>2.518</b>	<b>2.452</b>	<b>939</b>
<b>Totale Giudici di Pace Distretto di Trento</b>	<b>7.425</b>	<b>7.679</b>	<b>2.310</b>
<b>Totale Uffici del Distretto</b>	<b>36.325</b>	<b>36.601</b>	<b>18.330</b>

Dati da rilevazione aggiornata al 17/10/2019

Fonte: Ministero della Giustizia - Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa

\* Sono esclusi i dati del Giudice tutelare e dei procedimenti di ATP

Tav. 2 - Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Giudice di pace nell'A.G. 2018/2019. Principali materie.

Distretto di Trento

Giudice di pace	Circondario	Ufficio	Materie				Opposizioni				Cause relative ai beni mobili				Risarcimento danni circolazione			
			Cognizione Ordinaria (1)		Opposizioni e alle sanzioni		Causa relative ai beni mobili		Risarcimento danni circolazione		Cognizione Ordinaria (1)		Opposizioni e alle sanzioni		Causa relative ai beni mobili		Risarcimento danni circolazione	
			Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	Sopravvenuti
	BOLZANO/BOZEN	BOLZANO/BOZEN	337	627	389	124	147	74	242	513	240	52	59	93				
		BRESSANONE/BRIXEN	44	50	78	55	51	75	33	40	42	11	9	31				
		BRUNICO/BRUNECK	63	54	93	36	24	47	44	28	40	9	16	31				
		EGNA/NEUMARKT	36	37	30	30	34	23	18	22	4	11	9	14				
		MERANO/MERAN	156	140	132	60	53	58	117	118	58	24	15	52				
		SILANDRO/SCHLANDERS	36	58	38	8	7	7	20	43	11	15	13	23				
		VIPITENO/STERZING	21	20	40	37	51	35	7	11	14	8	8	14				
	<b>BOLZANO/BOZEN Totale</b>		<b>693</b>	<b>986</b>	<b>800</b>	<b>350</b>	<b>367</b>	<b>319</b>	<b>481</b>	<b>775</b>	<b>409</b>	<b>130</b>	<b>129</b>	<b>258</b>				
	ROVERETO	RIVA DEL GARDA	38	34	27	46	45	23	20	18	12	6	7	7				
		ROVERETO	91	83	63	66	66	25	61	54	36	13	10	11				
	<b>ROVERETO Totale</b>		<b>129</b>	<b>117</b>	<b>90</b>	<b>112</b>	<b>111</b>	<b>48</b>	<b>81</b>	<b>72</b>	<b>48</b>	<b>19</b>	<b>17</b>	<b>18</b>				
	TRENTO	BORGO VALSUGANA	28	26	20	33	33	16	13	15	5	8	4	10				
		CAVALESE	25	23	25	18	23	9	18	18	12	3	2	6				
		CLES	21	25	14	24	26	25	16	15	8	3	6	2				
		MEZZOLOMBARDO	26	24	26	20	12	17	19	17	13	4	7	9				
		PERGINE VALSUGANA	40	40	9	27	25	8	32	30	4	4	5	3				
		TIONE DI TRENTO	21	20	42	26	18	26	10	9	16	4	2	12				
		TRENTO	423	441	276	221	187	278	356	358	172	34	41	59				
	<b>TRENTO Totale</b>		<b>594</b>	<b>599</b>	<b>412</b>	<b>369</b>	<b>324</b>	<b>379</b>	<b>464</b>	<b>462</b>	<b>230</b>	<b>60</b>	<b>67</b>	<b>101</b>				
	<b>Giudice di pace Totale</b>		<b>1.406</b>	<b>1.702</b>	<b>1.302</b>	<b>831</b>	<b>802</b>	<b>746</b>	<b>1.026</b>	<b>1.309</b>	<b>687</b>	<b>209</b>	<b>213</b>	<b>377</b>				

Dati da rilevazione aggiornata a Dati da rilevazione aggiornata al 17/10/2019

Fonte: Ministero della Giustizia - Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa

(1) **Cognizione Ordinaria** è una aggregazione delle materie che comprende le seguenti voci: Cause beni mobili fino a 5000 euro, Risarcimento danni alla circolazione, Apposizione di termini, Distanze e Relative Piantagioni, Misura e modalità d'uso dei servizi condominiali, Immissioni in abitazioni, Opposizione ai decreti ingiuntivi

**Tav. 3 - Tribunale per i minorenni di Bolzano/Bozen: procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo nell'A.G. 2018/2019.**

<b>Materia</b>	<b>2016/2017</b>		
	<b>Iscritti</b>	<b>Definiti</b>	<b>Finali</b>
Adozione nazionale	158	150	504
Adozione internazionale	16	16	11
Volontaria giurisdizione	337	331	137
<b>Totale</b>	<b>511</b>	<b>497</b>	<b>652</b>

**Tribunale per i minorenni di Trento procedimenti civili**

<b>Materia</b>	<b>2016/2017</b>		
	<b>Iscritti</b>	<b>Definiti</b>	<b>Finali</b>
Adozione nazionale	255	32	1.001
Adozione internazionale	57	55	42
Volontaria giurisdizione	222	263	266
<b>Totale</b>	<b>534</b>	<b>350</b>	<b>1.309</b>

*Dati da rilevazione aggiornata al 17/10/2019*

Fonte: Ministero della Giustizia - Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa

**Tav. 4 - Movimento dei procedimenti civili dei giudici di pace del circondario di Rovereto - Dettaglio semestrale**

Sede Giudice di Pace	Sopravvenuti			Esauriti			Pendenti Finali
	2 Semestre 2018	1 Semestre 2019	AG 2018/2019	2 Semestre 2018	1 Semestre 2019	AG 2018/2019	al 30 Giugno 2019
RIVA DEL GARDA	106	142	248	99	149	248	51
ROVERETO	242	237	479	248	231	479	93
<b>Totale complessivo</b>	<b>348</b>	<b>379</b>	<b>727</b>	<b>347</b>	<b>380</b>	<b>727</b>	<b>144</b>

*Dati da rilevazione aggiornata al 17/10/2019*

Fonte: Ministero della Giustizia - Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa

## Distretto di Trento

Denominazione Ufficio	Ruolo+	SOPRAVVENUTI	DEFINITI	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	333	333	388
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	113	147	64
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	140	105	65
<b>Corte d'Appello di Trento</b>	<b>Somma:</b>	<b>586</b>	<b>585</b>	<b>517</b>

Denominazione Ufficio	Ruolo+	SOPRAVVENUTI	DEFINITI	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	249	197	433
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	36	148	65
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	95	96	38
<b>Corte d'Appello di Trento - Sezione Somma:</b>		<b>380</b>	<b>441</b>	<b>536</b>

**Somma:** **966** **1026** **1.053**

Ultimo aggiornamento del sistema di rilevazione avvenuto il 9 settembre 2019

Fonte: Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa

**Tav. 6 - Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019**

Nota: sono esclusi i dati del Giudice tutelare, dell'ATP in materia di previdenza e le verbalizzazioni di dichiarazione giurata

### **Distretto di Trento**

<b>Circondario</b>	<b>Ruolo</b>	<b>SOPRAVENUT DEFINITI</b>	<b>Pendenti Fine</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	2596	2644
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	778	816
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	2781	2736
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	3604	3688
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano</b>	<b>Somma:</b>	<b>9759</b>	<b>9884</b>
<b>Circondario</b>	<b>Ruolo</b>	<b>SOPRAVENUT DEFINITI</b>	<b>Pendenti Fine</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	697	722
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	243	249
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	626	618
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	1555	1475
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto</b>	<b>Somma:</b>	<b>3121</b>	<b>3064</b>
<b>Circondario</b>	<b>Ruolo</b>	<b>SOPRAVENUT DEFINITI</b>	<b>Pendenti Fine</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	3017	2725
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	672	712
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	1781	1764
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	4753	4757
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Trento</b>	<b>Somma:</b>	<b>10223</b>	<b>9958</b>
<b>Somma:</b>		<b>23103</b>	<b>22906</b>
			<b>9.901</b>

Ultimo aggiornamento del sistema di rilevazione avvenuto il 9 settembre 2019

Fonte: Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa

**Tav. 7 - Procedimenti civili pendenti al 30/06/2019 per anno di iscrizione e ruolo**

**Distretto di Trento**

		AFFARI CIVILI CONTENZIOSI+	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.+	VOLONTARIA GIURISDIZIONE+	Somma:
Corte d'Appello di Trento	2013	1	0	0	1
	2014	1	0	0	1
	2016	7	1	1	9
	2017	39	7	0	46
	2018	175	19	20	214
	2019	165	37	44	246
	<b>Somma:</b>	<b>388</b>	<b>64</b>	<b>65</b>	<b>517</b>
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2010	1	0	0	1
	2013	1	0	0	1
	2015	4	0	0	4
	2016	18	0	1	19
	2017	79	19	1	99
	2018	208	33	6	247
	<b>Somma:</b>	<b>433</b>	<b>65</b>	<b>38</b>	<b>536</b>
<b>TOTALE DISTRETTO</b>	<b>Somma:</b>	<b>821</b>	<b>129</b>	<b>103</b>	<b>1.053</b>

Ultimo aggiornamento del sistema di rilevazione avvenuto il 9 settembre 2019

Fonte: Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa

Tav. 8 - Procedimenti civili pendenti al 30/06/2019 per anno di iscrizione e ruolo

**Distretto di Trento**

		AFFARI CIVILI CONTENZIOSI+	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.+	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	VOLONTARIA GIURISDIZIONE+	Somma:
Tribunale di Bolzano	1999	1	0	0	0	1
	2000	0	0	0	1	1
	2006	1	0	0	0	1
	2007	0	0	0	2	2
	2009	1	0	0	0	1
	2010	2	0	0	0	2
	2011	5	0	0	2	7
	2012	8	0	0	2	10
	2013	11	0	0	4	15
	2014	28	0	0	9	37
	2015	108	0	0	7	115
	2016	269	1	3	26	299
	2017	507	28	10	33	578
	2018	885	112	72	97	1.166
2019	963	152	221	300	1.636	
<b>Tribunale di Bolzano</b>	<b>Somma:</b>	<b>2.789</b>	<b>293</b>	<b>306</b>	<b>483</b>	<b>3.871</b>
Tribunale di Rovereto	2002	0	0	0	1	1
	2006	0	0	0	2	2
	2007	0	0	0	2	2
	2008	0	0	0	3	3
	2009	0	0	0	11	11
	2010	0	0	0	11	11
	2011	0	0	0	13	13
	2012	1	0	0	15	16
	2013	0	0	0	9	9
	2014	4	1	0	7	12
	2015	8	0	2	42	52
	2016	35	1	1	35	72
	2017	69	4	0	39	112
	2018	180	7	17	78	282
2019	261	38	60	117	476	
<b>Tribunale di Rovereto</b>	<b>Somma:</b>	<b>558</b>	<b>51</b>	<b>80</b>	<b>385</b>	<b>1.074</b>
Tribunale di Trento	1999	0	0	0	1	1
	2002	1	0	0	0	1
	2003	2	0	0	0	2
	2004	2	0	0	0	2
	2005	0	0	0	2	2
	2006	1	0	0	2	3
	2007	1	0	0	1	2
	2008	2	0	0	0	2
	2009	2	0	0	4	6
	2010	3	0	0	1	4
	2011	3	2	1	4	10
	2012	10	4	1	7	22
	2013	8	1	0	8	17
	2014	66	1	0	16	83
	2015	59	10	2	18	89
	2016	356	6	0	29	391
	2017	795	11	10	26	842
2018	1.173	76	64	87	1.400	
2019	1.372	126	198	381	2.077	
<b>Tribunale di Trento</b>	<b>Somma:</b>	<b>3.856</b>	<b>237</b>	<b>276</b>	<b>587</b>	<b>4.956</b>
<b>TOTALE DISTRETTO</b>	<b>Somma:</b>	<b>7.203</b>	<b>581</b>	<b>662</b>	<b>1.455</b>	<b>9.901</b>

Ultimo aggiornamento del sistema di rilevazione avvenuto il 9 settembre 2019

Fonte: Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa

Tav. 9 - Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019

Ufficio	Ruolo+	Materia	Sopravvenuti DEFINITI	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Agraria	1	1
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	5	7
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali di competenza di CdA primo grado	7	6
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	6	4
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	3	7
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	7	7
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	9	9
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	72	70
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	8	13
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	32	22
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	1	1
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	6	6
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	19	25
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	5	5
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	8	4
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	1	2
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	3	2
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	7	9
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	24	21
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	13	12
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti cautelari davanti alla Corte di Appello	7	8
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti possessori	1	1
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilita' extracontrattuale	43	45
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalita'	36	40
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	10	11
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	22	8
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	23	37
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	6	7
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	18	22
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	23	19
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	17	48
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia,validita' o interpret.	2	3
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	2	3
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	26	21
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali di competenza CdA in primo grado	14	14
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	1	1
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	3	3
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Cause in materia minorile	36	22
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	4	3
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	46	35
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Giudice tutelare	8	4
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	2	2
			<b>586</b>	<b>585</b>
				<b>517</b>

Ufficio	Ruolo+	Materia	Sopravvenuti DEFINITI	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Agraria		1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	1	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali di competenza di CdA primo grado	10	4
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	5	11
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	4	8
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	3	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	8	4
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	70	60
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	20	8
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	21	19
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	2	3
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	12	8
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	24	14
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	1	6
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	6	3
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)		2
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	1	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003		3
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	1	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	10	9
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	6	3
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)		1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilita' extracontrattuale	29	23
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalita'	2	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	13	7
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Assistenza obbligatoria	3	2
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	11	10
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	1	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	11	126
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	1	2
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	8	6
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia,validita o interpret.	1	2
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	4	5
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali di competenza CdA in primo grado	30	28
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	3	3
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Cause in materia minorile	16	8
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	8	6
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	28	41
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Giudice tutelare	6	4
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni		1
			<b>380</b>	<b>441</b>
			<b>966</b>	<b>1.053</b>

**Tav. 10 - Dettaglio dei Procedimenti Civili per Equa Riparazione (compresa in Volontaria Giurisdizione) - Anno Giudiziario 2018/2019**

Ufficio	Oggetto	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	Equa riparazione per violazione del termine ragionevole del processo (L.89/2001) - nuovo rito	12	10	3
Corte d'Appello di Trento	Equa riparazione per violazione del termine ragionevole del processo (L.89/2001) - vecchio rito		1	0
Corte d'Appello di Trento	Opposizione ex. Art. 5 ter L89/2001	2	2	1
<b>Somma:</b>		<b>14</b>	<b>13</b>	<b>4</b>

Tav. 11 - Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2018/2019

Nota: sono esclusi i dati del Giudice tutelare, dell'ATP in materia di previdenza e le verbalizzazioni di dichiarazione giurata

Circondario	Ruolo++	Materia	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	51	45	15
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	39	35	53
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	42	49	48
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	12	12	17
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Cause in materia minorile	1	9	6
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	40	32	67
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	368	420	592
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	77	77	122
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	211	159	267
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	4	4	5
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	80	74	87
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	80	71	165
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	7	26	32
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	50	52	103
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)			1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	10	6	17
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	19	18	35
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	29	39	39
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	1162	1168	426
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	84	89	70
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	1	3	2
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilita' extracontrattuale	186	213	521
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalita'	10	8	11
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	33	35	88
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	16	11	9
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	129	177	80
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	7	8	2
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	142	125	100
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti cautelari ante causam	16	15	3
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	393	386	19
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	59	78	67
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia,validita' o intere	5	9	4
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	11	7	9
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Famiglia - Provvedimenti materia mantenimento (Famiglia)	14	16	5
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Azioni a tutela della prop. e az. res	82	80	26
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Inibitoria)	2	2	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Istr. Preventiva)	136	132	121
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	39	40	10
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	13	13	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti possessori	43	51	19
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimento di ing. ante causam	2091	2047	76
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimento per convalida di sfratto	361	355	47
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	195	228	98
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerati	2	4	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	278	303	15
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.l.vo n. 5/2003(Materie non Soggette)	30	30	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.l.vo n. 5/2003(Materie Soggette)	12	17	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	3	5	4
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	389	389	150
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	2695	2712	214
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano</b>		<b>Somma:</b>	<b>9759</b>	<b>9884</b>	<b>3.871</b>

Circondario	Ruolo++	Materia	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine	
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Agraria	2	2	0	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	10	5	6	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	7	8	5	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	13	12	12	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	5	9	5	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	5	10	9	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	99	119	119	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	13	11	13	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	28	33	29	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)			1	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	8	8	4	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	20	28	21	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	5	8	5	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	34	26	34	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)	1	1	0	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003		2	0	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	1	1	2	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	370	373	168	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	24	19	17	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)			1	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilita extracontrattuale	34	35	74	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalita			1	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	18	12	32	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	8	8	5	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	48	58	22	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	1	1	0	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	18	20	6	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti cautelari ante causam	4	4	0	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	150	145	10	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	8	6	5	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia,validita o interp	5	5	3	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	1	2	0	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Azioni a tutela della prop. e az. res	10	11	1	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Istr. Preventiva)	40	27	28	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	8	7	0	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	19	17	3	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti possessori	12	12	4	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimento di ing. ante causam	453	446	36	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimento per convalida di sfratto	84	98	8	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	138	102	90	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerati	3	3	0	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	129	122	13	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	97	91	56	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	1188	1157	226	
	<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto</b>	<b>Somma:</b>		<b>3121</b>	<b>3064</b>	<b>1.074</b>

Circondario	Ruolo++	Materia	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine	
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Agraria	4	3	2	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	19	23	10	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali di competenza della CdA Roma - Usi civici		1	0	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	74	76	96	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	39	53	44	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	10	19	23	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Cause in materia minorile	6	9	5	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	10	34	33	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	306	369	500	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	38	55	55	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	111	144	152	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	3	3	3	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	26	34	25	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	65	65	149	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	7	19	22	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	138	133	240	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)	2	4	3	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	3	1	8	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	29	7	46	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Dir. societario - proc. post d.l.vo n. 5/2003 cui non si applica il nuovo rito		1	0	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	40	34	48	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	984	956	460	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	68	68	47	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	1	2	6	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti cautelari	3	2	1	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilita extracontrattuale	113	127	262	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalita	877	443	1.513	
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	41	40	103	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	14	14	9	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	116	125	85	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	9	12	10	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	80	83	61	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti cautelari ante causam	18	16	3	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	397	405	21	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	29	45	36	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia,validita o interp	3	5	4	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	6	7	8	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Famiglia - Provvedimenti materia mantenimento (Famiglia)	2	1	1	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Azioni a tutela della prop. e az. res	53	54	12	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Istr. Preventiva)	113	82	121	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	28	34	3	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari davanti alla Corte di Appello	29	27	1	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	7	7	0	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimenti possessori	39	41	23	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimento di ing. ante causam	1260	1278	65	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMAR	Procedimento per convalida di sfratto	250	240	50	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	335	335	94	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	2	1	4	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	390	371	26	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Cause in materia minorile	152	147	59	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario - ante riforma d.l.vo n. 5/2003	19	18	2	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.l.vo n. 5/2003(Materie Soggette)	10	11	2	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	114	107	43	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	3731	3767	357	
	<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Trento</b>	<b>Somma:</b>		<b>10223</b>	<b>9958</b>	<b>4.956</b>
		<b>Somma:</b>		<b>23103</b>	<b>22906</b>	<b>9.901</b>

Tav. 12 - Dettaglio dei Procedimenti Civili per Separazioni e Divorzi (compresi in Affari civili Contenziosi) - Anno Giudiziario 2018/2019

Circondario	Oggetto++	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	Divorzio congiunto - Cessazione effetti civili+	277	301	36
	Divorzio contenzioso - Cessazione effetti civili+	217	244	124
	Separazione consensuale	381	355	68
	Separazione giudiziale	244	238	151
<b>Somma:</b>		<b>1119</b>	<b>1138</b>	<b>379</b>
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano</b>				
Circondario	Oggetto++	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	Divorzio congiunto - Cessazione effetti civili+	76	88	19
	Divorzio contenzioso - Cessazione effetti civili+	44	44	44
	Separazione consensuale	139	134	44
	Separazione giudiziale	105	100	56
<b>Somma:</b>		<b>364</b>	<b>366</b>	<b>163</b>
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto</b>				
Circondario	Oggetto++	Sopravvenuti	DEFINITI	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	Divorzio congiunto - Cessazione effetti civili+	215	209	69
	Divorzio contenzioso - Cessazione effetti civili+	231	246	134
	Separazione consensuale	319	275	106
	Separazione giudiziale	207	216	137
<b>Somma:</b>		<b>972</b>	<b>946</b>	<b>446</b>
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Trento</b>				
<b>Somma:</b>		<b>2455</b>	<b>2450</b>	<b>988</b>

**Tav. 13 - Dettaglio oggetti esclusi dal Movimento dei Procedimenti - Anno Giudiziario 2018/2019**

<b>Circondario</b>	<b>Oggetto</b>	<b>Sopravvenuti</b>	<b>Numero Fasc</b>	<b>Pendenti</b>	<b>Fine</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	Accertamento Tecnico Preventivo ex art. 445 bis c.p.c.	1	0	0	0
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	Ricevimento e verbalizzazione di dichiarazione giurata	50	1	1	1
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	Ricevimento e verbalizzazione di dichiarazione giurata	23	2	2	2
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	Accertamento Tecnico Preventivo ex art. 445 bis c.p.c.	3	3	3	3
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	Ricevimento e verbalizzazione di dichiarazione giurata		17	17	17
<b>Circondario</b>	<b>Materia</b>	<b>Sopravvenuti</b>	<b>DEFINITI</b>	<b>Pendenti</b>	<b>Fine</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	Giudice tutelare	1295	1198	4.723	
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	Giudice tutelare	595	443	1.457	
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	Giudice tutelare	1001	742	3.467	

## Tav. 14 - Movimento dei procedimenti civili del registro SIECIC presso i Tribunali ordinari - Anno giudiziario 2018/2019

Data osservazione: 09/09/2019

### Distretto di Trento

Circondario	Rito TABELLONE	Sopravvenuti	di cui Iscritti	Definiti	di cui con sentenza	Pendenti
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	ESECUZIONI MOBILIARI	1.342	1.331	1.325	0	301
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	212	174	311	0	227
	ISTANZE DI FALLIMENTO	84	84	94	59	5
	FALLIMENTARE	51	51	62	0	280
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI	12	12	13	0	34
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano Totale</b>		<b>1.701</b>	<b>1.652</b>	<b>1.805</b>	<b>59</b>	<b>847</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	ESECUZIONI MOBILIARI	437	433	433	0	67
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	67	55	142	0	240
	ISTANZE DI FALLIMENTO	40	40	43	17	5
	FALLIMENTARE	16	16	44	0	139
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI	3	3	7	0	5
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto Totale</b>		<b>563</b>	<b>547</b>	<b>669</b>	<b>17</b>	<b>456</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	ESECUZIONI MOBILIARI	1.007	979	983	0	263
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	232	207	401	0	941
	ISTANZE DI FALLIMENTO	103	103	91	50	36
	FALLIMENTARE	49	49	68	0	452
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI	17	17	23	0	17
<b>Circondario di Tribunale Ordinario di Trento Totale</b>		<b>1.408</b>	<b>1.355</b>	<b>1.566</b>	<b>50</b>	<b>1.709</b>
<b>Totale complessivo</b>		<b>3.672</b>	<b>3.554</b>	<b>4.040</b>	<b>126</b>	<b>3.012</b>

I dati sono estratti dal sistema DWGC SIECIC, aggiornati al 9 settembre 2019.

Fonte: Ministero della Giustizia - Dipartimento dell'Organizzazione Giudiziaria del Personale e dei Servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa

**Tav. 15 - Distretto di Trento**  
**Stratigrafia delle pendenze**  
 Settore CIVILE - Area SIECIC  
 Pendenti al 30 giugno 2019

Ufficio	Macro materia	Fino al 2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	30/06/2019	TOTALE
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	ESECUZIONI MOBILIARI							1	3	2	15	66	214	301
	ESECUZIONI IMMOBILIARI					1	2	3	10	23	48	82	58	227
	ISTANZE DI FALLIMENTO											1	4	5
	FALLIMENTARE	7	4	7	9	15	28	24	35	32	44	45	30	280
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI				2	3	1	5	3	4	6	2	8	34
	<b>Totale AREA SIECIC</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>7</b>	<b>11</b>	<b>19</b>	<b>31</b>	<b>33</b>	<b>51</b>	<b>61</b>	<b>61</b>	<b>113</b>	<b>196</b>	<b>314</b>
<b>Incidenza percentuale delle classi</b>		<b>0,8%</b>	<b>0,5%</b>	<b>0,8%</b>	<b>1,3%</b>	<b>2,2%</b>	<b>3,7%</b>	<b>3,9%</b>	<b>6,0%</b>	<b>7,2%</b>	<b>13,3%</b>	<b>23,1%</b>	<b>37,1%</b>	<b>100,0%</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	ESECUZIONI MOBILIARI								1		2	15	49	67
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	2		8	6	9	19	21	28	41	43	43	20	240
	ISTANZE DI FALLIMENTO	1											4	5
	FALLIMENTARE	4	4	4	3	6	13	18	21	26	19	15	6	139
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI							1				2	2	5
	<b>Totale AREA SIECIC</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>12</b>	<b>9</b>	<b>15</b>	<b>32</b>	<b>40</b>	<b>50</b>	<b>67</b>	<b>67</b>	<b>64</b>	<b>75</b>	<b>81</b>
<b>Incidenza percentuale delle classi</b>		<b>1,5%</b>	<b>0,9%</b>	<b>2,6%</b>	<b>2,0%</b>	<b>3,3%</b>	<b>7,0%</b>	<b>8,8%</b>	<b>11,0%</b>	<b>14,7%</b>	<b>14,0%</b>	<b>16,4%</b>	<b>17,8%</b>	<b>100,0%</b>
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	ESECUZIONI MOBILIARI				2	2		4	8	9	22	38	178	263
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	7	6	24	26	45	50	74	122	161	170	168	88	941
	ISTANZE DI FALLIMENTO											8	28	36
	FALLIMENTARE	8	3	16	12	19	25	55	72	88	75	52	27	452
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI				1	1	2	1		1	2	4	5	17
	<b>Totale AREA SIECIC</b>	<b>15</b>	<b>9</b>	<b>40</b>	<b>41</b>	<b>67</b>	<b>77</b>	<b>134</b>	<b>202</b>	<b>259</b>	<b>259</b>	<b>269</b>	<b>270</b>	<b>326</b>
<b>Incidenza percentuale delle classi</b>		<b>0,9%</b>	<b>0,5%</b>	<b>2,3%</b>	<b>2,4%</b>	<b>3,9%</b>	<b>4,5%</b>	<b>7,8%</b>	<b>11,8%</b>	<b>15,2%</b>	<b>15,7%</b>	<b>15,8%</b>	<b>19,1%</b>	<b>100,0%</b>

Ultimo aggiornamento del sistema di rilevazione avvenuto il 9 settembre 2019  
 Fonte: Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa

*STATISTICHE MEDIAZIONE CIVILE - Periodo 1 luglio 2018 - 30 giugno 2019*

<i>Tav. 1.1</i>	Tav. 1.1 - Procedimenti di Mediazione civile iscritti, definiti e pendenti, raggruppati per circondario e Organismo di Mediazione rispondente
<i>Tav. 1.2</i>	Tav. 1.2 - Procedimenti di Mediazione civile iscritti, raggruppati per natura della controversia
<i>Tav. 1.3</i>	Tav. 1.3 - Procedimenti di Mediazione civile, raggruppati per categoria della mediazione e circondario
<i>Tav. 1.4,1</i>	Tav. 1.4.1 - Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria
<i>Tav. 1.4.2</i>	av. 1.4.2 - Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria con ACCORDO RAGGIUNTO
<i>Tav. 1.5</i>	Tav. 1.5 - Procedimenti di Mediazione civile relativi alle materie non obbligatorie con parti assistite da avvocato



**Tav. 1.1 - Procedimenti di Mediazione civile iscritti, definiti e pendenti, raggruppati per circondario e Organismo di Mediazione rispondente**  
**Periodo: 1° Luglio 2018 - 30 Giugno 2019**

Nel Distretto di Trento al 30 giugno 2019, gli Organismi di Mediazione registrati con sede legale nel Distretto sono 8, di cui 5 completamente rispondenti nel periodo considerato. I dati riportati in tabella sono riconducibili agli Organismo che hanno la sede legale nel distretto considerato e sono comprensivi anche dei procedimenti lavorati presso le eventuali sedi legali (con sede nel distretto o in altri distretti) di ciascun Organismo.

Circondario (*)	Sede	Tipologia organismo	Pendenti Iniziali	Iscritti	Definiti			Totale Definiti	Pendenti Finali
					Mancata Comparizione Aderente	Aderente Comparso Accordo Raggiunto	Aderente Comparso Accordo Non Raggiunto		
BOLZANO/BOZEN	Bolzano	CAMERA DI COMMERCIO	132	421	124	104	191	419	134
		ORDINE AVVOCATI	55	283	80	42	138	260	78
<b>BOLZANO/BOZEN Totale</b>			<b>187</b>	<b>704</b>	<b>204</b>	<b>146</b>	<b>329</b>	<b>679</b>	<b>212</b>
ROVERETO	Rovereto	ORDINE AVVOCATI	29	108	41	15	46	102	35
<b>ROVERETO Totale</b>			<b>29</b>	<b>108</b>	<b>41</b>	<b>15</b>	<b>46</b>	<b>102</b>	<b>35</b>
TRENTO	Trento	ALTRI ORDINI PROFESSIONALI	1	4	5	0	0	5	0
		ORDINE AVVOCATI	153	449	162	80	175	417	185
<b>TRENTO Totale</b>			<b>154</b>	<b>453</b>	<b>167</b>	<b>80</b>	<b>175</b>	<b>422</b>	<b>185</b>
<b>Totale complessivo</b>			<b>370</b>	<b>1265</b>	<b>412</b>	<b>241</b>	<b>550</b>	<b>1203</b>	<b>432</b>

%procedimenti definiti secondo le modalità di definizione	<b>34%</b>	<b>20%</b>	<b>46%</b>
---	------------	------------	------------

**Percentuale esiti con aderente comparso**

% accordo raggiunto	241	30,5%
% accordo non raggiunto	550	69,5%
<b>Totale procedimenti definiti con entrambe le Parti presenti</b>	<b>791</b>	<b>100,0%</b>

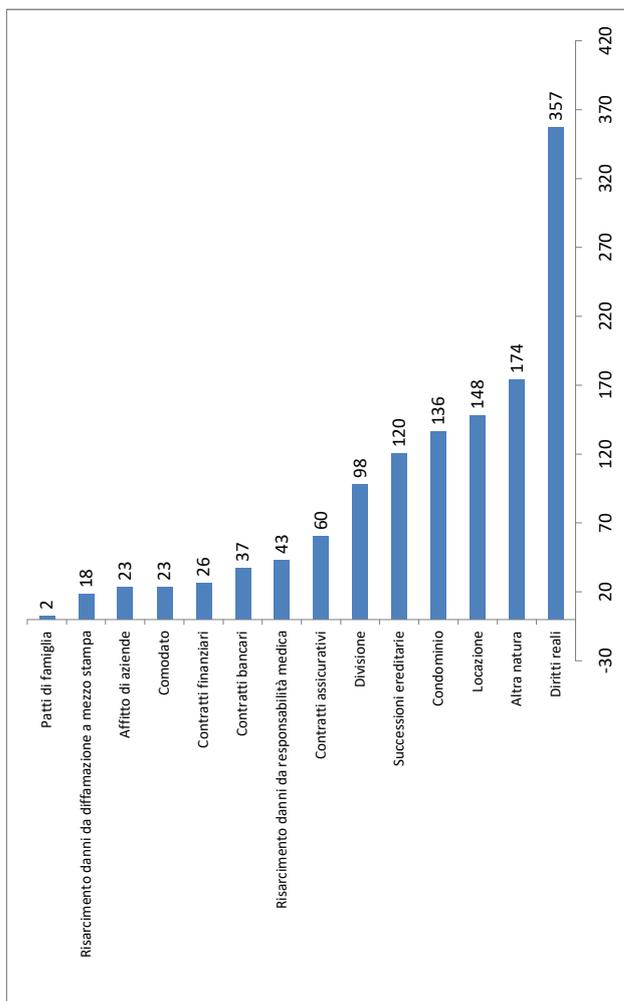
(\*) uno o più circondari possono mancare a causa dell'assenza di Organismi di mediazione in quel circondario oppure per la mancata comunicazione dei dati da parte degli stessi.

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa  
 Dati da rilevazione aggiornata al 25 settembre 2019

Tav. 1.2 - Procedimenti di Mediazione civile iscritti, raggruppati per natura della controversia  
 Periodo: 1°Luglio 2018 - 30 Giugno 2019

Natura	Iscritti
Diritti reali	357
Altra natura	174
Locazione	148
Condominio	136
Successioni ereditarie	120
Divisione	98
Contratti assicurativi	60
Risarcimento danni da responsabilità medica	43
Contratti bancari	37
Contratti finanziari	26
Comodato	23
Affitto di aziende	23
Risarcimento danni da diffamazione a mezzo stampa	18
Patti di famiglia	2

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa  
 Dati da rilevazione aggiornata al 25 settembre 2019



**Tav. 1.3 - Procedimenti di Mediazione civile, raggruppati per categoria della mediazione e circondario**  
**Periodo: 1° Luglio 2018 - 30 Giugno 2019**

Rilevazione Campionaria

Categoria	Circondari (*)			Incidenza Categoria
	BOZANO/BOZEN	ROVERETO	TRENTO	
Volontaria	17,1%	7,8%	6,2%	12,1%
Obbligatoria in quanto condizione di procedibilità ai sensi di legge	72,4%	80,4%	93,8%	81,4%
Obbligatoria in quanto prevista da clausola contrattuale	0,3%	0,0%	0,0%	0,2%
Demandata dal giudice per improcedibilità	7,7%	11,8%	0,0%	5,0%
Demandata dal giudice per le materie non obbligatorie	2,5%	0,0%	0,0%	1,3%
<b>Incidenza circoscrizione</b>	<b>53,1%</b>	<b>7,9%</b>	<b>39,0%</b>	<b>100,0%</b>

(\*) uno o più circondari possono mancare a causa dell'assenza di Organismi di mediazione in quel circondario oppure per la mancata comunicazione dei dati da parte degli stessi.

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Dati da rilevazione aggiornata al 25 settembre 2019

**Tav. 1.4.1 - Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria**  
**Periodo: 1° Luglio 2018 - 30 Giugno 2019**

Rilevazione Campionaria

Categoria	Durata Media
Volontaria	101
Obbligatoria in quanto condizione di procedibilità ai sensi di legge	99
Obbligatoria in quanto prevista da clausola contrattuale	41
Demandata dal giudice per improcedibilità	70
Demandata dal giudice per le materie non obbligatorie	173

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Dati da rilevazione aggiornata al 25 settembre 2019

**Tav. 1.4.2 - Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria con ACCORDO RAGGIUNTO**  
**Periodo: 1° Luglio 2018 - 30 Giugno 2019**

Rilevazione Campionaria

Categoria	Durata Media
Volontaria	126
Obbligatoria in quanto condizione di procedibilità ai sensi di legge	181
Demandata dal giudice per improcedibilità	94
Demandata dal giudice per le materie non obbligatorie	281

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Dati da rilevazione aggiornata al 25 settembre 2019

**Tav. 1.5 - Procedimenti di Mediazione civile relativi alle materie non obbligatorie con parti assistite da avvocato**  
**Periodo: 1° Luglio 2018 - 30 Giugno 2019**

Rilevazione Campionaria

Parti assistite da avvocato	Circondari (*)			Media Distretto
	BOZANO/BOZEN	ROVERETO	TRENTO	
% Procedimenti con proponenti assistiti da avvocato	88,1%	100,0%	100,0%	81,9%
% Procedimenti con aderenti assistiti da avvocato	91,5%	100,0%	100,0%	100,0%
				166,7%

(\*) uno o più circondari possono mancare a causa dell'assenza di Organismi di mediazione in quel circondario oppure per la mancata comunicazione dei dati da parte degli stessi.

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Dati da rilevazione aggiornata al 25 settembre 2019



# **Anno Giudiziario 2018/2019**

*Distretto di Corte di Appello di Trento*

*Dati dei procedimenti penali*

Dati da rilevazione aggiornata al 17 ottobre 2019

Fonte: Ministero della Giustizia - Dipartimento dell'Organizzazione Giudiziaria, del Personale e dei Servizi - Direzione Generale di Statistica e Analisi Organizzativa



## Indice

Tav.2.1	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali
Tav.2.1bis	Rapporto percentuale tra procedimenti contro autori NOTI iscritti in Procura della Repubblica nel modello 21 e i procedimenti iscritti per Fatti non costituenti reato a modello 45
Tav.2.2	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Tribunale nell'A.G. 2018/2019
Tav.2.2bis	Procedimenti penali iscritti in Tribunale nell'A.G. 2018/2019 suddivisi in base al numero degli imputati
Tav. 2.3	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2018/2019
Tav.2.3 bis	Procedimenti penali iscritti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2018/2019 suddivisi in base al numero degli indagati
Tav. 2.4	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019. Sedi degli Uffici del Giudice di Pace completamente rispondenti
Tav.2.5	Incidenza dei procedimenti definiti per PRESCRIZIONE sul totale dei procedimenti definiti
Tav.2.5 bis	Procedimenti penali definiti per PRESCRIZIONE nell'A.G. 2018/2019. Valori assoluti per il calcolo della tabella 2.5
Tav.2.6	Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2018/2019
Tav.2.6 bis	Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2018/2019
Tav.2.7	Procedimenti contro NOTI definiti presso l'Ufficio GIP/GUP per modalità di definizione nell'A.G.2018/2019
Tav.2.8	Procedimenti contro NOTI definiti presso la Procura della Repubblica per modalità di definizione nell'A.G.2018/2019
Tav.2.9 e 2.10	Procedimenti penali definiti distinti per sede, tipo rito e classe di durata nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2018/2019.
Tav. 2.11	Procedimenti penali definiti distinti per sede e classe di durata nei Tribunali ordinari - Sezione GIP GUP nell'A.G. 2018/2019.
Tav.2.12	Procedimenti penali definiti distinti per sede e classe di durata nelle Procure ordinarie nell'A.G. 2018/2019.
Tav.2.13	Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2018 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio
Tav.2.14	Intercettazioni. Numero dei bersagli intercettati suddivisi per ufficio, sede e tipologia di bersaglio nell'A.G. 2018/2019
Tav. 2.15	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019 relativi al riesame di misure cautelari personali
Tav.2.15 bis	Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari personali, nell'A.G. 2018/2019
Tav.2.16	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019 relativi al riesame di misure cautelari reali
Tav.2.16 bis	Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari reali, nell'A.G. 2018/2019



Tav. 2.1 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.

Tipologia Ufficio	Materia	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
Procura Generale	TRENTO	0	0	0	3	9	0	-100,0	-100,0	n.c.
		56	51	185	70	41	180	-20,0	24,4	2,8
	BOLZANO	0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
Corte di Appello		31	61	28	27	31	58	14,8	96,8	-51,7
		<b>625</b>	<b>706</b>	<b>596</b>	<b>668</b>	<b>615</b>	<b>677</b>	<b>-6,4</b>	<b>14,8</b>	<b>-12,0</b>
	TRENTO	379	446	398	459	431	465	-17,4	3,5	-14,4
	Appello assise	1	1	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
	Appello minorenni	10	13	5	9	4	8	11,1	225,0	-37,5
	BOLZANO	227	236	191	188	168	200	20,7	40,5	-4,5
Tribunale per i Minorenni	Appello assise	2	2	1	2	2	1	0,0	0,0	0,0
	Appello minorenni	6	8	1	10	10	3	-40,0	-20,0	-66,7
		<b>790</b>	<b>829</b>	<b>248</b>	<b>852</b>	<b>870</b>	<b>288</b>	<b>-7,3</b>	<b>-4,7</b>	<b>-13,9</b>
TRENTO	Sezione dibattimento	13	19	14	32	21	20	-59,4	-9,5	-30,0
	Sezione GIP	163	188	17	167	165	42	-2,4	13,9	-59,5
	Sezione GUP	111	110	76	149	154	75	-25,5	-28,6	1,3
BOLZANO	Sezione dibattimento	4	3	1	5	6	0	-20,0	-50,0	n.c.
	Sezione GIP	290	290	18	308	316	18	-5,8	-8,2	0,0
	Sezione GUP	209	219	122	191	208	133	9,4	5,3	-8,3

Tipologia Ufficio	Materia	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
<b>Tribunale e relative sezioni</b>		<b>14.011</b>	<b>12.668</b>	<b>8.330</b>	<b>13.983</b>	<b>13.148</b>	<b>7.127</b>	<b>0,2</b>	<b>-3,7</b>	<b>16,9</b>
	Dibattimento collegiale	90	74	135	75	63	113	20,0	17,5	19,5
	Dibattimento monocratico	3.514	3.056	3.275	3.698	3.248	2.844	-5,0	-5,9	15,2
	Appello Giudice di Pace	26	36	21	43	40	30	-39,5	-10,0	-30,0
	Sezione assise	2	1	2	1	2	1	100,0	-50,0	100,0
	Sezione GIP/GUP - NOTI	10.379	9.501	4.897	10.166	9.795	4.139	2,1	-3,0	18,3
<b>Giudice di pace circondariali</b>		<b>1.595</b>	<b>1.661</b>	<b>779</b>	<b>1.763</b>	<b>1.962</b>	<b>854</b>	<b>-9,5</b>	<b>-15,3</b>	<b>-8,8</b>
	Sezione dibattimento	819	881	727	972	1.128	790	-15,7	-21,9	-8,0
	Sezione GIP - NOTI	776	780	52	791	834	64	-1,9	-6,5	-18,8
<b>Procura presso il Tribunale</b>		<b>17.759</b>	<b>16.679</b>	<b>10.025</b>	<b>17.492</b>	<b>16.936</b>	<b>9.093</b>	<b>1,5</b>	<b>-1,5</b>	<b>10,2</b>
	Reati ordinari - NOTI	15.971	14.903	9.158	15.580	14.997	8.239	2,5	-0,6	11,2
	Reati di competenza DDA - NOTI	20	21	25	30	24	21	-33,3	-12,5	19,0
	Reati di competenza del GdP - NOTI	1.768	1.755	842	1.882	1.915	833	-6,1	-8,4	1,1
<b>Procura presso il Tribunale per i Minorenni</b>		<b>760</b>	<b>777</b>	<b>192</b>	<b>782</b>	<b>818</b>	<b>209</b>	<b>-2,8</b>	<b>-5,0</b>	<b>-8,1</b>
	Registro NOTI - Mod. 52	268	287	76	282	312	95	-5,0	-8,0	-20,0
	BOLZANO Registro NOTI - Mod. 52	492	490	116	500	506	114	-1,6	-3,2	1,8

**Tav. 2.1bis - Rapporto percentuale tra procedimenti contro autori NOTI iscritti in Procura della Repubblica per Fatti non costituenti reato a modello 45 e i procedimenti iscritti nel modello 21.**

Procure presso il Tribunale	A.G. 2018/2019		
	Iscritti a registro noti (mod.21)	Iscritti a registro FNCR (mod.45)	Rapporto iscritti a mod.45 su iscritti a mod.21 %
BOLZANO	8.295	1.943	23,4%
ROVERETO	1.955	1.101	56,3%
TRENTO	5.721	1.149	20,1%

Tav. 2.2 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Tribunale nell'A.G. 2018/2019.

Tribunale e relative sezioni distaccate	Materia	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
<b>BOLZANO</b>		<b>7.659</b>	<b>7.075</b>	<b>4.348</b>	<b>7.785</b>	<b>7.361</b>	<b>3.882</b>	<b>-1,6</b>	<b>-3,9</b>	<b>12,0</b>
	Dibattimento collegiale	41	38	75	38	26	68	7,9	46,2	10,3
	Dibattimento monocratico	1.860	1.604	1.847	1.939	1.651	1.611	-4,1	-2,8	14,6
	Appello Giudice di Pace	4	10	3	14	24	8	-71,4	-58,3	-62,5
	Sezione assise	2	1	2	0	1	1	n.c.	0,0	100,0
<b>ROVERETO</b>	Sezione GIP/GUP - NOTI	5.752	5.422	2.421	5.794	5.659	2.194	-0,7	-4,2	10,3
		<b>1.475</b>	<b>1.248</b>	<b>1.077</b>	<b>1.430</b>	<b>1.350</b>	<b>862</b>	<b>3,1</b>	<b>-7,6</b>	<b>24,9</b>
	Dibattimento collegiale	13	7	10	6	7	3	116,7	0,0	233,3
	Dibattimento monocratico	481	466	334	597	512	321	-19,4	-9,0	4,0
	Appello Giudice di Pace	6	3	11	11	7	8	-45,5	-57,1	37,5
<b>TRENTO</b>	Sezione GIP/GUP - NOTI	975	772	722	816	824	530	19,5	-6,3	36,2
		<b>4.877</b>	<b>4.345</b>	<b>2.905</b>	<b>4.768</b>	<b>4.437</b>	<b>2.383</b>	<b>2,3</b>	<b>-2,1</b>	<b>21,9</b>
	Dibattimento collegiale	36	29	50	31	30	42	16,1	-3,3	19,0
	Dibattimento monocratico	1.173	986	1.094	1.162	1.085	912	0,9	-9,1	20,0
	Appello Giudice di Pace	16	23	7	18	9	14	-11,1	155,6	-50,0
Sezione assise	0	0	0	1	1	0	n.c.	n.c.	n.c.	
Sezione GIP/GUP - NOTI	3.652	3.307	1.754	3.556	3.312	1.415	2,7	-0,2	24,0	

Tav. 2.2bis - Procedimenti penali iscritti in Tribunale nell'A.G. 2018/2019 suddivisi in base al numero degli imputati.

Circondario	Materia	A.G. 2017/2018																	
		con 1 imputato		con 2 imputati		con 3 imputati		4 imputati		5 imputati		da 6 a 10 imputati		da 11 a 30 imputati		oltre 30 imputati		Totale iscritti in Tribunale	
		iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti
<b>BOLZANO</b>	Dibattimento collegiale	32	78,0%	7	17,1%	2	4,9%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	41	100,0%
	Dibattimento monocratico	1.635	87,9%	165	8,9%	36	1,9%	12	0,6%	6	0,3%	4	0,2%	2	0,1%	0	0,0%	1.860	100,0%
	Sezione GIP/GUP - NOTI	5.050	87,8%	469	8,2%	124	2,2%	45	0,8%	20	0,3%	31	0,5%	11	0,2%	2	0,0%	5.752	100,0%
<b>ROVERETO</b>	Dibattimento collegiale	7	53,8%	3	23,1%	1	7,7%	0	0,0%	0	0,0%	1	7,7%	1	7,7%	0	0,0%	13	100,0%
	Dibattimento monocratico	413	85,9%	43	8,9%	13	2,7%	5	1,0%	2	0,4%	4	0,8%	1	0,2%	0	0,0%	481	100,0%
	Sezione GIP/GUP - NOTI	806	82,7%	110	11,3%	30	3,1%	15	1,5%	3	0,3%	6	0,6%	3	0,3%	2	0,2%	975	100,0%
<b>TRENTO</b>	Dibattimento collegiale	30	83,3%	2	5,6%	3	8,3%	0	0,0%	0	0,0%	1	2,8%	0	0,0%	0	0,0%	36	100,0%
	Dibattimento monocratico	1.026	87,5%	107	9,1%	22	1,9%	10	0,9%	1	0,1%	6	0,5%	1	0,1%	0	0,0%	1.173	100,0%
	Sezione GIP/GUP - NOTI	2.939	80,5%	446	12,2%	137	3,8%	47	1,3%	30	0,8%	31	0,8%	21	0,6%	1	0,0%	3.652	100,0%

**Tav. 2.3 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2017/2018.**

Procure presso il Tribunale	Materia	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
<b>BOLZANO</b>		<b>9.289</b>	<b>9.070</b>	<b>6.055</b>	<b>9.758</b>	<b>9.563</b>	<b>5.968</b>	<b>-4,8</b>	<b>-5,2</b>	<b>1,5</b>
	Sezione ordinaria - Mod. 21	8.295	8.076	5.527	8.787	8.556	5.451	-5,6	-5,6	1,4
	Sezione GdP - Mod. 21bis	994	994	528	971	1.007	517	2,4	-1,3	2,1
<b>ROVERETO</b>		<b>2.240</b>	<b>1.998</b>	<b>1.460</b>	<b>1.976</b>	<b>2.001</b>	<b>1.273</b>	<b>13,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>14,7</b>
	Sezione ordinaria - Mod. 21	1.955	1.725	1.331	1.662	1.661	1.143	17,6	3,9	16,4
	Sezione GdP - Mod. 21bis	285	273	129	314	340	130	-9,2	-19,7	-0,8
<b>TRENTO</b>		<b>6.210</b>	<b>5.590</b>	<b>2.485</b>	<b>5.728</b>	<b>5.348</b>	<b>1.831</b>	<b>8,4</b>	<b>4,5</b>	<b>35,7</b>
	Sezione ordinaria - Mod. 21	5.721	5.102	2.300	5.131	4.780	1.645	11,5	6,7	39,8
	Sezione DDA - NOTI	20	21	25	30	24	21	-33,3	-12,5	19,0
	Sezione GdP - Mod. 21bis	489	488	185	597	568	186	-18,1	-14,1	-0,5

Tav. 2.3bis - Procedimenti penali iscritti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2018/2019 suddivisi in base al numero degli indagati. Mod. 21.

Procura della Repubblica		A.G. 2018/2019														Totale iscritti in Procura			
		con 1 indagato		con 2 indagati		con 3 indagati		4 indagati		5 indagati		da 6 a 10 indagati		da 11 a 30 indagati				oltre 30 indagati	
		iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti			iscritti	% sul totale iscritti
BOLZANO		7.345	88,5%	661	8,0%	153	1,8%	55	0,7%	22	0,3%	43	0,5%	12	0,1%	4	0,0%	8.295	100,0%
ROVERETO		1.679	85,9%	190	9,7%	45	2,3%	22	1,1%	8	0,4%	9	0,5%	2	0,1%	0	0,0%	1.955	100,0%
TRENTO		4.748	82,7%	641	11,2%	188	3,3%	64	1,1%	29	0,5%	47	0,8%	22	0,4%	2	0,0%	5.741	100,0%

**Tav. 2.4 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019. Sedi degli Uffici del Giudice di Pace completamente rispondenti raggruppati per circondario**

Uffici del Giudice di Pace	Materia	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
<b>BOLZANO</b>		<b>888</b>	<b>956</b>	<b>330</b>	<b>884</b>	<b>973</b>	<b>398</b>	<b>0,5</b>	<b>-1,7</b>	<b>-17,1</b>
	Sezione dibattimento	385	443	307	393	490	366	-2,0	-9,6	-16,1
	Sezione GIP - NOTI	503	513	23	491	483	32	2,4	6,2	-28,1
<b>ROVERETO</b>		<b>232</b>	<b>260</b>	<b>146</b>	<b>297</b>	<b>344</b>	<b>174</b>	<b>-21,9</b>	<b>-24,4</b>	<b>-16,1</b>
	Sezione dibattimento	156	180	144	211	232	168	-26,1	-22,4	-14,3
	Sezione GIP - NOTI	76	80	2	86	112	6	-11,6	-28,6	-66,7
<b>TRENTO</b>		<b>475</b>	<b>445</b>	<b>303</b>	<b>582</b>	<b>645</b>	<b>282</b>	<b>-18,4</b>	<b>-31,0</b>	<b>7,4</b>
	Sezione dibattimento	278	258	276	368	406	256	-24,5	-36,5	7,8
	Sezione GIP - NOTI	197	187	27	214	239	26	-7,9	-21,8	3,8

Tav. 2.5 Incidenza dei procedimenti definiti per PRESCRIZIONE sul totale dei procedimenti definiti nell'A.G. 2018/2019

Sede	Tribunale e relative sezioni			Gip presso il Tribunale		Procura presso il Tribunale	
	Dibattimento collegiale	Dibattimento monocratico	Totale Dibattimento	Noti Gip Gup	Noti - reati ordinari	Noti	Noti
BOLZANO	2,6%	1,2%	1,3%	0,5%	0,3%		
ROVERETO	0,0%	0,6%	0,6%	3,2%	1,4%		
TRENTO	0,0%	0,6%	0,6%	5,1%	2,9%		
<b>Totale Distretto</b>	<b>1,4%</b>	<b>0,9%</b>	<b>1,0%</b>	<b>2,3%</b>	<b>1,3%</b>		

Tav. 2.5bis - Procedimenti penali definiti per PRESCRIZIONE nell'A.G. 2018/2019. Valori assoluti per il calcolo della tabella 2.5

Sede Ufficio	Tribunale e relative sezioni				Gip presso il Tribunale			Procura presso il Tribunale	
	Dibattimento collegiale		Dibattimento monocratico		Noti Gip Gup	Noti Gip	Noti Gip	Totale definiti dalla Procura - reati ordinari	Noti
BOLZANO	Totale definiti in Tribunale	di cui per Proscioglimento prima del dibattimento per prescrizione	Totale definiti in Tribunale	di cui per Proscioglimento prima del dibattimento per prescrizione	Totale definiti dal GIP/GUP	di cui per Archiviazione per prescrizione	di cui con Sentenza non doversi procedere per prescrizione	di cui per Invio al GIP con richiesta di archiviazione per prescrizione	
	38	0	1.604	1	5.422	23	0	8.076	24
ROVERETO	7	0	466	0	772	23	0	1.725	25
TRENTO	29	0	986	0	3.307	167	0	5.123	148
<b>Totale Distretto</b>	<b>74</b>	<b>0</b>	<b>3.056</b>	<b>1</b>	<b>9.501</b>	<b>213</b>	<b>0</b>	<b>14.924</b>	<b>197</b>

Tav. 2.6 - Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2018/2019.

Definiti con sentenza monocratica				
Rito	BOLZANO	ROVERETO	TRENTO	Totale complessivo
Giudizio ordinario	984	312	437	1.733
Giudizio direttissimo	20	1	23	44
Applicazione pena su richiesta	241	61	213	515
Giudizio immediato	2	2	8	12
Giudizio abbreviato	37	56	142	235
Giudizio di opposizione a decreto penale	71	8	80	159
<b>TOTALE DEFINITI CON SENTENZA</b>	<b>1.355</b>	<b>440</b>	<b>903</b>	<b>2.698</b>
<i>% definiti con rito alternativo sul totale definiti con sentenza</i>	<b>27,4%</b>	<b>29,1%</b>	<b>51,6%</b>	<b>35,8%</b>

Tav. 2.6bis - Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2018/2019.

Definiti con sentenza collegiale				
Rito	BOLZANO	ROVERETO	TRENTO	Totale complessivo
Giudizio ordinario	23	6	18	47
Giudizio direttissimo	0	0	0	0
Applicazione pena su richiesta	4	1	4	9
Giudizio immediato	0	0	2	2
Giudizio abbreviato	4	0	3	7
Giudizio di opposizione a decreto penale	0	0	0	0
<b>TOTALE DEFINITI CON SENTENZA</b>	<b>31</b>	<b>7</b>	<b>27</b>	<b>65</b>
<i>% definiti con rito alternativo sul totale definiti con sentenza</i>	<b>25,8%</b>	<b>14,3%</b>	<b>33,3%</b>	<b>27,7%</b>

**Tav. 2.7 - Procedimenti contro NOTI definiti presso l'Ufficio GIP/GUP per modalità di definizione nell'A.G. 2018/2019.**

<b>Definiti secondo le principali modalità di definizione</b>				
<b>Modalità</b>	<b>BOLZANO</b>	<b>ROVERETO</b>	<b>TRENTO</b>	<b>Totale complessivo</b>
Decreti di archiviazione	3.755	472	2.237	6.464
Sentenze di rito alternativo	489	139	406	1.034
Decreti penali di condanna	392	34	2	428
Decreti che dispongono il giudizio	476	47	245	768
<b>TOTALE</b>	<b>5.112</b>	<b>692</b>	<b>2.890</b>	<b>8.694</b>

**Tav. 2.8 - Procedimenti contro NOTI definiti presso la Procura della Repubblica per modalità di definizione nell'A.G. 2018/2019.**

<b>Definiti secondo le principali modalità di definizione</b>				
<b>Modalità</b>	<b>BOLZANO</b>	<b>ROVERETO</b>	<b>TRENTO</b>	<b>Totale complessivo</b>
Richieste di archiviazione	4.068	550	2.177	6.795
Richieste di rinvio a giudizio ordinario	525	164	263	952
Richieste di riti alternativi	951	174	1.176	2.301
Citazioni dirette a giudizio	1.247	419	795	2.461
<b>TOTALE</b>	<b>6.791</b>	<b>1.307</b>	<b>4.411</b>	<b>12.509</b>

Tav. 2.9 e 2.10 - Procedimenti penali definiti distinti per sede, tipo rito e classe di durata nei Tribunali ordinari - Sezione dibattimento nell'A.G. 2018/2019.

**TRIBUNALI - SEZIONE DIBATTIMENTO. Definiti con rito collegiale**

Tribunale	Classi di durata										Totale rito collegiale	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni				Definiti	% sul totale definiti
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti				
BOLZANO	9	23,7	10	26,3	10	26,3	9	23,7			38	100,0
ROVERETO	5	71,4	2	28,6	0	0,0	0	0,0			7	100,0
TRENTO	8	27,6	8	27,6	12	41,4	1	3,4			29	100,0
<b>Totale complessivo</b>	<b>22</b>	<b>29,7</b>	<b>20</b>	<b>27,0</b>	<b>22</b>	<b>29,7</b>	<b>10</b>	<b>13,5</b>			<b>74</b>	<b>100,0</b>

**TRIBUNALI - SEZIONE DIBATTIMENTO. Definiti con rito monocratico**

Circondario	Classi di durata										Totale rito monocratico	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni				Definiti	% sul totale definiti
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti				
BOLZANO	673	42,0	401	25,0	382	23,8	148	9,2			1.604	100,0
ROVERETO	286	61,4	117	25,1	52	11,2	11	2,4			466	100,0
TRENTO	442	44,8	263	26,7	215	21,8	66	6,7			986	100,0
<b>Totale complessivo</b>	<b>1.401</b>	<b>45,8</b>	<b>781</b>	<b>25,6</b>	<b>649</b>	<b>21,2</b>	<b>225</b>	<b>7,4</b>			<b>3.056</b>	<b>100,0</b>

Tav. 2.11 - Procedimenti penali definiti distinti per sede e classe di durata nei Tribunali ordinari - Sezione GIP GUP nell'A.G. 2018/2019.

**TRIBUNALI - SEZIONE GIP GUP. Definiti nel Registro Noti**

Tribunale	Classi di durata										Totale Sezione Gip Gup Noti	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni				Definiti	% sul totale definiti
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti				
BOLZANO	4.511	83,2	505	9,3	330	6,1	76	1,4	5.422	100,0		
ROVERETO	464	60,1	192	24,9	101	13,1	15	1,9	772	100,0		
TRENTO	2.579	78,0	477	14,4	228	6,9	23	0,7	3.307	100,0		
<b>Totale complessivo</b>	<b>7.554</b>	<b>79,5</b>	<b>1.174</b>	<b>12,4</b>	<b>659</b>	<b>6,9</b>	<b>114</b>	<b>1,2</b>	<b>9.501</b>	<b>100,0</b>		

Tav. 2.12 - Procedimenti penali definiti distinti per sede e classe di durata nelle Procure ordinarie nell'A.G. 2018/2019.

**PROCURE DELLA REPUBBLICA. Definiti nel Registro Noti Mod. 21**

Procura della Repubblica	Classi di durata										Totale Procura Noti	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni				Definiti	% sul totale definiti
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti				
BOLZANO	6.005	74,4	661	8,2	328	4,1	1.082	13,4	8.076	100,0		
ROVERETO	1.046	60,6	239	13,9	350	20,3	90	5,2	1.725	100,0		
TRENTO	3.951	77,1	807	15,8	333	6,5	32	0,6	5.123	100,0		
<b>Totale complessivo</b>	<b>11.002</b>	<b>73,7</b>	<b>1.707</b>	<b>11,4</b>	<b>1.011</b>	<b>6,8</b>	<b>1.204</b>	<b>8,1</b>	<b>14.924</b>	<b>100,0</b>		

**Tav. 2.13 - Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2018 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio - Uffici distrettuali**

Ufficio	Registro	Fino al 2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Totale procedimenti pendenti al 31.12.2018
Corte di Appello di TRENTO	Modello 7 - appello ordinario	-	1	1	-	1	22	402	427
	Modello 7 - appello assise	-	-	-	-	-	-	1	1
	Modello 7 - appello minorenni	-	-	-	-	-	1	9	10
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	<b>1</b>	<b>1</b>	-	<b>1</b>	<b>23</b>	<b>412</b>	<b>438</b>
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,2%</i>	<i>0,2%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,2%</i>	<i>5,3%</i>	<i>94,1%</i>	<i>100,0%</i>
Corte di Appello di BOLZANO - Sez. dist. di Trento	Modello 7 - appello ordinario	-	-	-	-	1	52	170	223
	Modello 7 - appello assise	-	-	-	-	-	-	1	1
	Modello 7 - appello minorenni	-	-	-	-	-	-	3	3
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	-	-	-	<b>1</b>	<b>52</b>	<b>174</b>	<b>227</b>
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,4%</i>	<i>22,9%</i>	<i>76,7%</i>	<i>100,0%</i>
Tribunale per i Minorenni di TRENTO	Modello 47 - Registro generale	-	-	1	-	-	7	12	20
	Modello 55 - Registro generale indagini preliminari	-	-	-	-	-	-	19	19
	Modello 56 - Registro generale udienza preliminare	-	-	1	-	2	5	43	51
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	-	<b>2</b>	-	<b>2</b>	<b>12</b>	<b>74</b>	<b>90</b>
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>2,2%</i>	<i>0,0%</i>	<i>2,2%</i>	<i>13,3%</i>	<i>82,2%</i>	<i>100,0%</i>
Tribunale per i Minorenni di BOLZANO	Modello 47 - Registro generale	-	-	-	-	-	-	3	3
	Modello 55 - Registro generale indagini preliminari	-	-	-	-	-	-	23	23
	Modello 56 - Registro generale udienza preliminare	-	-	4	3	3	15	127	152
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	-	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>15</b>	<b>153</b>	<b>178</b>
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>2,2%</i>	<i>1,7%</i>	<i>1,7%</i>	<i>8,4%</i>	<i>86,0%</i>	<i>100,0%</i>
Procura per i Minorenni di TRENTO	Modello 52 - Registro generale notizie reato noti	-	-	-	-	-	5	118	123
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>4,1%</i>	<i>95,9%</i>	<i>100,0%</i>
Procura per i Minorenni di BOLZANO	Modello 52 - Registro generale notizie reato noti	-	-	-	-	-	-	100	100
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>100,0%</i>	<i>100,0%</i>

Tav. 2.13a - Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2018 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio - Tribunali Ordinari

Ufficio	Registro	Fino al 2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Totale procedimenti pendenti al 31.12.2018
Tribunale Ordinario di BOLZANO	Modello 19 - Assise	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1
	Modello 16 - Dibattimento monocratico e collegiale	-	-	2	1	11	74	85	156	380	1.199	1.908
	Mod. 20 - Indagini preliminari (Noti)	1	3	2	4	15	43	57	139	303	1.535	2.102
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>26</b>	<b>117</b>	<b>142</b>	<b>295</b>	<b>684</b>	<b>2.734</b>	<b>4.011</b>
	% <i>sul totale</i>	0,0%	0,1%	0,1%	0,1%	0,6%	2,9%	3,5%	7,4%	17,1%	68,2%	100,0%
Tribunale Ordinario di ROVERETO	Modello 16 - Dibattimento monocratico e collegiale	-	-	-	-	-	14	15	11	39	187	266
	Mod. 20 - Indagini preliminari (Noti)	1	3	4	3	10	16	6	15	73	407	538
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>10</b>	<b>30</b>	<b>21</b>	<b>26</b>	<b>112</b>	<b>594</b>	<b>804</b>
	% <i>sul totale</i>	0,1%	0,4%	0,5%	0,4%	1,2%	3,7%	2,6%	3,2%	13,9%	73,9%	26,1%
	Modello 19 - Assise	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tribunale Ordinario di TRENTO	Modello 16 - Dibattimento monocratico e collegiale	-	-	-	1	12	24	33	66	172	719	1.027
	Mod. 20 - Indagini preliminari (Noti)	2	1	6	4	14	26	26	43	245	1.145	1.512
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>26</b>	<b>50</b>	<b>59</b>	<b>109</b>	<b>417</b>	<b>1.864</b>	<b>2.539</b>
	% <i>sul totale</i>	0,1%	0,0%	0,2%	0,2%	1,0%	2,0%	2,3%	4,3%	16,4%	73,4%	100,0%
	Modello 19 - Assise	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tav. 2.13b - Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2018 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio - Procure della Repubblica

Ufficio	Registro	Fino al 2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Totale procedimenti pendenti al 31.12.2018
Procura della Repubblica di BOLZANO	Modello 21 - Notizie di reato Noti	-	-	-	-	2	18	191	867	1.521	2.859	5.458
	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	-	7	61	442	510
	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	-	2	4	19	33	1.278	1.336
	Modello 45 - FNCR	-	-	-	-	-	-	1	-	14	253	268
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	-	-	-	<b>2</b>	<b>20</b>	<b>196</b>	<b>893</b>	<b>1.629</b>	<b>4.832</b>	<b>7.572</b>
	<i>% sul totale</i>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%	2,6%	11,8%	21,5%	63,8%
Procura della Repubblica di ROVERETO	Modello 21 - Notizie di reato Noti	-	-	-	-	3	2	10	26	355	918	1.314
	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	-	1	3	135	139
	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	-	-	-	1	9	310	320
	Modello 45 - FNCR	-	-	-	5	12	22	15	25	22	210	311
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	-	-	<b>5</b>	<b>15</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>53</b>	<b>389</b>	<b>1.573</b>	<b>2.084</b>
	<i>% sul totale</i>	0,0%	0,0%	0,0%	0,2%	0,7%	1,2%	1,2%	2,5%	18,7%	75,5%	100,0%
Procura della Repubblica di TRENTO	Modello 21 - Notizie di reato Noti	-	-	-	-	-	-	3	46	223	1.432	1.704
	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	-	2	7	113	122
	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	-	-	-	3	22	520	545
	Modello 45 - FNCR	-	-	-	-	-	-	-	6	18	169	193
	<b>TOTALE PENDENTI</b>	-	-	-	-	-	-	<b>3</b>	<b>57</b>	<b>270</b>	<b>2.234</b>	<b>2.564</b>
	<i>% sul totale</i>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	2,2%	10,5%	87,1%	100,0%

**Tav. 2.14 - Intercettazioni. Numero dei bersagli intercettati suddivisi per ufficio, sede e tipologia di bersaglio nell'A.G. 2018/2019.**

Sezione	Ordinaria			Antimafia			Terrorismo		
	Utenze telefoniche	Ambienti	Altre tipologie di bersagli	Utenze telefoniche	Ambienti	Altre tipologie di bersagli	Utenze telefoniche	Ambienti	Altre tipologie di bersagli
Procura Generale della Repubblica presso la Corte di Appello TRENTO	0	0	0						
Procura Generale della Repubblica presso la Corte di Appello BOLZANO	0	0	0						
Procura della Repubblica presso il Tribunale per i minorenni TRENTO	0	0	0						
Procura della Repubblica presso il Tribunale per i minorenni BOLZANO	0	0	0						
<b>Totale Procure della Repubblica del distretto</b>	<b>839</b>	<b>77</b>	<b>71</b>	<b>573</b>	<b>84</b>	<b>125</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Procura BOLZANO	333	35	18						
Procura ROVERETO	35	4	0						
Procura TRENTO	471	38	53	573	84	125	0	0	0

**Tav. 2.15 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019 relativi al riesame di misure cautelari personali. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.**

Tribunale	Misure cautelari personali	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
<b>BOLZANO</b>		53	53	2	47	47	2	12,8%	12,8%	0,0%
	Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	32	32	2	26	25	2	23,1%	28,0%	0,0%
	Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
	Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	21	21	0	21	22	0	0,0%	-4,5%	#DIV/0!
<b>TRENTO</b>		202	209	1	185	198	8	9,2%	5,6%	-87,5%
	Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	131	133	1	106	116	3	23,6%	14,7%	-66,7%
	Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	10	10	0	7	7	0	42,9%	42,9%	n.c.
	Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	61	66	0	72	75	5	-15,3%	-12,0%	-100,0%

**Tav. 2.15 bis - Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari personali, nell'A.G. 2018/2019.**

Tribunale	Misure cautelari personali	Inammissibilità	Dichiarazione Di Inefficacia Per Decorrenza Dei Termini	Riunione	Conferma	Emissione Misura Cautelare	Riforma Parziale	Annullamento	Altra Modalità
	Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	13	0	0	12	0	6	1	0
	Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	0	0	0	0	0	0
	Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	5	0	0	8	0	4	3	1
<b>TRENTO</b>		1	0	2	80	5	26	51	44
	Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	1	0	0	51	0	13	30	38
	Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	0	3	5	2	0	0
	Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	2	26	0	11	21	6

**Tav. 2.16 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2018/2019 relativi al riesame di misure cautelari reali. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.**

Tribunale	Misure cautelari reali	A.G. 2018/2019			A.G. 2017/2018			Variazione percentuale A.G. 2018/2019 vs. A.G. 2017/2018		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
<b>BOLZANO</b>		51	51	2	58	61	2	-12,1	-16,4	0,0
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)	0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)	0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)	47	47	2	53	56	2	-11,3	-16,1	0,0
	Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)	4	4	0	5	5	0	-20,0	-20,0	n.c.
<b>TRENTO</b>		38	37	6	95	91	5	-60,0	-59,3	20,0
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)	0	0	0	1	1	0	n.c.	n.c.	n.c.
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)	24	21	5	38	36	2	-36,8	-41,7	150,0
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)	11	12	1	49	48	2	-77,6	-75,0	-50,0
	Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)	3	4	0	7	6	1	-57,1	-33,3	n.c.

**Tav. 2.16 bis - Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari reali nell'A.G. 2018/2019.**

<b>Tribunale</b>	<b>Misure cautelari reali</b>	<b>Inammissibilità</b>	<b>Annullamento</b>	<b>Riforma</b>	<b>Conferma</b>	<b>Riunione</b>	<b>Dichiarazione Di Inefficacia Per Decorrenza Dei Termini</b>	<b>Altra Modalità</b>
<b>BOLZANO</b>		19	14	3	11	0	0	4
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)	0	0	0	0	0	0	0
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)	0	0	0	0	0	0	0
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)	17	12	3	11	0	0	4
	Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)	2	2	0	0	0	0	0
<b>TRENTO</b>		0	6	4	15	0	0	12
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)	0	0	0	0	0	0	0
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)	0	5	0	11	0	0	5
	Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)	0	1	3	3	0	0	5
	Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)	0	0	1	1	0	0	2

***Dati Sorveglianza Anno Giudiziario 2018/2019***

<i>Tav. 1</i>	Tribunale di Sorveglianza di Trento – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 2</i>	Tribunale di Sorveglianza di Bolzano – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 3</i>	Ufficio di Sorveglianza di Trento – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2018/2019
<i>Tav. 4</i>	Ufficio di Sorveglianza di Bolzano – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2018/2019



Tav. 1 - TRIBUNALE DI SORVEGLIANZA DI TRENTO - Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell'anno giudiziario 2018/2019

Contenuto	OGGETTO	di cui:						Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	Inammissi biffità	
Misure Alternative	Affidamento al Servizio Sociale	240	317	141	130	26	13	123
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter 1 bis	221	293	92	33	125	35	104
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale	72	47	47	0	0	0	49
	Semilibertà	72	104	7	9	77	10	24
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	41	49	17	11	10	10	18
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	25	42	2	3	31	3	9
	Revoca Detenzione Domiciliare Art. 47 Ter 1 Bis O.P.	16	14	11	2	1	0	3
	Revoca Affidamento in casi particolari	12	12	9	1	0	0	1
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	10	6	5	1	0	0	8
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter O.P.	10	16	8	2	5	0	7
	Revoca Affidamento in Prova all' UEPE	9	8	6	2	0	0	1
	Reclamo per Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	6	4	2	0	2	0	2
	Declaratoria estinzione della pena pecuniaria	6	7	6	0	1	0	4
	Revoca Detenzione Domiciliare	3	3	3	0	0	0	0
	Prosecuzione Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	1	1	1	0	0	0	0
	Revoca Differimento Nelle Forme della Detenzione Domiciliare Art.47 Ter 1 Ter O.P.	1	1	1	0	0	0	0
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale e pena pecuniaria	1	0	0	0	0	0	1
	Revoca esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	0	0	1	0	0
	Prosecuzione Affidamento al Servizio Sociale	1	0	0	0	0	0	1
	Affidamento art. 47 quater O.P.	1	4	2	1	1	0	0
Riabilitazione	Riabilitazione	119	117	94	21	1	0	89
Reclami/appelli	Reclamo su Liberazione Anticipata	32	28	13	10	1	3	9
	Opposizione su espulsione (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	26	27	2	16	5	0	6
	Decisione Reclamo Permesso Premio	9	7	1	1	0	5	2
	Reclamo in Materia di Sorveglianza Particolare	7	7	0	2	5	0	0
	Reclamo Generico	3	4	2	1	0	1	1
	Impugnazione Contro Provvedimento Mds	3	4	0	3	0	1	0
	Reclamo avverso decisione su reclamo generico art. 35 – art. 69 comma 6 lett. b) O.P.	1	1	0	0	0	0	0
	Reclamo su Liberazione Anticipata Speciale	0	1	0	1	0	0	0
Rinvio	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di donna incinta	5	5	2	2	0	0	3
	Differimento Pena facoltativo grave infermità	4	3	0	1	2	0	1

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	
	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di madre infante di età inferiore	3	4	0	3	0	0
	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	1	4	3	1	0	0
	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di persona affetta da malattia	1	1	0	0	1	0
Art. 90 DPR 309/1990	Sospensione Esecuzione Pena ex art. 90 DPR 309/90	3	6	0	1	2	3
Liberazione Condizionale	Concessione Liberazione Condizionale	0	1	1	0	0	0
Patrocinio	Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	103	99	47	7	1	44
	Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	64	68	45	1	2	13
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio	7	7	4	0	0	0
	Revoca Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	6	5	5	0	0	2
	Revoca ordinanza	6	6	5	0	0	0
	Correzione Errore Materiale	4	4	4	0	0	0
	Revoca Provvedimento Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese de	3	3	1	0	0	1
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irripetibile	3	4	4	0	0	0
	Ricorso Avverso Diniego Ammissione al Patrocinio a S.D.S.	2	3	2	1	0	1
	Liberazione Anticipata	1	1	0	0	0	0
Altro	Istanza Generica	2	2	1	1	0	0
	Accertamento Condotta di Collaborazione	1	0	0	0	0	1
	Revoca Sanzione Sostitutiva (Artt. 72 - 66 L. 689/81)	1	5	3	0	1	0
	Differimento obbligatorio della sanzione sostitutiva nei confronti di donna inc	1	1	1	0	0	0
	Declaratoria Sospensione Esecutività Ordinanza	1	1	0	1	0	0
	Conversione Sanzione Sostitutiva in pena detentiva (Art. 66 L. 689/81)	0	4	4	0	0	0
<b>Totale complessivo</b>		<b>1.171</b>	<b>1.362</b>	<b>604</b>	<b>269</b>	<b>301</b>	<b>141</b>
							<b>533</b>

Tav. 2 - TRIBUNALE DI SORVEGLIANZA DI BOLZANO - Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell'anno giudiziario 2018/2019

Contenuto	OGGETTO	Iscritti	Definiti	di cui:				Pendenti fine periodo
				Accolti	Rigettati	NLP/NDP	Inammissibilità	
Misure Alternative	Affidamento al Servizio Sociale	201	170	54	89	16	5	110
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter 1 bis	156	110	56	19	24	6	72
	Semilibertà	53	49	10	6	27	3	23
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	52	49	26	12	4	6	25
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale	51	51	49	1	0	0	3
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter O.P.	18	57	20	11	19	5	5
	Declaratoria estinzione della pena pecuniaria	18	18	17	0	0	0	2
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	14	10	2	4	2	1	6
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	13	14	14	0	0	0	0
	Revoca Affidamento in casi particolari	11	11	7	2	2	0	0
	Revoca Affidamento in Prova all' UEPE	9	9	6	3	0	0	0
	Revoca Detenzione Domiciliare	7	8	4	1	0	0	0
	Revoca Detenzione Domiciliare Art. 47 Ter 1 Bis O.P.	6	6	4	0	1	0	0
	Cessazione Misura Detenzione Domiciliare Art. 47 Ter 1 Bis per Venir Meno dei Presupposti	4	4	1	2	1	0	0
	Revoca Affidamento in prova art. 47 quater o.p.	3	3	3	0	0	0	0
	Cessazione Misura Affidamento Servizio Sociale da Tossicodipendente - alcoolipendente	3	3	0	2	0	0	0
	Cessazione Misura Semilibertà	2	2	1	1	0	0	0
	Revoca esecuzione presso domicilio della pena detentiva	2	2	2	0	0	0	0
	Revoca Semilibertà'	2	2	2	0	0	0	0
	Reclamo per Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	0	0	1	0	0
	Cessazione misura detenzione domiciliare art. 47 ter per venir meno dei presupposti	1	1	0	1	0	0	0
	Detenzione domiciliare per ultrasessantenni	1	0	0	0	0	0	1
	Revoca Arresti Domiciliari	1	1	1	0	0	0	0
	Revoca Differimento Nelle Forme della Detenzione Domiciliare Art.47 Ter 1 Ter O.P.	0	1	1	0	0	0	0
	Proroga Differimento Pena nelle forme della Detenzione Domiciliare	0	2	1	0	1	0	0
Riabilitazione	Riabilitazione	169	204	156	38	3	5	36
Rinvio	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	10	7	6	1	0	0	6
	Differimento Pena facoltativo grave infermità	5	5	2	1	2	0	3
	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di persona affetta da malattia	4	2	2	0	0	0	3

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	
	Differimento Pena facoltativo maternità	2	1	1	0	0	1
	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di donna incinta	1	1	0	1	0	1
Reclami/appelli	Reclamo su Liberazione Anticipata	8	6	1	3	1	0
	Opposizione su espulsione (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	6	4	1	1	0	1
	Reclamo avverso decisione su reclamo generico art. 35 – art. 69 comma 6 lett. b) O.P.	3	3	2	0	0	1
	Reclamo Generico	1	1	1	0	0	0
	Decisione Reclamo Permesso Premio	1	1	0	1	0	0
	Impugnazione Contro Provvedimento Mds	0	1	0	1	0	0
Art. 90 DPR 309/1990	Sospensione Esecuzione Pena ex art. 90 DPR 309/90	9	6	0	1	2	3
	Revoca Sospensione Pena per ex art. 93/2 DPR 309/90	0	1	0	0	0	0
Liberazione Condizionale	Concessione Liberazione Condizionale	1	1	0	0	0	1
Patrocinio	Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	47	50	44	1	0	2
	Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	42	42	39	0	0	3
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio	6	5	4	1	0	1
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irreperibile	3	3	2	1	0	0
	Revoca ordinanza	3	4	3	0	0	0
	Revoca Provvedimento Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	1	2	0	0	0	0
Altro	Riduzione pena da espriare/risarcimento del danno (Reclamo art. 35 ter O.P.)	9	3	3	0	0	6
	Accertamento Condotta di Collaborazione	1	1	0	1	0	0
	Declaratoria Inefficacia Ordinanza Tds Detenzione Domiciliare	1	1	1	0	0	0
	Declaratoria Inefficacia Ordinanza Tds Affidamento UEPE ex art. 94 DPR 309/90	1	1	0	0	0	0
	Differimento sanzione sostitutiva nelle forme della detenzione domiciliare	1	1	1	0	0	1
	Differimento della misura di sicurezza facoltativo grave infermità	0	1	1	0	0	0
<b>Totale complessivo</b>		<b>964</b>	<b>942</b>	<b>551</b>	<b>206</b>	<b>106</b>	<b>320</b>

Tav. 3 - UFFICIO DI SORVEGLIANZA DI TRENTO - Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell'anno giudiziario 2018/2019

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	
						Inammissi bilità	
Misure Alternative	Autorizzazione	520	522	389	68	30	0
	Modifica Permanente Prescrizioni	163	163	118	29	7	0
	Declaratoria valida espiazione pena	84	83	0	0	0	0
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	73	73	0	0	5	0
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	60	56	13	27	10	6
	Modifica Luogo Esecuzione	42	42	31	6	1	0
	Ammissione provvisoria ad Affidamento Terapeutico ex art. 94 co. 2 DPR 309/90	22	20	6	8	1	4
	Ammissione provvisoria a Detenzione Domiciliare	21	23	3	16	2	0
	Ammissione provvisoria ad Affidamento in prova al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	20	22	3	13	3	2
	Sospensione Provvisoria Detenzione Domiciliare (Art. 47 Ter 1 Bis O.P.)	15	15	14	1	0	0
	Modifica Provvisoria Prescrizioni	15	15	13	1	0	0
	Modifica Attività Lavorativa	13	13	10	0	1	0
	Sospensione Provvisoria Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	12	11	10	0	0	0
	Sospensione Provvisoria Affidamento al Servizio Sociale	9	10	6	2	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento ex art. 94 DPR 309/90	6	6	6	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento	6	6	6	0	0	0
	Revoca Autorizzazione	6	6	6	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Detenzione Domiciliare art.47 ter 1 bis O.P.	6	6	5	1	0	0
	Sospensione Provvisoria Arresti Domiciliari	5	5	5	0	0	0
	Ammissione provvisoria a Semilibertà	4	4	0	0	1	2
	Ulteriore Autorizzazione	4	4	4	0	0	0
	Declaratoria estinzione pena pecuniaria	3	3	0	0	0	0
	Modifica Programma Trattamento	3	3	3	0	0	0
	Licenza per Semilibertà Art. 52 O.P.	3	3	2	1	0	0
	Sospensione Provvisoria Detenzione Domiciliare (Art. 47 Ter O.P.)	3	3	3	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Arresti Domiciliari - Art. 656/10 c.p.p.	2	2	2	0	0	0
	Convocazione per puntuale rispetto delle prescrizioni	2	2	0	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Differimento Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	1	1	1	0	0	0
	Revoca esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	1	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamento Provvisorio	1	1	1	0	0	0

Contenuto	OGGETTO	di cui:						Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	Inammissi bilità	
	Sospensione e Revoca della Misura Alternativa per Cessazione dei Presupposti	1	1	1	0	0	0	0
	Valutazione su permanenza quantum pena per esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	1	0	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Semiliberta'	1	1	0	1	0	0	0
	Sospensione provvisoria dell'esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	0	0	0	0	0
	Revoca ammissione provvisoria all'affidamento in prova (art. 94 dpr. 309/90)	1	1	0	0	0	0	0
Sanzioni sostitutive,								
Misure di sicurezza,								
Pene pecuniarie								
	Conversione pena pecuniaria	1.342	780	119	5	517	4	823
	Autorizzazione	152	150	131	15	1	0	2
	Rateizzazione pena pecuniaria	37	32	15	2	8	3	9
	Riesame pericolosità sociale (art 208/1 C.P.)	29	30	25	5	0	0	2
	Licenza trattamentale	27	27	24	2	0	0	0
	Libertà Controllata	24	22	16	0	1	0	9
	Accertamento Pericolosità Sociale	19	24	12	3	4	0	6
	Modifica temporanea prescrizioni	14	13	12	0	0	0	1
	Remissione Debito	13	10	1	5	1	2	14
	Modalità di Esecuzione Libertà Controllata	11	11	9	1	1	0	0
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	6	6	0	0	1	0	0
	Modifica Prescrizioni	6	6	5	1	0	0	0
	Revoca ordinanza Sanzione Sostitutiva	6	6	5	0	1	0	0
	Modifica Luogo Esecuzione	6	6	4	1	0	0	0
	Proposta di aggravamento per trasgressione obblighi misura di sicurezza (art.231 c.p.)	6	6	1	0	0	0	0
	Revoca autorizzazione sanzione sostitutiva	2	2	1	0	1	0	0
	Riesame anticipato pericolosità sociale (art. 207 C.P.)	2	2	0	0	0	0	1
	Licenza finale di esperimento (art. 53/1 O.P)	2	2	2	0	0	0	0
	Convocazione per il puntuale rispetto delle prescrizioni	2	2	0	0	1	0	0
	Revoca ex Art. 72 L. 689/1981	1	1	0	0	0	0	0
	Cessazione misura sicurezza (Art. 212 C.P. c. 4)	1	1	1	0	0	0	0
	Differimento obbligatorio sanzione sostitutiva art. 146 C.P.	1	0	0	0	0	0	1
	Sospensione per inosservanza prescrizioni (Art. 66 L. 689/1981)	1	1	1	0	0	0	0
	Sospensione per sopravvenienza pena detentiva	1	0	0	0	0	0	1
	Sospensione esecuzione ex art. 69 c.1 l. 689/81	1	0	0	0	0	0	1
	Richiesta sostituzione misura sicurezza su istanza di parte	0	1	0	0	0	0	0
	Richiesta revoca misura sicurezza su istanza di parte	0	1	0	0	0	0	0
	Trasformazione misura sicurezza (Art. 212 C.P. c. 2 e 3)	0	0	0	0	0	0	1

Contenuto	OGGETTO	di cui:						Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	Inammissi bilità	
Liberazione Anticipata	Liberazione Anticipata	666	690	385	72	17	11	170
	Liberazione Anticipata Speciale	13	15	9	1	0	0	1
	Integrazione Liberazione Anticipata	3	3	0	0	0	2	0
	Revoca Liberazione Anticipata	1	1	1	0	0	0	0
Misure Alternative in esecuzione	Affidamento in Prova al Servizio Sociale	112	61	0	0	0	0	166
	Detenzione Domiciliare	78	85	0	0	0	0	54
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	19	12	0	0	0	0	30
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	15	11	0	0	0	0	11
	Arresti Domiciliari	13	22	0	0	0	0	7
	Affidamento Provvisorio Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	7	3	0	0	0	0	6
	Detenzione Domiciliare Provvisoria	6	4	0	0	0	0	5
	Affidamento provvisorio al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	4	3	0	0	0	0	2
	Semilibertà	3	1	0	0	0	0	3
	Liberazione Condizionale: Libertà Vigilata	1	0	0	0	0	0	1
Sanzioni sostitutive in esecuzione	Libertà Controllata	134	130	0	0	0	0	56
Misure di Sicurezza in esecuzione	Libertà Vigilata	11	6	0	0	0	0	26
	Casa Cura e Custodia	3	3	0	0	0	0	1
	Ospedale Psichiatrico Giudiziario	1	4	0	0	0	0	4
	Obbligo di informare gli organi di P.S. su residenza e spostamenti (art. 609 nonies c.p.)	1	0	0	0	0	0	0
	Divieto di avvicinarsi a luoghi frequentati da minori (art. 609 nonies c.p.)	1	0	0	0	0	0	0
	Divieto di svolgere lavori che prevedano contatto con minori (art. 609 nonies c.p.)	1	0	0	0	0	0	0
	Differimento Pena obbligatorio art.146 C.P.	6	7	2	4	0	1	0
	Differimento Pena facoltativo art.147 C.P.	4	4	2	1	1	0	0
	Sospensione Provvisoria Esecuzione Pena ex art. 90 DPR 309/90	2	2	0	0	1	1	0
Altre materie del Mds	Permesso Premio	212	215	87	97	19	6	7
	Visite Specialistiche in Luogo Esterno di Cura	199	199	196	0	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamento	109	105	105	0	0	0	4
	Expulsione straniero a titolo di sanzione alternativa (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	78	85	41	3	40	1	15
	Autorizzazione Corrispondenza Telefonica	37	37	33	3	0	0	0
	Ratifica Visita Specialistica in Luogo Esterno di Cura	30	30	30	0	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Dell'Esecuzione	20	21	18	0	2	0	0
	Ratifica Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	18	18	17	0	0	0	0

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	
	Modifica Lavoro Esterno (Art. 21 O.P.)	17	17	14	3	0	0
	Modifica Permesso	10	10	9	0	0	0
	Ammissione Lavoro Esterno Art. 21 O.P.	8	8	8	0	0	0
	Permesso Necessità	7	7	3	4	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Che Procede	6	6	6	0	0	0
	Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	6	6	5	0	0	0
	Ricovero in Opg	3	2	2	0	0	1
	Rientro in Istituto	2	2	1	1	0	0
	Ricovero Day Hospital in struttura sanitaria pubblica	2	2	2	0	0	0
	Ricovero in Opg per Osservazione Psichiatrica	2	3	2	0	1	0
	Reclamo Avverso Provvedimenti Disciplinari/Materia Lavoro	2	2	0	0	1	2
	Rogatoria nei Giudizi di Revisione e Nella Fase Dell'Esecuzione	1	1	1	0	0	0
	Revoca Permesso Premio	1	1	1	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Tribunale del Riesame	1	1	1	0	0	0
	Revoca Lavoro Esterno	1	1	1	0	0	0
	Esclusione Computo Permesso	1	1	1	0	0	0
	Ammissione Lavoro Esterno a titolo volontario e gratuito (Art. 21 comma 4 ter O.P.)	0	1	0	0	0	0
Patrocinio	Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	26	20	9	1	0	4
	Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	9	12	12	0	0	4
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio	4	5	2	0	0	1
	Revoca Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	1	0	0	0	0	1
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irreperibile	1	2	0	1	0	1
Altro	Riduzione pena da espiare/risarcimento del danno (art. 35 ter O.P.)	36	32	0	0	12	16
	Autorizzazione	30	30	28	0	0	0
	Modifica Prescrizioni	10	10	8	2	0	0
	Istanza Generica	7	7	2	1	0	3
	Richiesta di Grazia	3	3	0	0	0	3
	Revoca ordinanza	2	2	1	0	0	0
	Sospensione esecutività ordinanza MdS ex art. 666	1	1	0	0	0	0
	Revoca decreto	1	1	1	0	0	0
	Correzione Errore Materiale	1	1	1	0	0	0
	Esecuzione Misure di Sicurezza	0	0	0	0	0	1
<b>Totale complessivo</b>		<b>4.852</b>	<b>4.245</b>	<b>2.094</b>	<b>408</b>	<b>692</b>	<b>73</b>
							<b>1.506</b>

Tav. 4 - UFFICIO DI SORVEGLIANZA DI BOLZANO - Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell'anno giudiziario 2018/2019

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	Inammissibilità	
Misure Alternative	Autorizzazione	669	668	581	60	9	0
	Modifica Permanente Prescrizioni	280	282	243	25	3	0
	Declaratoria valida espiazione pena	66	67	0	0	0	0
	Modifica Provisoria Prescrizioni	61	63	55	6	0	0
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	43	43	0	0	0	0
	Licenza per Semilibertà Art. 52 O.P.	40	41	31	8	1	0
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	27	25	13	8	0	1
	Modifica Programma Trattamentale	21	21	19	1	0	0
	Ulteriore Autorizzazione	20	20	15	5	0	0
	Ammissione provvisoria a Detenzione Domiciliare	19	22	7	7	2	3
	Ammissione provvisoria ad Affidamento Terapeutico ex art. 94 co. 2 DPR 309/90	18	17	16	1	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento ex art. 94 DPR 309/90	16	16	15	0	1	0
	Sospensione Provisoria Detenzione Domiciliare (Art. 47 Ter O.P.)	14	14	11	3	0	0
	Ammissione provvisoria ad Affidamento in prova al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	13	13	1	10	1	1
	Sospensione Provisoria Affidamento al Servizio Sociale	12	12	9	3	0	0
	Sospensione Provisoria Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	10	10	6	3	0	0
	Modifica Luogo Esecuzione	8	8	7	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamentale	8	8	8	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Detenzione Domiciliare	8	8	6	1	1	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento	5	5	4	0	1	0
	Sospensione Provisoria Semilibertà'	5	5	3	1	0	0
	Revoca Autorizzazione	5	5	5	0	0	0
	Convocazione per puntuale rispetto delle prescrizioni	5	5	0	0	0	0
	Sospensione e Revoca della Misura Alternativa per Cessazione dei Presupposti	4	4	4	0	0	0
	Valutazione su permanenza quantum pena per esecuzione presso domicilio della pena detentiva	3	2	2	0	0	0
	Sospensione provvisoria dell'esecuzione presso domicilio della pena detentiva	2	2	2	0	0	0
	Revoca ammissione provvisoria all'affidamento in prova (art. 94 dpr. 309/90)	2	2	2	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Differimento Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	1	1	1	0	0	0
	Sospensione Provisoria Arresti Domiciliari	1	1	1	0	0	0
	Revoca ammissione provvisoria alla detenzione domiciliare	1	1	1	0	0	0
	Modifica Attività Lavorativa	1	1	1	0	0	0

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo	
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP		Inammissi bilità
Sanzioni sostitutive, Misure di sicurezza, Pene pecuniarie	Conversione pena pecuniaria	546	521	258	0	218	0	74
	Dichiarazione estinzione libertà controllata	101	101	98	0	2	1	0
	Rateizzazione pena pecuniaria	52	52	44	0	5	0	0
	Autorizzazione	49	49	44	2	1	0	0
	Modalità di Esecuzione Libertà Controllata	22	22	21	1	0	0	0
	Remissione Debito	17	18	12	5	0	1	3
	Modifica Prescrizioni	16	16	13	2	0	0	0
	Riesame pericolosità sociale (art 208/1 C.P.)	15	16	9	7	0	0	2
	Revoca ordinanza Sanzione Sostitutiva	13	13	12	0	1	0	0
	Libertà Controllata	7	7	7	0	0	0	0
	Accertamento Pericolosità Sociale	4	3	1	1	1	0	1
	Riesame pericolosità sociale	2	2	1	0	0	0	0
	Ulteriore Autorizzazione	2	2	2	0	0	0	0
	Revoca autorizzazione sanzione sostitutiva	2	2	0	0	0	0	0
	Sospensione esecuzione ex art. 69 c. 3 l. 689/1981	1	1	1	0	0	0	0
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	1	1	0	0	0	0	0
	Riesame anticipato pericolosità sociale (art. 207 C.P.)	1	1	1	0	0	0	0
	Modifica temporanea prescrizioni	1	1	0	0	0	0	0
Liberazione Anticipata	Liberazione Anticipata	304	305	240	50	1	8	8
	Integrazione Liberazione Anticipata	3	2	0	0	0	1	1
	Liberazione Anticipata Speciale	3	3	1	0	0	0	0
Sanzioni sostitutive in esecuzione	Libertà Controllata	213	103	0	0	0	0	139
	Lavoro Sostitutivo	1	0	0	0	0	0	1
Misure Alternative in esecuzione	Detenzione Domiciliare	72	76	0	0	0	0	58
	Affidamento in Prova al Servizio Sociale	57	67	0	0	0	0	97
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	29	29	0	0	0	0	43
	Affidamento Provvisorio Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	14	11	0	0	0	0	5
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	13	10	0	0	0	0	7
	Semilibertà	12	8	0	0	0	0	6
	Detenzione Domiciliare Provvisoria	8	9	0	0	0	0	0
	Arresti Domiciliari	7	4	0	0	0	0	6
	Affidamento provvisorio al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	1	5	0	0	0	0	1
Misure di Sicurezza in esecuzione	Libertà Vigilata	5	10	0	0	0	0	14

Contenuto	OGGETTO	di cui:					Pendenti fine periodo
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/NDP	
	Espulsione dal Territorio dello Stato	1	1	0	0	0	0
Differimento Pena	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	3	3	2	1	0	0
	Differimento Pena obbligatorio art.146 C.P.	2	2	2	0	0	0
	Differimento Pena facoltativo art.147 C.P.	1	1	0	1	0	0
Altre materie del MdS	Visite Specialistiche in Luogo Esterno di Cura	404	406	396	0	6	5
	Permesso Premio	94	94	53	36	2	1
	Ratifica Visita Specialistica in Luogo Esterno di Cura	16	16	15	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamento	14	14	14	0	0	0
	Espulsione straniero a titolo di sanzione alternativa (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	14	17	8	4	2	1
	Permesso Necessità	12	12	9	2	0	0
	Rogatoria nei Giudizi di Revisione e Nella Fase Dell'Esecuzione	9	9	7	0	2	0
	Ratifica Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	8	8	8	0	0	0
	Modifica Permesso	3	3	3	0	0	0
	Ricovero in Opg per Osservazione Psichiatrica	3	3	3	0	0	0
	Controllo del contenuto delle buste che racchiudono la corrispondenza	1	1	1	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Che Procede	1	1	1	0	0	0
	Esclusione Computo Permesso	1	1	0	1	0	0
	Ricovero in Opg	1	1	1	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Tribunale del Riesame	1	1	0	0	1	1
	Ammissione Lavoro Esterno Art. 21 O.P.	1	1	1	0	0	0
	Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	1	1	1	0	0	0
	Reclamo Avverso Provvedimenti Disciplinari/Materia Lavoro	1	0	0	0	0	1
	Reclamo Avverso Provvedimenti Lesivi di Diritti Costituzionalmente Garantiti	0	1	0	0	1	0
Patrocinio	Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	22	22	21	0	0	0
	Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	22	23	20	1	0	0
	Revoca Provvedimento Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	2	2	0	0	0	0
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irreperibile	2	2	2	0	0	0
Altro	Riduzione pena da espiare/risarcimento del danno (art. 35 ter O.P.)	104	96	87	1	1	23
	Revoca ordinanza	9	9	8	0	0	0
	Correzione Errore Materiale	4	4	4	0	0	0
	Revoca decreto	2	2	2	0	0	0
	Modifica Prescrizioni	1	1	1	0	0	0
	Differimento della misura di sicurezza facoltativo grave infermità	1	1	0	0	0	0
	Istanza Generica	1	1	0	0	1	0
	Richiesta di Grazia	0	0	0	0	0	1
<b>Totale complessivo</b>		<b>3.744</b>	<b>3.622</b>	<b>2.504</b>	<b>257</b>	<b>264</b>	<b>509</b>



**INAUGURAZIONE**

**ANNO**

**GIUDIZIARIO**

**2020**

**PIANTE**

**ORGANICHE**

**DISTRETTO**

*Fonte: Ministero della Giustizia – Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi – Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa*

PIANTE ORGANICHE al 31 DICEMBRE 2019

UFFICI GIUDIZIARI GIUDICANTI - TRENTO

QUALIFICA	CORTE APPELLO TRENTO				TRIBUNALE SORVEGLIANZA TRENTO				TRIBUNALE MINORENNI TRENTO				TRIBUNALE DI ROVERETO				TRIBUNALE DI TRENTO				USI CIVICI C/O CORTE APPELLO TRENTO			
	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE
Presidente	1	1			1	1		1	1															
Presidenti di Sezione	3	3																						
Consiglieri / Giudici	10	9		1	2	1			2	2			8	7		1	19	18			2	2		
Magistrato Distrettuale	1	1																						
<b>TOTALE Magistrati</b>	<b>15</b>	<b>14</b>		<b>1</b>	<b>3</b>	<b>2</b>		<b>1</b>	<b>9</b>	<b>8</b>		<b>1</b>	<b>21</b>	<b>20</b>		<b>1</b>	<b>21</b>	<b>20</b>		<b>2</b>	<b>2</b>		<b>0</b>	
Dirigente	1																							
Direttore Amministrativo	3	1		2	2	2			2	1		1	4				4							
Funzionario Contabile	5	2		3																				
Funzionario Giudiziario	10	4	4	2	3	3			4	4	1	+1	7	4		3	17	6						1
Funzionario Bibliotecario	1	1																						
Funzionario linguistico	1	1			1				1			1												
Cancelliere esperto	3	2	1		1	2	+1		2			2	4	3		1	12	12						
Contabile	2	4		+2													1	1						
Assistente Giudiziario	7	6	4	+3	3	1	1	1	1	1	2	+2	7	5	3	+1	18	13	5					1
Assistente Informatico	0	1																						
Operatore Giudiziario/conducenti automezzi	12	5		7	3	2	1	0	3	1		2	10	9		1	10	9						1
Centralinista (assunzioni obbl.)		2												1										
Ausiliario	6	3		3	1	1			1	1			3			3	16	6						10
<b>TOTALE personale amm.</b>	<b>51</b>	<b>32</b>	<b>9</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>11</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>33</b>	<b>23</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>80</b>	<b>49</b>	<b>5</b>	<b>26</b>	<b>80</b>	<b>49</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>0</b>		<b>2</b>	
Terza Area	14	8		6					3	1		2				2								
Seconda Area	7			7					3	1		2				1								
Assistente Giudiziario	6	2		4					3	2		1				1								
<b>TOTALE personale UNEP</b>	<b>27</b>	<b>10</b>		<b>17</b>					<b>9</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>5</b>												

La figura del centralista e dell'assistente informatico non è prevista in pianta organica. Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017

# PIANTE ORGANICHE AL 31 DICEMBRE 2019

UFFICI GIUDIZIARI GIUDICANTI - BOLZANO

QUALIFICA	C. APP. TRENTO - SEZ DIST. BOLZANO				TRIBUNALE SORVEGLIANZA BOLZANO				TRIBUNALE MINORENNI BOLZANO				TRIBUNALE DI BOLZANO			
	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE
Presidente					1	1			1	1			1	1		
Presidenti di Sezione	2	2											3	3		
Consiglieri	7	5		2												
Giudici					2	1		1	2	2			35	27		8
Magistrato Distrettuale																
<b>TOTALE Magistrati</b>	<b>9</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>39</b>	<b>31</b>	<b>0</b>	<b>8</b>
Dirigente	1	1											1	1		
Direttore Amministrativo	3			3	1			1	2			2	15	2		13
Funz. Contabile	1			1									2	2		
Funzionario Giudiziario	2	2			1	2		+1	3	1	1	2	25	20		5
Funz. informatico													1			1
Funzionario Linguistico	4	1		3	1			1	1			1	15	5		10
Cancelliere esperto	4			4	3	1	1	1	2			2	32	3		29
Assistente informatico	2			2									2			2
Contabile	1	1			1			1	1			1	1			1
Assistente Giudiziario	4	1	3		2	1		1	2	1	1	1	11	11	7	+7
Operatore Giudiziario/conducenti	6	6	1	+1	3	1		2	2	3	1	+2	15	7	5	3
Ausiliario	2			2	1			1	1	1			5	7		+2
<b>TOTALE personale amm.</b>	<b>30</b>	<b>12</b>	<b>4</b>	<b>14</b>	<b>13</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>14</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>125</b>	<b>58</b>	<b>12</b>	<b>65</b>
Terza Area	16	11		5												
Seconda Area	12	1		11												
Assistente Giudiziario	15	4		11												
<b>TOTALE personale UNEP</b>	<b>43</b>	<b>16</b>		<b>27</b>												

<b>GIUDICI DI PACE</b>			
	<b>ORGANICO</b>	<b>IN SERVIZIO</b>	<b>VACANZE</b>
BOLZANO	15	5	10
BRESSANONE	3	1	2
BRUNICO	2	1	1
EGNA	2	1	1
MERANO	5	0	5
SILANDRO	2	0	2
VIPITENO	2	0	2
<b><i>Totale Circondario Bolzano</i></b>	<b>31</b>	<b>8</b>	<b>23</b>
RIVA DEL GARDA	2	1	1
ROVERETO	3	1	2
<b><i>Totale Circondario Rovereto</i></b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
BORGO VALSUGANA	2	1	1
CAVALESE	2	1	1
CLES	2	0	2
MEZZOLOMBARDO	2	0	2
PERGINE VALSUGANA	2	0	2
TIONE	2	1	1
TRENTO	13	1	12
<b><i>Totale Circondario Trento</i></b>	<b>25</b>	<b>4</b>	<b>21</b>
<b>TOTALE GENERALE</b>	<b>61</b>	<b>14</b>	<b>47</b>

# PIANTE ORGANICHE AL 31 DICEMBRE 2019

## UFFICI GIUDIZIARI REQUIRENTI - TRENTO

QUALIFICA	PROCURA GENERALE TRENTO				PROCURA REPUBBLICA MINORENNI TRENTO				PROCURA REPUBBLICA TRENTO				PROCURA REPUBBLICA ROVERETO			
	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE
Procuratore Generale	1	1														
Avvocato Generale																
Sostituti Procuratori Generali	2	2														
Procuratore della Repubblica					1	1			1	1			1	1		
Procuratore Aggiunto Repubblica																
Sostituti Procuratori					1	1			10	10			2	2		
Magistrato Distrettuale	1	1														
<b>TOTALE Magistrati</b>	<b>4</b>	<b>4</b>		<b>0</b>	<b>2</b>	<b>2</b>		<b>0</b>	<b>11</b>	<b>11</b>		<b>0</b>	<b>3</b>	<b>3</b>		<b>0</b>
Dirigente	1			1					1			1				
<b>Terza Area</b>	Direttore Amministrativo	1	1		1			1	1			1	1			1
	Funzionario Giudiziario	2	1	1	1	2		+ 1	6	1	2	3	3	2		1
	Funzionario Contabile	1		1					1	1						
	Funzionario Informatico															
	Funzionario linguistico	1	1													
<b>Seconda Area</b>	Cancelliere esperto	1	1		2	1		1	6	5	2	+ 1	2	3		+ 1
	Assistente Informatico	2							2			2				
	Contabile	1	1						1	1						
	Assistente Giudiziario	3	1	4	+ 2	2	2		8	3		5	2	3	2	+ 3
	Operatore Giudiziario/conducenti automezzi	3	2		1	2	1	1		14	14	1	+ 1	4	3	
<b>Prima Area</b>	Ausiliario	3	1		2	2			8	5		3	2	1		1
<b>TOTALE personale amm.</b>	<b>19</b>	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>48</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>12</b>	<b>2</b>	<b>0</b>

Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017

# PIANTE ORGANICHE AL 31 DICEMBRE 2019

## UFFICI GIUDIZIARI REQUIRENTI - BOLZANO

QUALIFICA	PROCURA GENERALE BOLZANO				PROCURA REPUBBLICA PRESSO IL TRIBUNALE DI BOLZANO				PROCURA PER I MINORENNI DI BOLZANO			
	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE
Procuratore Generale												
Avvocato Generale	1	1										
Sostituti Procuratori Generali	2	1										
Procuratore della Repubblica					1	1			1			1
Procuratore Aggiunto Repubblica					1	1						
Sostituti Procuratori					10	6		4	1	2		+ 1
Magistrato Distrettuale												
<b>TOTALE Magistrati</b>	<b>3</b>	<b>2</b>			<b>12</b>	<b>8</b>		<b>4</b>	<b>2</b>	<b>2</b>		<b>0</b>
Dirigente	1			1	1			1				
<b>Terza Area</b>	Direttore Amministrativo	1			6	1		5	1			1
	Funzionario Giudiziario	1	3		10	6		4	1	2		+ 1
	Funzionario Contabile	1	1		1			1				
	Funzionario Informatico				1			1				
	Funzionario linguistico	1	1		3	2		1	1	1		
<b>Seconda Area</b>	Cancelliere esperto	2			15	6		9	1	2		+ 1
	Assistente Informatico											
	Contabile	1			1			1				
	Assistente Giudiziario	1			9		1	8	1	1		
	Operatore Giudiziario/conducenti automezzi	3	3		14	6	4	4	2			2
<b>Prima Area</b>	Ausiliario	1	5	1	3	5	1	+ 3	1			1
<b>TOTALE personale amm.</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>+ 1</b>	<b>64</b>	<b>26</b>	<b>6</b>	<b>32</b>	<b>8</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>1</b>

Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017

<b>GIUDICI ONORARI DI TRIBUNALE</b>			
	<b>ORGANICO</b>	<b>IN SERVIZIO</b>	<b>VACANZE</b>
TRENTO	11	11	0
ROVERETO	5	3	2
BOLZANO	20	8	12
<b>VICE PROCURATORI ONORARI</b>			
TRENTO	11	5	6
ROVERETO	6	2	4
BOLZANO	12	3	9
<b>TOTALE</b>	<b>65</b>	<b>32</b>	<b>33</b>

<b>RIEPILOGO GENERALE MAGISTRATURA</b>				
	<b>MAGISTRATI ORDINARI</b>		<b>G.O.P presso Tribunali</b>	
	<b>PIANTA ORGANICA</b>	<b>IN SERVIZIO</b>	<b>PIANTA ORGANICA</b>	<b>IN SERVIZIO</b>
Giudicanti TRENTO	44	40	11	11
Giudicanti ROVERETO	9	8	5	3
Giudicanti BOLZANO	54	43	20	8
	<b>MAGISTRATI ORDINARI</b>			
Requirenti TRENTO	17	17	11	5
Requirenti ROVERETO	3	3	6	2
Requirenti BOLZANO	17	12	12	3
<b>TOTALE</b>	<b>144</b>	<b>123</b>	<b>65</b>	<b>32</b>
	<b>VICE PROCURATORI ONORARI</b>			

<b>RIEPILOGO GENERALE GIUDICI DI PACE</b>		
	<b>PIANTA ORGANICA</b>	<b>IN SERVIZIO</b>
Giudici di Pace Circondario TRENTO	25	4
Giudici di Pace Circondario ROVERETO	5	2
Giudici di Pace Circondario BOLZANO	31	8
<b>Totale Giudici di Pace nel Distretto</b>	<b>61</b>	<b>14</b>

<b>RIEPILOGO GENERALE PERSONALE AMMINISTRATIVO</b>				
	<b>PIANTA ORGANICA</b>	<b>IN SERVIZIO</b>	Personale in posizione di distacco/comando	<b>VACANZE</b>
Giudicanti ROVERETO + UNEP	42	27	3	13
Giudicanti BOLZANO + UNEP	225	95	20	120
Requirenti TRENTO	77	47	12	18
Requirenti ROVERETO	14	12	2	0
Requirenti BOLZANO	85	45	7	33
<b>TOTALE</b>	<b>630</b>	<b>336</b>	<b>63</b>	<b>246</b>



Historischer Stadtkern von Rovereto (Druckwerk aus dem 17. Jhd.)  
Vorderseite: Albrecht Dürer, Schloss Buonconsiglio Trient, Aquarell 1495, British Museum, London

**CORTE DI APPELLO DI TRENTO**  
**OBERLANDESGERICHT TRIENT**  
Largo Pigarelli, 1 TRENTO – TRIENT  
E-mail: [ca.trento@giustizia.it](mailto:ca.trento@giustizia.it)  
Tel.: 0461/200455 - 311

